



WILKOMMENS- KULTUR

VS. RECHTSEXTREMISMUS

Handlungsansätze aus der Arbeit vor Ort

Herausgeber und Redaktion

Beratungsprojekt „Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus“

c/o gsub-Projektegesellschaft mbH

www.gsub.de

Danksagung

Unser Dank gilt den Autorinnen und Autoren der Handreichung, die als Erfahrungsträger/-innen ihr Wissen und Know-how eingebracht und damit diese Handreichung möglich gemacht haben: Sören Am Ende, Martin M. Arnold, Michael Barthel, Dr. Reiner Becker, Michael Böttcher, Dr. Thomas Bryant, Kai Dietrich, Franz Dorner, Tina Dürr, Olaf Ebert, Natalie Eimertenbrink, Felix Eitel, Kai Ellenberger, Michael Glaß, Inge Goldmann, Rolf Graser, Jan Greiner, Michael Groß, Corina Gutmann, Hartmut Gutsche, Grit Hanneforth, Anke Heinemann, Katharina Höfel, Annemarie Hühne, Fabian Jellonnek, Ute Jung, Heiko Klare, Angela Klier, Christian Lehmann, Dr. Carsten Lenk, Ibrahim Dourra Maiga, Nicole Marcus, Susi Möbbeck, Anna-Maria Müller, Sandra Münch, Kirsten Neumann, Natalie Ofori, Benjamin Ollendorf, Rainer Pasternak, Elke Quandt, Dorit Remmert, Dr. Roswitha Rodewig, Lena Schaumann, Petra Schickert, Jens Schmidt, Heike Schmitt, Elisabeth Siebert, Ines Thoren, Ines Vorsatz, Katharina Werner, Dirk Wilking, Anne Wilmers, Julia Zeitler.

Layout: Heilmeyer und Sernau Gestaltung, Berlin

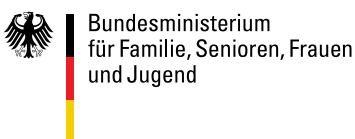
Bildnachweis: Umschlag: AK Asyl Benningen e.V.; Seite 3: BMFSFJ; Seite 4: BfMFI; Seite 14, 30, 40, 48, 51, 60, 74: Stadt Regensburg; Seite 17: EBW Regensburg; Seite 21: Franz Hammer/Kulturbüro Sachsen e.V.

Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweils benannten Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Die Inhalte spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung des Herausgebers wider.

Berlin, November 2015

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit



gsub-Projektegesellschaft mbH



GRÜßWORT

der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Manuela Schwesig



Wir können Willkommenskultur – das haben die vergangenen Monate deutlich gemacht. Ob an Bahnhöfen, auf Marktplätzen oder in den Erstaufnahmestellen: Helfende Hände standen und stehen überall in einem Maße bereit, das wohl nicht viele anfangs erwartet haben. Deutschland hat gerade vor dem Hintergrund seiner Geschichte im 20. Jahrhundert die im Grundgesetz festgeschriebene Verantwortung, Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Hass geflüchtet sind, aufzunehmen, sie willkommen zu heißen und ihnen eine neue Heimat zu bieten. Was historische Verantwortung gebietet, haben viele, viele Menschen aus spontaner Hilfsbereitschaft und Solidarität mit Leben erfüllt. Ihnen allen danke ich von ganzem Herzen!

Doch leider zeigt sich auch Ablehnung und Gewalt. Flüchtlingsunterkünfte werden in Brand gesetzt; manche Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge engagieren, sehen sich beschimpft, bedroht und angegriffen. Ich weiß, was es bedeutet, wenn Rechtsextremisten ihre Parolen verbreiten. Ich habe es selbst im Schweriner Landtag miterlebt. Doch mich erschreckt die offene, direkte Art und Weise, in der Rassismus, Islamfeindlichkeit und Hass in den sozialen Medien, aber auch auf der Straße geäußert werden. Obwohl der Anteil der Muslime in der Bevölkerung Deutschlands nur rund fünf Prozent ausmacht, wird das Gespenst der „Islamisierung des Abendlandes“ an die Wand gemalt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich solche Bilder verfestigen. Es gibt viel mehr Menschen, die sich für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge engagieren, als solche, die Ängste schüren. Mit den Bundesprogrammen „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ und „Willkommen bei Freunden“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend diejenigen, die sich für geflüchtete Menschen und für Vielfalt engagieren. Das Engagement für Flüchtlinge, die Koordinierung der Arbeit, aber auch der Schutz vor rechtsextremistischen Übergriffen und die Präventionsarbeit sind die momentan alles überragenden Themen unserer Projektpartner, der Kommunen und aller anderen Unterstützerinnen und Unterstützer.

Die überall in Deutschland geförderten „Partnerschaften für Demokratie“ sind auf kommunaler Ebene die zentralen Akteure, denn sie sind vor Ort, sie kennen die Herausforderungen und die jeweilige Situation. Ihre Projekte tragen zur Willkommenskultur bei. Denn Begegnungen helfen, Vorurteile gegenüber dem „Fremden“ abzubauen – auf beiden Seiten. Auf der Ebene der Bundesländer sind die Landes-Demokratiezentren wichtige Partner einer Willkommenskultur, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus starkmacht. Wir unterstützen die Landes-Demokratiezentren in allen 16 Bundesländern finanziell. Sie bieten landesweit Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien und Praktiken, führen aber auch Argumentationstrainings zum Umgang mit rassistischen Vorfällen durch und verbreiten Best-Practice-Beispiele.

Diese Broschüre sammelt Handlungsansätze und Beispiele guter Praxis und bietet damit eine gute Grundlage voller Anregungen für die ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen. Lassen Sie uns die Erfahrungen teilen. Nur gemeinsam können wir ein vielfältiges und solidarisches Miteinander ermöglichen!

Manuela Schwesig

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

GRUSSWORT

der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Aydan Özoğuz

Deutschlands Städte und Gemeinden stehen seit Monaten vor der enormen Herausforderung, eine große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, zu versorgen und zu integrieren. Wir alle wissen, dass die Flüchtlingsaufnahme ohne die vielen Tausend Ehrenamtlichen kaum zu schaffen wäre. Das bürgerschaftliche Engagement ist ein Garant dafür, dass das helfende und positive Klima gegenüber Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung suchen, erhalten bleibt. Ich danke deshalb allen Ehrenamtlichen für ihren unermüdlichen Einsatz! Ich danke auch den Hauptamtlichen in der öffentlichen Verwaltung, bei der Polizei und Feuerwehr oder in den sozialen Wohlfahrtsverbänden, die in diesen Wochen ebenfalls Großartiges über das normale Arbeitspensum hinaus leisten!



Trotz aller Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft gibt es aber auch andere Tendenzen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen: Rechtspopulisten und Rechtsextreme versuchen gezielt, die Sorgen und Ängste in der Bevölkerung, die es bei der Aufnahme von Flüchtlingen geben kann und darf, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dagegen müssen wir uns wehren und Haltung zeigen!

Es gibt in vielen Städten und Gemeinden in unserem Land hervorragende Projekte für eine gute Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sowie Projekte gegen die Hetze vom rechten Rand. Einige dieser Projekte stellen wir auf den folgenden Seiten vor, um gute Praxiserfahrungen bekannter zu machen und Anregungen für eine erfolgreiche Arbeit vor Ort zu geben. Denn viele Menschen wollen sich für Flüchtlinge engagieren und dafür muss das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

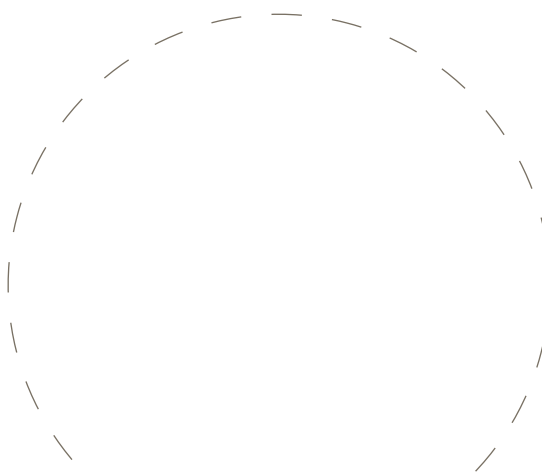
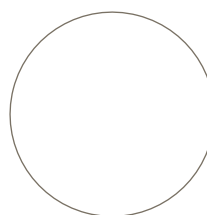
Aydan Özoğuz

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
und Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

INHALTSVERZEICHNIS

Vorgehen, Ergebnisse, Themen und Aufbau der Handreichung	7
Vertreterinnen und Vertreter der Länder im Interview	11
ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN	14
Vom Aufruf zum runden Tisch: Unterbringung von Flüchtlingen in einer brandenburgischen Gemeinde	15
Netzwerk für eine offene Kultur in der Beschulung geflüchteter Kinder im ländlichen Raum	16
TRANSPARENZ SCHAFFEN	17
Auf dem Weg zu einer lokalen Willkommenskultur – mit vielen Gesprächen und einem Welcome-Konzert	18
Die Kommune als Vermittler zwischen Flüchtlingen und Aufnahmegesellschaft	19
Hand in Hand – Kommune und Zivilgesellschaft für eine positive Aufnahmestimmung	20
PARTIZIPATION ERMÖGLICHEN	21
Die Normalität des Willkommens in einer Stadt	22
„Tandems“ erobern Regensburg – Patinnen und Paten leben Willkommenskultur	24
Die Kommune als Motor der Willkommenskultur	25
Hilfe für die Helfenden – Integration braucht starke Schultern und langen Atem	26
Die Koordinierungsstelle „Engagiert für Flüchtlinge“	27
Lokale Willkommenskultur möglich machen	28
Von Peer-Guides zu „Anne Frank-Botschafterinnen und -Botschaftern“	29
ENGAGEMENT ZEIGEN	30
Von der Kleiderspende zur Kleiderkammer	31
„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ – Das Know-how des Unterstützerkreises gezielt koordinieren	32
Mit Verständnis und Herzlichkeit aufnehmen! – Bürgerinnen und Bürger	
als Wegbegleiter für Flüchtlingsfamilien	33
Flüchtlingsunterbringung in Georgsheil	34
Helfen, wo Hilfe gebraucht wird – das ganze Dorf ist dabei	35
Cross Borders – Grenzen überwinden: Deutschunterricht und Freizeitaktivitäten	36
Kontakte und Fähigkeiten bündeln: Das Netzwerk „Mehlingen hilft e. V.“	37
Willkommenskultur – ein Puzzle aus vielen kleinen Teilen	39
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE FÖRDERN	40
Flüchtlingsfrauen willkommen! Eine ökumenische Initiative	41
Gelebte Gastfreundschaft gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden	43
Der Bayerische Jugendring als Sprachrohr für die Interessen und Rechte	
junger Menschen mit Fluchterfahrung	44
„Komm, wir gehen ein Stück des Weges gemeinsam“ – im Quartiers-Chor	45
Buntes Gewusel und glückliche Gesichter beim Fest der Kulturen in unserer Schule	46
Frauengruppe „Ladykracher“ – ein treibender Motor für eine kulturelle Verständigung im Landkreis Leipzig	47

EIGENENGAGEMENT BEFÖRDERN	48
Mit Apfelernte Deutschkurse finanzieren	49
Die neuen Lotsinnen und Lotsen als Teil der Willkommenskultur – Flüchtlinge helfen Flüchtlingen	50
WIDERSTÄNDEN ENTGEGENWIRKEN	51
Weinheim: Willkommenskultur durch stadtgesellschaftliche Akzeptanz	52
Eine Willkommenskultur zu etablieren, heißt auch, den Kampf um die Straße aufzunehmen	53
„Aktion Schutzschild“ in Brandenburg	54
Mit Planspielen Konfliktsituationen vorausdenken	55
Vielfältig statt einfältig – Etablierung eines Bündnisses gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Gesellschaft	56
Strategien für den Erhalt offener und demokratischer Räume in der	
Offenen und aufsuchenden Jugendarbeit	57
Gemeinsam Widerständen entgegenwirken	58
MOBILE BERATUNG IM THEMENFELD RASSISTISCHE MOBILISIERUNG	60
Der Bundesverband Mobile Beratung im Themenfeld rassistische Mobilisierung	61
Zwei Kommunen bewerben sich um Flüchtlingsunterbringung	63
Rückgewinnung eines Sicherheitsgefühls – Erfahrungen aus einer Einzelberatung	64
Demokratische Organisationsentwicklung und antirassistische Bildungsarbeit	65
Kein Nein zum Heim – Informationsveranstaltungen vorbereiten und erfolgreich durchführen	67
Begegnungsraum Sportverein	69
Aufgreifen ambivalenter Stimmungen im Sozialraum und Schaffen von Diskussionsräumen	70
Wissen, Orientierung, Kontakt: Das Modell der Unterstützerschulungen	71
Im Herzen der Stadt – ein Ort der Begegnung	72
Willkommen – und wie weiter? Fortbildungen für Ehrenamtliche	73
SERVICE	74



VORGEHEN, ERGEBNISSE, THEMEN UND AUFBAU DER HANDREICHUNG

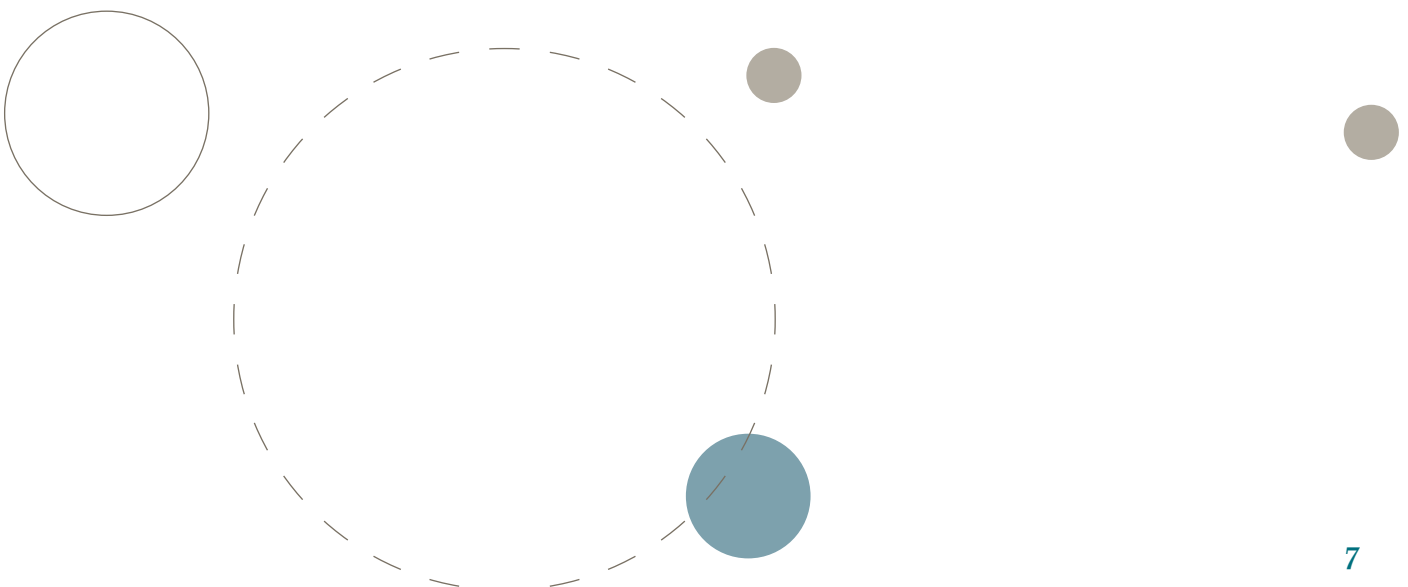
Andrea Keppke, Projektleitung „Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus“, gsub-Projektgesellschaft mbH

Viele haupt- und ehrenamtliche Akteure erfüllen derzeit eine Herkulesaufgabe bei der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Dies erfolgt mit viel Engagement, Flexibilität und Pragmatismus. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung beweist eine beeindruckende Hilfsbereitschaft. Die Zahl derjenigen, die sich für Flüchtlinge engagieren, sie durch die Städte und Ämter begleiten oder sie sogar bei sich aufnehmen, überragt die Zahl der Hetzer und Fremdenfeinde um ein Vielfaches.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure müssen mit Vorurteilen, Ressentiments und Ängsten innerhalb der Bevölkerung umgehen, auch um rechtspopulistischen und rechtsextremen Aktivitäten frühzeitig entgegenzuwirken. Das heißt auch, vor Übergriffen zu schützen, Opfer zu unterstützen und sich präventiv mit rechtsextremen Strategien auseinanderzusetzen. Gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Tendenzen sowie Angriffe auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit müssen Intervention und Prävention zusammenwirken – für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander.

Die langfristigen Aufgaben der Integration der Neuankommenden stehen noch bevor. Es geht um die Frage, wie aus Flüchtlingen Bürgerinnen und Bürger werden. Viele Kommunen haben bereits Erfahrungen gesammelt und eigene Strategien entworfen, um die Teilhabe von Flüchtlingen zu ermöglichen, mit Konflikten und Belastungen umzugehen oder sich rechtspopulistischen Bürgerinitiativen in den Weg zu stellen. Die Ansätze dabei sind sehr verschieden. Wichtig ist jedoch immer der Dialog über das Zusammenleben im Gemeinwesen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bat die gsub um Unterstützung bei der Erkundung der Bedarfslage in den Kommunen sowie von Erfahrungen der Akteure vor Ort. Ziel war es, eine praxisorientierte Handreichung zu erarbeiten, die über Erfahrungsgeschichten und Praxisbeispiele fachliche Impulse setzt, Rahmenbedingungen erklärt sowie Chancen und Grenzen dieser wichtigen und anspruchsvollen Arbeit aufzeigt. Sie soll kommunalen Handlungsakteuren eine praktische Hilfe bieten, Ideen weitertragen, zum Weiterentwickeln anregen und versteht sich als ein Angebot für alle Aktiven in Kommunen, die kollegiale Unterstützung suchen und Vernetzung wünschen. Diese Veröffentlichung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da sich die aktuelle Lage ständig ändert und immer wieder neue gute Projekte und Vorhaben beginnen.



Die Handreichung nimmt Bezug auf drei Aspekte: Herangehensweisen und Erfahrungen bei der Schaffung einer Willkommenskultur sollten ebenso zur Sprache kommen wie der Umgang mit allgemeinen Ressentiments und Ängsten in der Bevölkerung sowie die (präventive) Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und -extremen Strategien.

Beim Zusammentragen von Erfahrungsgeschichten und Handlungsansätzen arbeiteten wir eng mit den Akteuren des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zusammen. Zudem konnten wir weitere Teilnehmer/-innen, so zum Beispiel aus dem Wettbewerb 2015 „In ländlichen Räumen willkommen!“ im Rahmen der Wettbewerbsreihe „Menschen und Erfolge – Aktiv für ländliche Infrastrukturen“ für Beiträge gewinnen.

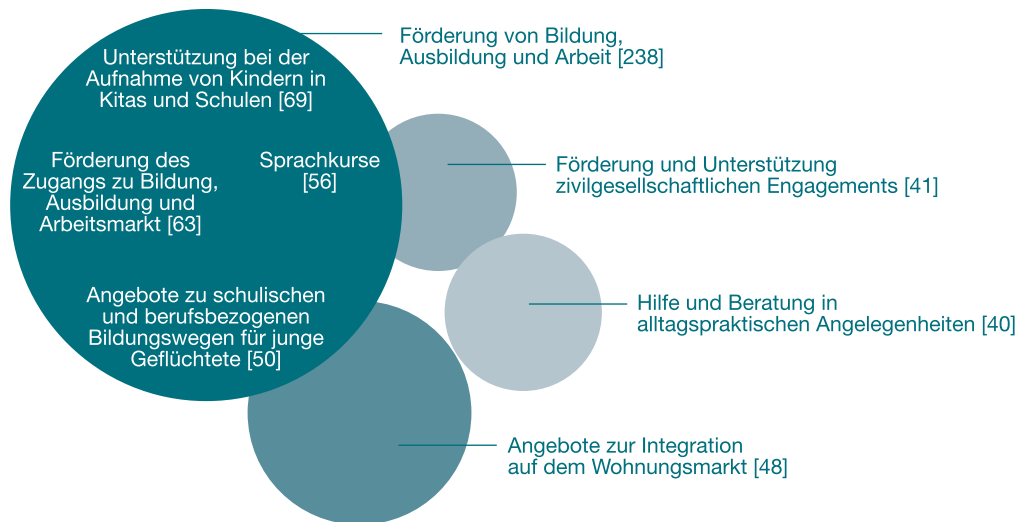
Eine wichtige Säule im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sind die „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD). In zurzeit 217 PfD „kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.“¹

Vom 15. September bis 23. Oktober 2015 führten wir eine Onlineumfrage unter den PfD durch, an der sich 105 PfD beteiligten. Die zentralen Ergebnisse stellen wir im Folgenden vor.

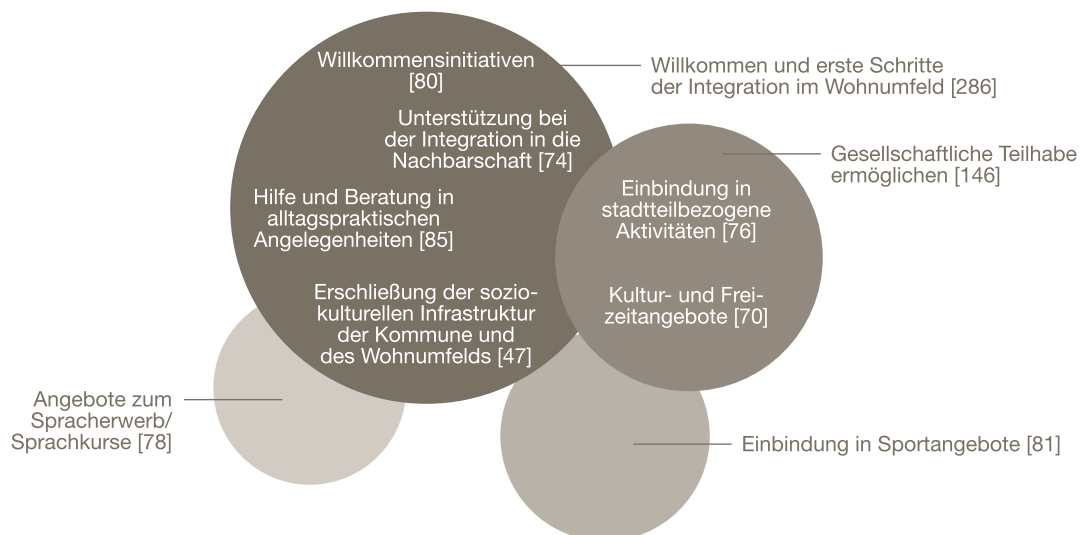
- 1) 90 Prozent der PfD haben Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit.
- 2) Alle PfD gaben an, dass die Flüchtlingsarbeit zukünftig eine Herausforderung für ihre Kommune darstellt. Insgesamt 19,2 Prozent sehen in der Flüchtlingsarbeit eine neue Herausforderung für die Kommune.

¹ www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html (27.10.2015).

- 3) Bei den von kommunalen Einrichtungen gegenwärtig vorgehaltenen Angeboten zur Betreuung, Unterstützung und Integration von Geflüchteten zeichnen sich folgende Schwerpunkte ab:



- 4) Zivilgesellschaftliche Akteure halten gegenwärtig vor allem folgende Angebote zur Betreuung, Unterstützung und Integration von Geflüchteten vor:



- 5) 62 Prozent der PfD erklärten, dass sie bei der Flüchtlingsarbeit mit Widerständen konfrontiert waren oder sind.

6) Als Gelingensfaktoren gaben die Befragten insbesondere folgende Empfehlungen für die kommunale Flüchtlingsarbeit:

- Information, Aufklärung und Transparenz als beständige kommunikative Kernelemente
- Klare, offene und wertschätzende Kommunikation zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten
- Kurze und unkonventionelle Entscheidungswege, Bündelung von Kompetenzen
- Frühzeitige Einbeziehung, Schulung und Unterstützung Ehrenamtlicher
- Stärkung und Weiterentwicklung der interkulturellen Kompetenzen im Haupt- und Ehrenamt
- Nutzung, Stärkung und Ausbau (vorhandener) Netzwerke und Strukturen
- Professionelle Koordination und Verzicht auf Trennung von Haupt- und Ehrenamt
- Partizipation der Geflüchteten bei der Entwicklung von Angeboten und Projekten
- Langfristiges, kontinuierliches Engagement für das Zusammenleben
- Bessere Integration durch dezentrale Unterbringung der Geflüchteten

Die Erfahrungen aus der Onlineumfrage spiegeln sich auch in den 45 Erfahrungsgeschichten dieser Handreichung wider. Die Handlungsfelder und der Akteurskreis in der kommunalen Arbeit mit den geflüchteten Menschen sind genauso vielfältig wie die Bedarfslagen und Anforderungen, die sich derzeit den Beteiligten vor Ort stellen. So wurde jede Erfahrungsgeschichte einem der folgenden acht Handlungsfelder zugeordnet:

- **Entscheidungen treffen:** Entscheidungsprozesse auf Verwaltungsebene
- **Transparenz schaffen:** Informationskultur gegenüber der Bevölkerung
- **Partizipation ermöglichen:** Einbindung und Koordination von bestehenden Initiativen, Organisationen, Bündnissen sowie neu entstehenden Initiativen
- **Engagement zeigen:** (Zivilgesellschaftliches) Engagement bei der Unterbringung und Versorgung, Betreuung, Begleitung und Unterstützung von geflüchteten Menschen
- **Gesellschaftliche Teilhabe fördern:** Partizipationsmöglichkeiten von Geflüchteten, zum Beispiel in Vereinen oder sozialen Einrichtungen
- **Eigenengagement befördern:** Unterstützung und Förderung des Engagements von Geflüchteten
- **Widerständen entgegenwirken:** Umgang mit Ängsten und allgemeinen Ressentiments in der Bevölkerung sowie mit rechtspopulistischen und -extremen Übergriffen
- **Mobile Beratung im Themenfeld rassistische Mobilisierung:** Aus der Arbeit der Mobilen Beratung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Zunächst kommen eine Ländervertreterin und ein Ländervertreter zu Wort, die aus ihrer Position die aktuelle Situation und die anstehenden Aufgaben bei der Schaffung von Willkommens- und Anerkennungskultur in ihrem jeweiligen Bundesland einschätzen.

Zu guter Letzt bedanken wir uns herzlich bei allen, die an dieser Handreichung mitgewirkt haben. Dank der engagierten Zusammenarbeit mit Akteuren aus ganz Deutschland ist eine Sammlung von Erfahrungsgeschichten entstanden, die der Fachöffentlichkeit und interessierten Kommunen wertvolle Impulse für die Arbeit mit geflüchteten Menschen geben wird.

VERTRETERINNEN UND VERTRETER DER LÄNDER IM INTERVIEW

Die Flüchtlingspolitik ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Während der Bund vor allem für das Asylverfahren zuständig ist, sind die Länder für die Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen verantwortlich und arbeiten eng mit den Kommunen zusammen. Das Aufgabenspektrum der Länder in der Flüchtlingsarbeit ist aber vielfältiger. So gibt es beispielsweise eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Bundesfamilienministerium bei der Umsetzung der Bundesprogramme im Bereich der Demokratieförderung gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Die gsub hat die Integrationsbeauftragte der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Susi Möbbeck, und den Leiter des Demokratiezentrum im beratungs-Netzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, Dr. Reiner Becker, gebeten, aus ihrer Position die aktuelle Situation und die anstehenden Aufgaben bei der Schaffung von Willkommens- und Anerkennungskultur in ihrem jeweiligen Bundesland einzuschätzen.

Wie werden Kommunen bei der Flüchtlingsarbeit in Ihrem Land unterstützt und was sind dabei die zentralen Maßnahmen?

Susi Möbbeck: Sachsen-Anhalt fördert in allen Landkreisen und kreisfreien Städten – ergänzend zu den Maßnahmen aus dem Programm „Demokratie leben!“ – Koordinierungsstellen für Migration, die im laufenden Jahr auf zwei Vollzeitstellen erweitert werden. Darüber hinaus erhalten die Kommunen Mittel zur Förderung ehrenamtlicher Flüchtlingslotsen und zur Durchführung von Informationsveranstaltungen (zum Beispiel Bürgerversammlungen). Ergänzend fördere ich als Integrationsbeauftragte Maßnahmen, mit denen das ehrenamtliche Engagement vor Ort gestärkt werden soll. Dazu gehören Projekte zur Organisation, Qualifizierung und Vernetzung ehrenamtlicher Bildungs- und Familienpatenschaften, eine Netzwerkstelle „Willkommenskultur“ zur landesweiten Vernetzung von Willkommensinitiativen sowie ein Engagementfonds des Landes, aus dem Kosten des Ehrenamts erstattet werden. Aktuell werden Koordinierungsstellen für das Ehrenamt an den vier Standorten der Erstaufnahme aufgebaut, 2016 sollen entsprechende Koordinierungsstellen in allen 14 Aufnahmekommunen entstehen. Insbesondere die Migrantenorganisationen werden unterstützt, um die Potenziale der Zugewanderten, zum Beispiel bei Sprach- und Kulturmittlung sowie bei der Erstorientierung, zu mobilisieren.

Dr. Reiner Becker: Da alle hessischen Kommunen vor die Aufgabe gestellt waren und sind, Flüchtlinge aufzunehmen, wollten wir als Demokratiezentrum ein Angebot schaffen, das proaktiv insbesondere Bürgermeister/-innen dabei unterstützt, mögliche Konflikte bei der Aufnahme von Flüchtlingen im Vorfeld zu vermeiden. Insbesondere Kommunen, in denen in der Vergangenheit (lokale) rechtsextreme Szenen aktiv waren, sollte dabei geholfen werden, dass durch eine kluge Kommunikationsstrategie den rechtsextremen Akteuren vor Ort keine Bühne verschafft wird. Und schließlich, so unser damaliger Gedanke, wollten wir die lokale Zivilgesellschaft dabei unterstützen, eine lokale Willkommenskultur etablieren zu können. Das Beratungskonzept haben wir gemeinsam mit dem Hessischen Flüchtlingsrat und der Diakonie Hessen entwickelt, ab Sommer 2014 wurde es dann beworben. Seitdem bearbeiten wir zahlreiche Beratungsanfragen, insbesondere von hessischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, und natürlich stimmen unsere anfänglichen Prämissen nicht mehr mit der heutigen Realität überein. Zwei Beratungsfälle werden in dieser Handreichung vorgestellt.

Was wird in Ihrem Land gegen das rechte Potenzial in der Bevölkerung getan? Wo liegen die aktuellen Herausforderungen?

Susi Möbbeck: Wie überall im Land liegt in Sachsen-Anhalt die Herausforderung darin, dass Rechtsextreme die Vorbehalte und die Fremdenfeindlichkeit aufgreifen und gegen Flüchtlingsunterbringungen mobilisieren. Die Zahl der Demonstrationen und Proteste ist in den letzten Wochen deutlich gestiegen. Die Regionalen Beratungsteams des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt unterstützen Bürgermeister/-innen, Willkommensinitiativen und Engagierte im Umgang mit diesen rechten Mobilisierungen. Werden Bürgerversammlungen durchgeführt, so geben die Regionalen Beratungsteams Unterstützung bei der Planung und Durchführung. Des Weiteren informieren sie über rechtsextreme Strukturen und Personen vor Ort, um den Protesten besser begegnen zu können. Wichtig ist insbesondere, dass Bürgermeister/-innen und Zivilgesellschaft solchen rechten Aktivitäten sofort und entschieden begegnen, um ein weiteres Hochschaukeln der fremdenfeindlichen Proteste zu vermeiden. Mittlerweile arbeiten rund 250 lokale Willkommensinitiativen in Sachsen-Anhalt, die nicht nur praktische Unterstützung organisieren, sondern auch eine entscheidende Rolle bei der lokalen Meinungsbildung spielen.

Dr. Reiner Becker: Aus unserer Beratungsarbeit in Hessen stellen wir fest, dass es aktuell vor allem darum geht, nach Vorkommnissen – etwa nach Angriffen auf noch nicht bewohnte Gemeinschaftsunterkünfte oder nach Bedrohungen von Vermietern oder kommunalpolitischen Verantwortlichen – eine angemessene Sprache zu finden. Auch gilt es Strategien für einzelne Ortsteile zu entwickeln, in denen die Stimmung von den kommunalpolitischen Verantwortlichen als eher kritisch eingeschätzt wird. Eine weitere Aufgabe in der Beratung besteht darin, Bürgermeister/-innen darin zu stärken, eine klare Positionierung und Haltung zu formulieren, um gegebenenfalls unpopuläre Entscheidungen gut kommunizieren zu können, denn zum Teil sprechen wir ja nicht mehr von einer ersten Aufnahme von Flüchtlingen in Gemeinden, sondern von einer vierten oder fünften. Neben den Einzelberatungen erproben wir derzeit ein weiteres Format: Wir bieten für Bürgermeister/-innen eines Landkreises einen mehrstündigen Workshop, bei dem sie gemeinsam Strategien für den Umgang mit möglichen fremdenfeindlichen Stimmungen in ihren Städten und Gemeinden entwickeln können.

Wie kann Migrationskritik in der Öffentlichkeit begegnet werden? Wie sollen die Debatten vor Ort geführt werden und worauf ist dabei zu achten?

Susi Möbbeck: Elementar sind aus meiner Sicht die eindeutige Positionierung der kommunalpolitischen Spitzen zugunsten der Flüchtlingsunterbringung und die frühzeitige Information und Aufklärung der einheimischen Bevölkerung im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen. Die in Sachsen-Anhalt lebenden Zugewanderten sind in starkem Maße als „interkulturelle Brückenbauer/-innen“ unterwegs, um Informations- und Dialogprozesse vor Ort zu stärken. Bürger- und Informationsversammlungen sollten so angelegt werden, dass sie lokalen Akteuren Raum geben, konkrete Unterstützung von Aufnahme, Erstorientierung und Integration zu erarbeiten und zu verabreden. Die örtlichen Strukturen der Zivilgesellschaft sollten aktiviert und in die Verantwortung eingebunden werden.

Dr. Reiner Becker: Die Stimmung bewegt sich in einem Kontinuum zwischen den Polen Engagement bzw. Offenheit für Flüchtlinge einerseits und zur Straße getragenen Vorurteilen oder gar Gewalt gegenüber Flüchtlingen und Flüchtlingsunterkünften andererseits. Dazwischen bewegen sich viele Menschen mit ihren Fragen, Ängsten

und Sorgen. Ich denke, es ist keine Übertreibung, wenn wir davon sprechen, dass wir gegenwärtig einen rasanten, tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel mit einem offenen Ausgang erleben, und viele Menschen haben hier Angst vor Veränderungen. Neben der klaren Positionierung gegenüber fremdenfeindlichen Stimmungen gilt es deshalb, jene Menschen kommunikativ mitzunehmen, die sich zwischen diesen beiden Polen bewegen. Diese Menschen nämlich gehören auch zur Zielgruppe von rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen, die der Meinung sind, mit dem Thema Flucht und Asyl in der Mitte der Gesellschaft zu punkten.

Welche Weichen werden oder müssen in Ihrem Land gestellt werden, damit in den Kommunen das Zusammenleben zwischen einheimischen und geflüchteten Menschen dauerhaft funktioniert?

Susi Möbbeck: Entscheidende Voraussetzung für das Gelingen des Zusammenlebens ist, Räume und Strukturen zur Begegnung und zum Kennenlernen zu schaffen. Dafür haben Willkommensinitiativen ebenso wie Kitas, Schulen und Vereine eine wesentliche Funktion. Frühzeitige Sprachkurse zum Erwerb der deutschen Sprache sind ein wesentliches Mittel, um Begegnung und Integration vor Ort zu ermöglichen. Unbedingt sollte vermieden werden, dass notwendige Kosten für Flüchtlingsunterbringung und -integration zulasten von jugend- und sozialpolitischen Angeboten in den Kommunen gehen oder beides gegeneinander ausgespielt werden könnte.

Dr. Reiner Becker: Für das kommende Jahr planen wir ein neues Handlungskonzept zur Integration von Flüchtlingen. Wir loten dabei angemessene Präventions- und Interventionskonzepte aus, die helfen sollen, dass die Stimmung vor Ort nicht kippt. Dazu zählen Maßnahmen in Erstaufnahmestellen wie auch nach dezentraler Unterbringung in Kommunen. Wir fragen weiter nach unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Kommunen, zum Beispiel: Handelt es sich um einen ländlichen oder einen städtischen Raum? Ist der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung eher niedrig oder eher hoch? Über unsere bescheidenen Möglichkeiten hinaus wird jedoch ein „Masterplan Integration“ vonnöten sein, damit die Kommunen auf allen relevanten Ebenen wie Arbeitsmarkt, Bildung oder Gemeinwesen die bestmögliche Unterstützung zur Integration von Flüchtlingen vor Ort erhalten. In der jetzigen Phase ist es wichtig, dass die verschiedensten Angebote besser koordiniert und die Stellen, die vor Ort tagtäglich in der Verantwortung stehen, besser miteinander vernetzt werden. Weiterhin müssen wir dafür Sorge tragen, dass das Ehrenamt nicht überfrachtet und damit überfordert wird, denn das Ehrenamt kann langfristig nicht professionelle Hilfs- und Unterstützungsangebote ersetzen.

ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN



VOM AUFRUF ZUM RUNDEN TISCH: UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN IN EINER BRANDENBURGISCHEN GEMEINDE

Land: Brandenburg
Kommune: Letschin
Träger: Gemeindeverwaltung Letschin
michael.boettcher@letschin.de;
heinemann@letschin.de
www.letschin.de
Autor/-in: Michael Böttcher, Anke Heinemann

Ziele

Ziel war es, die Bewohner/-innen der Gemeinschaftsunterkunft, vorwiegend Familien, dauerhaft in das Dorfleben zu integrieren und Vorurteile gegenüber Asylsuchenden abzubauen.

Ergebnisse

Die Unterbringung klappte problemlos; eine ständige Betreuung durch den Sozialträger ist dabei jedoch unerlässlich. Die Kinder besuchen die Kita und Schule. Die Eltern wurden, wenn möglich, in geringfügig finanzierte Arbeitsprozesse integriert. Für Begegnungen zwischen Einheimischen und Asylsuchenden sorgen unter anderem gemeinsame Feste in der Unterkunft.

Gelingensfaktoren

Damit Integration dauerhaft gelingen kann, müssen in erster Linie Ressourcen bereitgestellt werden: Sozialarbeiter/-innen für die Gemeinde und Schule sind nötig; Bildungsmaterial und Verordnungen müssen in verschiedene Sprachen übersetzt werden; die Ausstattung der Kita ist zu verbessern und Sportstätten müssen mehr gefördert werden. Zentral ist außerdem die Vermittlungsarbeit des Bürgermeisters.

Schon im Jahr 2013 mussten zahlreiche Asylsuchende aus dem Erstaufnahmelager Eisenhüttenstadt eine neue Unterkunft finden, weil die Kapazitäten erschöpft waren. Der Landkreis startete einen Aufruf: Wer kann helfen? Die Gemeinde Letschin ist ein Partner in einem Gemeindeverbund von fünf Kommunen zur Unterbringung von Wohnungslosen. Da die Zahl der Wohnungslosen seit Jahren rückläufig ist, standen Unterbringungsmöglichkeiten in der Gemeinde zur Verfügung. Um alles Weitere zu organisieren, fungierte die Gemeinde als Mittler zwischen den Verantwortlichen und als Vermittler zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Institutionen.

Eine Gemeinschaftsunterkunft wurde renoviert und eingerichtet. Bevor die ersten Geflüchteten einziehen sollten, führte die Gemeinde im November 2013 umfangreiche Beratungs- und Klärungsgespräche mit allen ortsansässigen Institutionen und Gremien, beispielsweise zu den Aufnahmekapazitäten in der Unterkunft, der Kita und der Schule. Um die Ängste und Befürchtungen der Einwohner/-innen aufzunehmen und zu reflektieren, lud die Gemeinde zu einer Einwohnerversammlung ein. Die Einheimischen, die eine kritische Einstellung zur Asylherausforderung hatten und noch immer haben, wurden persönlich vom Bürgermeister eingeladen. Es galt der Grundsatz der Aufklärung.

Im Jahr 2014 lud die Gemeinde Sozialträger und ortsansässige Bildungseinrichtungen zu einem „Runden Tisch Integration“ ein, um die institutionellen Herausforderungen der Integration der geflüchteten Menschen anzugehen. Die Ergebnisse der Beratungen und öffentlichen Veranstaltungen wurden geprüft und Forderungen gegenüber den Kreis- und Landesinstitutionen formuliert. Der runde Tisch besteht fort und ist ein wichtiges Forum, um die Alltagsprobleme der Asylsuchenden zu lösen.

Lessons learned

Es gab zu wenig konfessionslose Sozialarbeiter/-innen. Zudem mangelte es an pädagogischem Material zur Kommunikation über Alltagsprobleme. Sinnvoll wäre ein Laptop mit Übersetzungsprogrammen, Kurzfilmen und Piktogrammen.

NETZWERK FÜR EINE OFFENE KULTUR IN DER BESCHULUNG GEFLÜCHTETER KINDER IM LÄNDLICHEN RAUM

Im Landkreis Stendal befanden sich im September 2015 circa 1 000 asylsuchende Menschen, die Hälfte davon war unter 18 Jahre alt. Die Kapazitäten an Schulplätzen der Hansestadt Stendal waren für geringere Zahlen geplant und reichten für die neuen Schüler/-innen nicht mehr aus. Somit begann der Landkreis Stendal zum Schuljahr 2015/2016, erstmals geflüchtete Kinder in Schulen außerhalb der Hansestadt Stendal einzuschulen. Zur Unterstützung dieses Prozesses hat sich im Landkreis ein Netzwerk gebildet aus Kreisverwaltung mit Schulamt, Ausländerbehörde und Migrationsbeauftragten, aus Schulen sowie aus der Zivilgesellschaft und ehrenamtlichen Initiativen vor Ort. Unterstützt wird das Netzwerk durch den Studiengang Angewandte Kindheitswissenschaften der Hochschule Magdeburg-Stendal und das An-Institut KinderStärken e. V. als Koordinierungs- und Fachstelle der „Partnerschaft für Demokratie“.

Im Vorfeld der Beschulung beteiligte das Schulamt Schulen und Lehrer/-innen an den Prozessen, sorgte für Austausch mit den Schulen, die bereits seit den 1990er-Jahren Erfahrungen mit geflüchteten Kindern haben, und ermöglichte den Lehrkräften Besuche in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende. Hochschule sowie Koordinierungs- und Fachstelle bieten Unterstützung an, die Hochschule insbesondere fachliche Beratung zu Migrationspädagogik und Deutsch als Fremdsprache. Erste Infos gingen an die Eltern. Im zweiten Schritt wurden Elternversammlungen organisiert. Hier informierten Schulamt und Ausländerbehörde über Hintergründe und organisatorische Details. Der Migrationsbeauftragte veranschaulichte die Situation der geflüchteten Menschen.

Die Koordinierungs- und Fachstelle organisiert zudem Fortbildungen und Vernetzungstreffen für die Lehrer/-innen. Die Hochschule nutzt praktische Studienprojekte und Praktika gezielt, um die Beschulung zu unterstützen. Hier organisieren Studierende erlebnispädagogische Aktionen zur Team- und Klassenbildung und zur Konfliktprävention, unterstützen den Unterricht sowie die Hausaufgaben- und Lernbetreuung nach der Schule.

Lessons learned

Die anfangs vorhandene große Skepsis und die Ängste der einheimischen Eltern ließen sich durch rechtzeitige und geeignete Intervention abbauen und sogar in positives Engagement umwandeln. Die Kernbotschaften waren: Wir haben einen Plan. Wir lassen die Schule nicht alleine. Ihre Kinder werden keine Nachteile erfahren – im Gegenteil, sie werden von den zusätzlichen Möglichkeiten profitieren.

Land: Sachsen-Anhalt

Kommune: Landkreis Stendal

Träger: KinderStärken e. V.

ollendorf@kinderstaerken-ev.de

www.demokratie-stendal.de

Autor: Benjamin Ollendorf

Ziele

Abbau von negativen Einstellungen zur Beschulung geflüchteter Kinder.

Ergebnisse

Damit alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen im Landkreis Stendal zur Schule gehen können, werden sie landkreisweit beschult und von örtlichen Initiativen unterstützt. Die Vernetzung und Beratung aller Beteiligten wird zentral koordiniert.

Gelingensbedingungen

Durch die klare Haltung und den Einsatz der Kreisverwaltung wurde das Zusammenspiel der Akteure erst ermöglicht. Maßgeblich für das Gelingen waren das große Engagement insbesondere der Hochschule und der ehrenamtlichen Bündnisse in den Orten sowie die fachliche Expertise im Landkreis, die vor allem durch die Hochschule eingebracht wurde. Auch die finanzielle Unterstützung durch das Programm „Demokratie leben!“ trug erheblich zum Erfolg bei.

TRANSPARENZ SCHAFFEN



AUF DEM WEG ZU EINER LOKALEN WILLKOMMENSKULTUR – MIT VIELEN GESPRÄCHEN UND EINEM WELCOME-KONZERT

Die Ankunft der ersten 1 000 Flüchtlinge in Köpenick Anfang 2015 war von Unsicherheit und gesellschaftlichen Spannungen in der Bevölkerung begleitet, was auch in Rahnsdorf spürbar war. Diese Situation gab bei unterschiedlichen Akteuren in Rahnsdorf den Anstoß zu lokalen Aktionen, um positive Aufmerksamkeit für das Flüchtlingsthema zu schaffen, die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu einer Willkommenskultur zu aktivieren. So begann zu Jahresbeginn die Organisation eines Benefizkonzerts. Prominente der Region sollten ein Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Unter Leitung eines Eventmanagers aus dem Unterstützerkreis gelang es in kurzer Zeit, eine Benefizgala in der Friedrichshagener Christophoruskirche zu initiieren. Es wurde eine mitreißende und berührende Veranstaltung. Am Ende dieses Abends blieben nicht nur einige Tausend Euro Einnahmen, die für integrative Projekte verwendet werden, sondern vor allem ein Gefühl der Verbundenheit von Mensch zu Mensch.

Bereits im Herbst 2014 warb die Plakataktion „Rahnsdorf hilft – Wir heißen Flüchtlinge willkommen!“ für Toleranz und Unterstützung. Sie wurde gezielt als Initiative gegen die geheimen Treffen der anonymen „Heimgegner/-innen“ ins Leben gerufen. Bis heute setzen sich nahezu 160 Bürger/-innen mit ihrem Foto öffentlich für eine Willkommenskultur ein.

In den Wochen vor der anstehenden Belegung der Flüchtlingsunterkunft in Rahnsdorf suchten wir verstärkt die offene und aktive Kommunikation mit der Bevölkerung. Auf regionalen Festen bauten wir Infostände auf und führten mit vielen Interessierten Gespräche auf Augenhöhe. Mit Fertigstellung der Flüchtlingsunterkunft luden wir gemeinsam mit dem Unionhilfswerk, dem Träger der Einrichtung, zu einem Tag der offenen Tür ein, um Transparenz in Bezug auf die Lebensbedingungen in einer Flüchtlingsunterkunft zu schaffen. Die Resonanz der Anwohner/-innen und Interessierten war so groß, dass die Besichtigung etappenweise durchgeführt wurde – vorbei am Kaffee- und Kuchenstand des Unterstützerkreises. Als Resümee bleiben für alle Beteiligten ein gelungener Tag des Austauschs sowie ein Spendenbetrag für weitere Aktivitäten.

Lessons learned

Man muss auf die Menschen zugehen und gerade auch Personen, die zum Beispiel nicht direkt an die Stände kommen, aktiv ansprechen.

Land: Berlin

Kommune: Treptow-Köpenick

Träger: Unterstützerkreis

Rahnsdorf

ines.thoren@t-online.de

Autorin: Ines Thoren

Ziele

Gezielte Ansprache der Bevölkerung im regionalen Umfeld, um

- eine positive Aufmerksamkeit für das Flüchtlingsthema zu schaffen,
- über die Arbeit des Unterstützerkreises zu informieren und zum Mitmachen zu aktivieren,
- Vorbehalte aufzunehmen und Missverständnisse auszuräumen.

Ergebnisse

Das Welcome-Konzert, das mediale Aufmerksamkeit erfuhr, begeisterte und motivierte viele Bürger/-innen zum Engagement für Flüchtlinge. Der Bürgerdialog wurde eröffnet, muss jedoch stetig fortgesetzt werden. Die Absprachen mit den Veranstaltern der Feste ergaben eine dauerhafte Vernetzung.

Gelingensfaktoren

Eine positive Grundstimmung aller Beteiligten und das Zulassen abweichender Meinungen in den Gesprächen sind zentral. Der Fokus liegt auf konkreten Hilfen von Mensch zu Mensch. Ein Event wie das Welcome-Konzert braucht einen Top-Organisator mit guter Vernetzung in der Region sowie eine klare Organisation und Aufgabenverteilung unter Einbindung bürgernaher Institutionen und Vereine der Region.

DIE KOMMUNE ALS VERMITTLER ZWISCHEN FLÜCHTLINGEN UND AUFNAHMEGESELLSCHAFT

Land: Sachsen

Kommune: Stadt Chemnitz

Träger: Stadtverwaltung

koordinierungsstelleLAP@

stadt-chemnitz.de

www.stadt-chemnitz.de

Autorin: Ines Vorsatz

Ziele

Ziel war es, dem Bürgerdialog zum Thema Asyl ein neues Format zu geben. Wir wollten nicht nur informieren und aufklären, sondern auch Unterstützer/-innen stärken und vernetzen sowie Bedenken ernsthaft und lösungsorientiert behandeln.

Ergebnisse

Nach der Veranstaltung haben sich Initiativen entwickelt. Viele Bürger/-innen fühlten sich mit ihren Anliegen ernst genommen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema wird jetzt öffentlicher und differenzierter geführt. Jetzt ist klar, dass es nicht nur kritische Stimmen, sondern auch Unterstützer/-innen von Flüchtlingen gibt. Diese konnten gestärkt werden.

Gelingensbedingungen

Der Veranstalter stand hinter dem neuen Konzept und beugte sich nicht dem Druck, eine übliche anonyme Großveranstaltung durchzuführen. Das stärkte die Haltung der Stadt als Willkommensbehörde in der Öffentlichkeit.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen müssen die Kommunen sowohl die Bedarfe der Flüchtlinge als auch die Bedürfnisse der Aufnahmegeellschaft im Sozialraum beachten. Vor einer besonderen Herausforderung steht die Stadt Chemnitz, da in einer Gemeinschaftsunterkunft die Unterbringungsbehörden nicht identisch sind. In einem Stadtteil wurden in einem Wohnhotel Flüchtlinge sowohl von der erstaufnehmenden Behörde als auch der kommunalen Unterbringungsbehörde untergebracht. Dies führte, unter anderem aufgrund der unterschiedlichen Leistungsansprüche der Asylsuchenden, zu erheblichem Konfliktpotenzial unter ihnen, auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Es kam vermehrt zu Protesten gegen die Einrichtung, sodass sich die Stadtverwaltung zu einer Informationsveranstaltung mit dem Titel „Leben mit Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Wohngebiet“ in der ortsansässigen Schule entschied. Teilgenommen haben Anwohner/-innen, Gewerbetreibende, Schulleiter/-innen, Wohnungsunternehmen und weitere Akteure, die über das Quartiersmanagement und die Bürgerplattform eingeladen wurden. Mit einer von vornherein begrenzten Zahl von Teilnehmenden wurde parallel über drei verschiedene Themenbereiche informiert und diskutiert: Sicherheit und Ordnung; Asylverfahren; Integration und Unterstützungsangebote für Asylsuchende vor Ort. Fachlich betreut wurden die Diskussionsrunden durch Vertreter/-innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Polizeidirektion, der Stadtverwaltung und Ausländerbehörde, örtlicher Initiativen sowie durch Unterstützer/-innen.

Durch dieses Format kamen wir in den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und vermieden eine anonyme Massenveranstaltung. Unterstützer/-innen für Flüchtlinge konnten Projekte planen und sich vernetzen, ohne für ihr Engagement angegriffen zu werden. Aber auch die Bedenken der Bürger/-innen wurden ernst genommen und Vereinbarungen zur Sicherheit vor Ort getroffen. Das Feedback im Nachgang war sehr positiv. Schwierig war, die Kapazitätsbegrenzung durchzuhalten und die klare Entscheidung für einen Themenbereich einzufordern. Für Interessierte wurde eine Nachfolgeveranstaltung angekündigt.

Lessons learned

Das Veranstaltungskonzept muss frühzeitig und deutlich nach außen kommuniziert werden. Zusätzliche Plätze für örtliche Politiker/-innen, Behörden und Betreuungsfirmen sind einzuplanen.

HAND IN HAND – KOMMUNE UND ZIVILGESELLSCHAFT FÜR EINE POSITIVE AUFNAHMESTIMMUNG

Eine neue Unterkunft für Flüchtlinge soll entstehen und in der Gemeinde gehen die Debatten los: in der Bevölkerung, in den Entscheidungsstrukturen, in den Unterstützungsgruppen. Wie und wann soll wer informiert werden? Und wie kann das Thema so angegangen werden, dass Stimmungsmache gegen die Unterbringung von Flüchtlingen nicht greift, anstehende Aufgaben konstruktiv besprochen werden und sich die Bevölkerung gut informiert fühlt?

Eine Thüringer Kleinstadt mit einer Bevölkerungszahl von 6000 ist hier exemplarisch: Bereits Ende 2013 gab es in der Kommune Gerüchte, dass Flüchtlinge aufgenommen werden. Über Konkretes wurde monatelang nicht informiert und auch andere Auseinandersetzungen mit dem Thema Flucht und Asyl fanden nicht statt. Die Verunsicherung, aber auch die Hetze innerhalb der Gemeinde nahm rasch zu. Eine Bürgerinitiative mit klar rechtsextremer Ausrichtung gründete sich, streute Fehlinformationen und organisierte regelmäßige Demonstrationen.

Vor einer geplanten öffentlichen Informationsveranstaltung entschlossen sich die Verantwortlichen, das Beratungsprojekt CoRa – contra Rassismus, pro Migration und Asyl des DGB Bildungswerks Thüringen e.V. und des Flüchtlingsrats Thüringen e.V. um Unterstützung zu bitten. Innerhalb von zwei Monaten gelang es, engagierte Akteure, Vereine und politische Entscheider/-innen stärker als bisher zu vernetzen. Durch die Einbindung der Mobilen Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT e.V.) und des Koordinators des Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit konnte der Kommune ein breites Beratungsangebot zur Seite gestellt werden.

Lessons learned

Von Beginn an gilt es, klare Verantwortlichkeiten und Regeln festzulegen und Professionalität auszustrahlen. So sollte man zum Beispiel für Professionalität auf dem Podium sorgen und mit einem Input agieren, statt nur zu reagieren. Ebenfalls wichtig: Fachliche Expertise organisieren! Eine Informationsveranstaltung kann auch gezielt interessierte und engagierte Bürger/-innen einladen, um vorhandenes Ehrenamt zu aktivieren.

Land: Thüringen

Träger: CoRa – contra

Rassismus, pro Migration und Asyl des DGB Bildungswerks Thüringen e.V.

bildung@dgb-bwt.de

www.dgb-bwt.de/

projekte-aktuell.php

Autor: Martin M. Arnold

Ziele

Ziel ist es, zu verhindern, dass öffentliche Informationsveranstaltungen zu neu errichteten Flüchtlingsunterkünften zur Bühne für rassistische Personen werden. Gleichzeitig geht es darum, eine dauerhafte positive Aufnahmestimmung in der Kommune zu befördern.

Ergebnisse

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist kein reiner Verwaltungsakt. Die kommunale Politik erkennt ihre Gestaltungsmöglichkeiten, und auch einzelne Verantwortliche positionieren sich klar für die Aufnahme geflüchteter Menschen. Eine proaktive Haltung der Verantwortlichen und die Einbindung Ehrenamtlicher bei runden Tischen signalisieren Handlungsfähigkeit sowie Wertschätzung von zivilgesellschaftlichem Engagement.

Gelingensfaktoren

Zentral ist eine genaue Planung der ersten Bürgerinformationsversammlung. Ablauf, Moderation, Einladung und Abschlussklauseln müssen geregelt sein. Ein runder Tisch bietet sich zur weiteren Einbindung an: Aktiv beteiligen statt passiv informieren, lautet die Devise!



**PARTIZIPATION
ERMÖGLICHEN**

DIE NORMALITÄT DES WILLKOMMENS IN EINER STADT

Will man nicht von einer Notfallintervention in die nächste stolpern, ist es nötig, eine dauerhaft offene Atmosphäre zu schaffen: Jeder Neuankömmling soll sich willkommen und jede Person, die hier lebt – unabhängig von ihrer (Migrations-)Geschichte –, als gleichwertiger Teil der Gemeinschaft fühlen. Nur wenn die Bereitschaft zum friedlichen Miteinander da ist (das schließt auch ein, Konflikte auszuhalten und auszuhandeln), nur wenn kulturelle Vielfalt bejaht und gelebt wird und wir uns von unseren kulturalisierenden Schubladen im Kopf verabschieden, nur dann sind auch diejenigen wirklich willkommen, die – aus welchem Grund auch immer – ihre Heimat verlassen haben und sich nun bei uns in Deutschland eine neue Zukunft aufbauen möchten.

Eine solche Normalität des Willkommens und des Miteinanders ist die große Zukunftsvision des Forums der Kulturen Stuttgart e.V., Stuttgarter Interkulturbüro und Dachverband der Stuttgarter Migrantenvereine. Um dieser Vision möglichst nahe zu kommen, verfolgen wir bereits seit vielen Jahren – nicht zuletzt auch mit der Unterstützung der verschiedenen Bundesprogramme von „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ bis zu „Demokratie leben!“ – zwei zentrale Ziele: Wir wollen kulturelle Vielfalt sichtbar und erlebbar machen und migrantische Initiativen stärken.

Dazu bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen, deren enge Verknüpfung untereinander, aber auch mit anderen kommunalen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren wesentlich zum Erfolg beiträgt. Hierzu ein paar Beispiele aus unserer Praxis:

- Wir geben ein kostenloses Monatsmagazin heraus, das über alle interkulturellen Veranstaltungen informiert sowie allerlei wissens- und nachdenkenswertes Beiträge zum Thema kulturelle Vielfalt enthält. Dies ist ein bewährtes Medium, um kulturelle Vielfalt nicht nur als Normalität, sondern auch als enormen Reichtum sichtbar und erlebbar zu machen. Zunehmend spielen in unserem Magazin natürlich auch die Situation von Geflüchteten und ihre (nicht zuletzt auch künstlerischen) Potenziale eine wichtige Rolle.
- Jedes Jahr veranstaltet das Forum der Kulturen Stuttgart auf dem Marktplatz das große SommerFestival der Kulturen. Sechs Tage lang wird bei freiem Eintritt nicht nur ein hochwertiges Weltmusikprogramm geboten, es sind auch über 70 Migrantenvereine mit kulinarischen Angeboten, Informationsständen und Kulturdarbietungen vertreten. Dieses riesige Bürgerfest macht kulturelle Vielfalt hautnah erlebbar und bietet ein ideales Forum, um ein Zeichen gegen Vorurteile und Ausgrenzung zu setzen. „Typisch ist allein die Vielfalt“, lautet der zentrale Slogan des Festivals und begleitender Kampagnen gegen Rassismus und Diskriminierung.
- Seit einigen Jahren wird das Programm unseres großen Theaterfestivals „Made in Germany“ und weiterer interkultureller Festivals, die wir initiieren und durchführen, nicht mehr von den „Chefs“ der beteiligten Theater und Kultureinrichtungen festgelegt, sondern von einer sogenannten Bürgerjury, die weitgehend die kulturelle

Land: Baden-Württemberg

Kommune: Stuttgart

**Träger: Forum der Kulturen
Stuttgart e.V.**

**rolf.graser@forum-der-
kulturen.de**

www.forum-der-kulturen.de

Autor: Rolf Graser

Vielfalt Stuttgarts widerspiegelt und so auch Personen mit Migrationshintergrund praktische Teilhabe und konkrete Mitbestimmung ermöglicht. Dies ist ein wichtiger Schritt des Empowerments und eine notwendige Antwort auf überkommene Strukturen und Machtverhältnisse, die hinderlich sind, wenn kulturelle Vielfalt zur Normalität werden soll.

- Das Empowerment und damit auch die umfassende Qualifizierung von Migrantenorganisationen und -initiativen steht nicht von ungefähr im Zentrum zahlreicher Maßnahmen des Forums der Kulturen Stuttgart. Seminare, Fortbildungen und runde Tische stärken das bürgerschaftliche Engagement der Migrantenvereine und fördern ihre gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – eine zentrale Voraussetzung für ein gleichwertiges Miteinander aller hier lebenden Menschen. Die Migrantenvereine engagieren sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen, inzwischen natürlich auch in der Arbeit mit Geflüchteten. Dies betrifft neben dem Dolmetschen und der Hilfe beim Zurechtfinden in Stuttgart auch die Aufnahme von Geflüchteten in Vereinsräume (sofern vorhanden), sei es zum gemeinsamen Beisammensein oder einfach als sozialer Raum. Auf diese Weise möchten wir die Geflüchteten ins Vereinsleben einbinden und so die Normalität des Willkommens in der Stadt fördern.
- Netzwerkarbeit ist für uns kein Modewort, sondern notwendige Basis und gelebte Partizipation in all unseren Aktivitäten. So haben wir in der letzten Zeit nicht nur maßgeblich am Aufbau des Stuttgarter Arbeitskreises gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mitgewirkt, sondern auch gemeinsam mit dem Kulturstadtrat einen großen Workshop zum Thema Kulturarbeit mit und für Geflüchtete organisiert, bei dem sich Kulturschaffende und Kultureinrichtungen gemeinsam mit Akteuren der Flüchtlingsarbeit, mit Freundeskreisen und natürlich mit Geflüchteten an einen Tisch setzten und entsprechende Projekte entwickelten.
- Die aktive Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Aktivitäten. Unter anderem bieten wir den Migrantenvereinen an, mit Unterstützung von Medienpädagoginnen und -pädagogen Materialien für eine Kampagne gegen Vorurteile und Rassismus zu entwickeln; hierbei entstehen Postkarten, Videoclips und Plakate sowie ein Jahreskalender mit verschiedenen Kampagnenmotiven. Dies sind keine isolierten Aktionen, sondern wichtige Pfeiler unserer gesamten Arbeit – schließlich ist ein vorurteilsbewusstes, rassismussensibles und diskriminierungsfreies Umfeld die wohl stabilste Grundlage für eine Normalität des Willkommens.

Die Koordination, aber auch das Forcieren des Engagements für Geflüchtete gewinnen für das Forum der Kulturen Stuttgart zunehmend an Bedeutung. Wir haben jedoch kein eigenes Sonderprogramm für Geflüchtete. Für uns ist das Thema Flucht und Asyl ein Querschnittsthema, das wir auf den unterschiedlichsten Ebenen unserer Arbeit aufgreifen: in unserer Kulturarbeit, in unseren Netzwerken und nicht zuletzt bei unseren Migrantenvereinen, deren wichtige Rolle gerade bei der Aufnahme neuer Asylsuchender viel zu wenig gewürdigt wird. Die Migrantenvereine sind nicht selten Willkommenspatinnen und -paten im besten Sinne und verkörpern letztlich auch ein gutes Stück dessen, was wir Normalität des Willkommens nennen.

„TANDEMS“ EROBERN REGENSBURG – PATINNEN UND PATEN LEBEN WILLKOMMENSKULTUR

Regensburg geht neue Wege: In der Stadt kümmern sich Ehrenamtliche um einzelne geflüchtete Menschen oder Familien in Form von Patenschaften. Die Patinnen und Paten zeigen den Neuankömmlingen die Stadt, begleiten sie zum Einkaufen, bei der Freizeitgestaltung, auf Behördengängen und zum Deutschkurs.

Nachdem der Bürgermeister die Regensburger/-innen zur Übernahme von Patenschaften aufgerufen hatte, meldeten sich innerhalb kürzester Zeit Hunderte Bürger/-innen für ein solches Ehrenamt. Das Amt für Jugend und Familie koordinierte die Aktion. Die Interessierten wurden teilweise zu einem Einzelgespräch eingeladen, da formale Fragen, wie zum Beispiel die Vorlage eines Führungszeugnisses, zu klären waren.

Bald schon zeigte sich jedoch, dass die Menschen für eine Patenschaft in jedem Fall eine Grundausbildung und Qualifikation brauchen. Auf diesen Bedarf reagierte das „Tandems“-Programm: Es bietet unter anderem eine Vernetzung der „Tandems“ untereinander, Qualifizierungskurse für die Patinnen und Paten sowie einen moderierten Erfahrungsaustausch zur Klärung anstehender Fragen.

Das Evangelische Bildungswerk Regensburg e.V. (EBW) und die örtliche Volkshochschule übernahmen gemeinsam die Patenschaftsqualifizierung. 2015 wurden insgesamt fünf Module angeboten – von der interkulturellen Sensibilisierung über Rechtsgrundlagen bis hin zum Umgang mit Traumata. Zudem konnten die Teilnehmer/-innen in den Erfahrungsaustausch mit örtlich aktiven Initiativen und Vereinen aus der Flüchtlingsarbeit treten. Die Nachfrage nach den Modulen war sehr groß, im Durchschnitt konnten wir pro Halbtagsseminar 25 bis 50 Teilnehmer/-innen begrüßen. In Kooperation mit dem Amt für Jugend und Familie bieten wir nun auch offene Gesprächsrunden an, in denen die Patinnen und Paten Einzelfälle und spezifische Probleme besprechen können. Im Juli 2015 veranstaltete das EBW außerdem ein interkulturelles Willkommensfest für die rund 50 „Tandems“. Dort gab es kulturelle Beiträge von Geflüchteten und Zugewanderten, ein internationales Büfett sowie Infostände und Kurzinterviews mit Initiativen und Vereinen.

Lessons learned

Stärken möchten wir den Ansatz, geflüchtete Menschen aktiver einzubeziehen. Die Erfahrung zeigt, dass es wichtig ist, nicht nur über Geflüchtete, sondern mit ihnen zu sprechen. Da sich zeitweise sehr viele interessierte Bürger/-innen meldeten, konnten nicht alle sofort für eine Patenschaft vermittelt werden, was bei manchen für Enttäuschung sorgte.

Land: Bayern

Kommune: Regensburg

Träger: Evangelisches

Bildungswerk Regensburg e.V.

clenk@ebw-regensburg.de

www.ebw-regensburg.de

Autoren: Dr. Carsten Lenk,

Franz Dörner

Ziele

Von Anfang an war es das Ziel, Geflüchteten und Asylsuchenden „ein Gesicht zu geben“ – in Anlehnung an das Motto von Pro Asyl: „Der Einzelfall zählt“. Das Modell der Patenschaft sollte engagierte Bürger/-innen und geflüchtete Menschen in einen persönlichen Austausch bringen. Mit Qualifizierungsseminaren galt es die Patinnen und Paten optimal auf ihre Aufgabe vorzubereiten.

Ergebnisse

Die Patinnen und Paten wurden für ihre ehrenamtliche Arbeit qualifiziert und erhielten damit Sicherheit und professionelle Unterstützung. Die geflüchteten Menschen lernten die Gegebenheiten der deutschen Gesellschaft kennen.

Gelingensfaktoren

Erfolgsfaktoren waren das große Interesse und hohe Engagement der Regensburger Bürger/-innen, sich als Patinnen und Paten einzubringen, die enge und gute Abstimmung zwischen den Kooperationspartnern und die klare politische Vorgabe der Stadtspitze in Sachen Willkommenskultur.

DIE KOMMUNE ALS MOTOR DER WILLKOMMENSKULTUR

Land: Mecklenburg-Vorpommern

Kommune: Stadt Wolgast

Träger: Stadt Wolgast
elke.quandt@wolgast.de
www.wolgast.de
Autorin: Elke Quandt

Ziele

Das bürgerschaftliche Engagement sollte gestärkt werden. Ziel war es ebenfalls, Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereine und Verbände verstärkt aufzuklären.

Ergebnisse

Durch die Erfahrungen im Umgang mit der rechten Szene sind kontinuierlich arbeitende Gremien und verbindliche Netzwerke unter Federführung der Kommune entstanden. Hier erfolgt ein schneller Informationsfluss, auch durch die Mitgliedschaft in überregionalen Netzwerken. Unsere Kommune hat sich erfolgreich für die Teilnahme in verschiedenen Bundesprogrammen beworben.

Gelingensbedingungen

Ansprechpartner/-innen für die Bevölkerung sind ebenso wichtig wie zum Beispiel Dolmetscher/-innen, psychologische Unterstützung sowie ausreichend Kindergarten- und Schulplätze für die Kinder der Geflüchteten. Aber vor allem die Bereitschaft vieler Menschen, sich zu engagieren, ist ein unverzichtbarer Gelingensfaktor.

Die Stadt Wolgast wird seit den 1990er-Jahren als rechte Hochburg wahrgenommen. Eine starke Präsenz der NPD und der Freien Kame-radschaftsszene sowie regelmäßige Aufmärsche haben dieses Bild geprägt. Dem trat die Stadt 2000 mit der Gründung eines Kommunalen Präventionsrats entgegen, der die Aktivitäten gegen rechts bündeln sollte. Damit wurde ein Gremium geschaffen, das Austausch, Vernetzung und Kommunikation ermöglicht: Im Kommunalen Präventionsrat treffen sich zivilgesellschaftliche Organisationen, ehrenamtlich tätige Bürger/-innen sowie Kommunalpolitiker/-innen. Mitglied im Präventi-onsrat ist auch der Träger der seit 2012 in Wolgast befindlichen Ge-meinschaftsunterkunft, eines Wohnblocks mit bis zu 280 Plätzen.

Ein wichtiger Baustein der kommunalen Arbeit mit Geflüchteten ist das 2015 gegründete regionale Netzwerk Migration/Integration. Auch hier hat die Stadt Wolgast Verantwortung übernommen, indem das Netz-werk durch die Gleichstellungsbeauftragte geleitet wird. Ein weiteres Beispiel ist ein Pachtvertrag mit dem 2013 gegründeten Verein Inter-kultureller Garten „Regenbogenpark“ e.V. Mit der Gemeinschaftsunter-kunft wurde die Vereinbarung getroffen, dass die Geflüchteten jederzeit auf das Gelände gehen und mithelfen können. Die Praxis sieht leider nicht so gut aus, denn auch die Fluktuation ist sehr groß in dieser Ein-richtung. Dennoch wird immer wieder das Gespräch mit den Mitar-beitenden gesucht, dass sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dieses Projekt mit unterstützen. Finanziert wurde die Arbeit des Vereins Interkultureller Garten teilweise mit Spenden aus der Bevölkerung, die der Bürgermeister mit einer Aktion einwarb.

Lessons learned

Mehr personelle und finanzielle Ressourcen müssen für die Arbeit mit Ge-flüchteten bereitgestellt werden. Auch bei einer dezentralen Unterbringung sind Betreuungs- und Begleitpersonen mit entsprechenden Sprachkenntnissen nötig. Wünschenswert wären frühzeitige Informationen über neu ankomen-de Asylsuchende, da auch eine Kleinstadt wie Wolgast die infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen muss.

HILFE FÜR DIE HELFENDEN – INTEGRATION BRAUCHT STARKE SCHULTERN UND LANGEN ATEM

Damit gesellschaftliche Integration erfolgreich geleistet werden kann, müssen die helfenden Akteure gestärkt werden. Sie agieren oft unter schwierigen Bedingungen, zum Beispiel in skeptischen Nachbarschaften und angesichts bedrohlicher rechtsextremer Strukturen, und müssen teilweise im Inneren eine große Bandbreite von Zielen und Weltanschauungen konstruktiv gestalten. Integrationsleistungen brauchen – als Mittel zum Zweck – Strukturen, in denen Aktive unterstützt werden.

Wenn Engagierte sich vor Ort zusammenfinden, zum Beispiel um Flüchtlinge zu unterstützen, beginnen Entwicklungsprozesse in der Gruppe der Helfer/-innen und gegenüber externen Personen und Institutionen. Zu Beginn steht der Austausch über die Motive und Ziele des Engagements, gefolgt von einer Phase, in der Ziele und Methoden bestimmt werden, und schließlich einer Strukturbildung, in der Kooperations- und Kommunikationsformen vereinbart werden. Weitere Herausforderungen sind der Umgang mit Öffentlichkeit und Fragen der persönlichen Sicherheit. Im Verlauf der Bündnisarbeit treten diese Themen immer wieder auf, und zwar nicht nur nacheinander, sondern auch gleichzeitig, zum Beispiel wenn neue Mitwirkende dazukommen oder sich externe Umstände verändern.

Es ist keine vergeudete Zeit, sich um die Verfassung der helfenden Bündnisse zu kümmern, denn das Ringen um gemeinsame Wege bedeutet für alle Beteiligten Stärkung und Ermutigung, aber auch Konflikte und immer wieder überraschende Perspektiven. Zum Beispiel können Unterschiede zwischen den Sichtweisen ehrenamtlich Engagierter und denen der zuständigen Behörden bezüglich der Ziele oder bevorzugten Methoden erheblich sein. Von dieser Bandbreite der Auffassungen können Fliehkräfte ausgehen, die die Funktionsfähigkeit der Initiativen lähmen oder im Extremfall Bündnisse sogar zerreißen. Werden Klärungsbedarfe nicht offen und konstruktiv angegangen, wirken sie unschwerflich und destruktiv. Bündnisse können Unterstützung in Anspruch nehmen, Beratung kann ihnen helfen, in einer gemeinsam getragenen Logik der sinnvollen Ergänzung funktionsfähig zu bleiben. Dazu dient zum Beispiel eine moderierte Reflexion und Verständigung über Möglichkeiten und eigene Grenzen.

Lessons learned

Regelmäßige Reflexion des eigenen Handelns ermöglicht die aktive Gestaltung von permanenter Veränderung. Die Sicherheit der Mitwirkenden und die Kommunikationsformen sollten von Beginn an Querschnittsthemen sein. Professionelle Prozessberatung kann ehrenamtliche Initiativen unterstützen, entlasten und damit langfristig stärken.

Land: Mecklenburg-Vorpommern

Träger: Regionalzentrum für demokratische Kultur Evangelische Akademie der Nordkirche

elisabeth.siebert@akademie.nordkirche.de

hartmut.gutsche@akademie.nordkirche.de

www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren

Autor/-in: Elisabeth

Siebert, Hartmut Gutsche

Ergebnisse

Bei unserer Begleitung kommunaler Initiativen gelang es in allen Fällen, selbst organisierte Kommunikations- und Arbeitsstrukturen mit verbindlichen Abstimmungsabläufen zu etablieren. Die Beteiligten erarbeiteten Routinen, respektieren die teilweise sehr unterschiedlichen Zugänge und sind geachtete lokale Ansprechpersonen für Kommunalpolitik und Verwaltung.

Gelingensfaktoren

Für eine konstruktive Zusammenarbeit ist es unabdingbar, verschiedene Charaktere, Kompetenzen, Denk- und Handlungsweisen so miteinander zu verbinden, dass sie sich gut ergänzen. Zentral ist eine kontinuierliche, alltagsnahe interne wie externe Kommunikation. Damit gelingt im Idealfall nicht nur die gesellschaftliche Integration neu hinzugekommener Bürger/-innen, sondern auch ein besseres gegenseitiges Verständnis derjenigen, die schon vor Ort leben.

DIE KOORDINIERUNGSSTELLE „ENGAGIERT FÜR FLÜCHTLINGE“

Land: Sachsen-Anhalt
Kommune: Halle (Saale)
Träger: Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.
Koordinierungsstelle „Engagiert für Flüchtlinge“
kontakt@koordinierungsstelle-halle.de
www.koordinierungsstelle-halle.de
Autoren: Olaf Ebert, Sören Am Ende

Ziele

Mit der Koordinierungsstelle soll eine zentrale Anlaufstelle für engagementbereite Bürger/-innen auf der einen und Organisationen der Flüchtlingshilfe auf der anderen Seite etabliert werden. Interessierte sollen Informationen und Beratung erhalten und in konkrete Einsatzfelder vermittelt werden.

Ergebnisse

Entstanden ist eine starke Vernetzung mit Organisationen, Bündnissen, Kirchen sowie neu entstehenden Willkommensinitiativen, die sich für Geflüchtete einsetzen. Auf dieser Grundlage kann ein wachsendes Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsangebot realisiert werden.

Gelingensbedingungen

Eine klare Aufgabenteilung und regelmäßige Absprachen zwischen den Partnern sowie Offenheit zur gemeinsamen Weiterentwicklung sind ausschlaggebend. Als logistische Weiterentwicklung in der Kontaktaufnahme zu Interessierten bewährt sich die Online-Helfer-Registrierung.

Um der wachsenden Engagementbereitschaft und dem Unterstützungsbedarf der Flüchtlinge besser gerecht zu werden, haben der Evangelische Kirchenkreis, die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. und die Stadt Halle (Saale) im Mai 2015 die gemeinsame Koordinierungsstelle „Engagiert für Flüchtlinge“ eingerichtet. Dort können sich Interessierte informieren und beraten lassen, wo, wann und wie ihre Hilfe für Flüchtlinge in Halle gebraucht wird.

Seit Sommer 2015 hat sich die Zahl der interessierten Freiwilligen in der Flüchtlingshilfe vervielfacht: Die Telefone der Koordinierungsstelle standen nicht mehr still und unser Beratungsladen war zunehmend überlastet. Viele Helfer/-innen möchten sich sofort und ausschließlich für geflüchtete Menschen engagieren. Die beeindruckende Welle der Hilfsbereitschaft führte dazu, dass nicht mehr alle Interessierte sofort im persönlichen Einzelgespräch beraten werden konnten. Inzwischen dient unter anderem unsere Online-Helfer-Registrierung dazu, ehrenamtliche Angebote und Nachfrage zusammenzubringen. Darüber hinaus organisieren wir gemeinsam mit Partnern Informationsveranstaltungen, Austauschtreffen und Fortbildungen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe.

Für Vereine, Initiativen und gemeinnützige Organisationen bieten wir neben einer Beratung zur Einbindung von Freiwilligen die Veröffentlichung ihrer Engagementangebote zugunsten von Geflüchteten über verschiedene Kanäle an: in unserem Online-Engagement-Katalog mit Suchmöglichkeit nach verschiedenen Kategorien, als Übersicht zum Download und als News per E-Mail.

Geflüchteten bieten wir Information und Beratung über ehrenamtliche Engagementmöglichkeiten und sprechen sie gezielt für Aktionen wie zum Beispiel den Freiwilligentag an. Inzwischen ist unsere Website in mehreren Sprachen verfügbar und soll Geflüchteten den Zugang zu wichtigen Informationen und Begegnungsmöglichkeiten erleichtern. Unsere Fortbildungs- und Begleitangebote unterstützen Freiwillige, sich über die Möglichkeiten und Grenzen des individuellen Engagements zu vergewissern. Austauschrunden für Ehrenamtliche bieten die Möglichkeit, über eigene Engagementerfahrungen ins Gespräch zu kommen.

Lessons learned

Mit den steigenden Flüchtlingszahlen und der gewachsenen Engagementbereitschaft wird etwa das Dreifache der ursprünglich vorgesehenen Arbeitszeit benötigt. Die Hilfsbereitschaft in kontinuierliches Engagement zu überführen, Willkommensinitiativen wirksam zu begleiten und Ehrenamtliche in ihrem Engagement für und mit Flüchtlingen zu unterstützen, bildet eine der zentralen langfristigen Herausforderungen.

LOKALE WILLKOMMENSKULTUR MÖGLICH MACHEN

Die Schaffung einer Netzwerkstelle „Engagierte Nachbarschaft – Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt“ erschien sowohl aufgrund der sich abzeichnenden Zunahme der Flüchtlingszahlen seit Ende letzten Jahres als auch angesichts des vielfältigen Engagements und der zahlreichen Ideen von Vereinen und Privatinitiativen dringend geboten.

Die Netzwerkstelle widmet sich drei Hauptaufgaben:

- Erstinformation für Engagierte mit und ohne Fluchterfahrungen
- Niedrigschwellige regionale Beratung zu konkreten Vorhaben
- Bedarfsorientierte Qualifizierung von ehrenamtlich Engagierten

Da diese Leistungen landesweit gleichermaßen angeboten werden sollten, gewann die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA) zusätzlich sechs Regionalpartner, die sich diese Aufgabe seit März 2015 teilen.

In der Regel sind ehrenamtliche Unterstützungsangebote auch immer mit Ressourcenfragen verknüpft: Wie kommt man an Lehrmaterial für Sprachkurse? Wer erstattet Benzinkosten für Aktive, die mit ihrem Privat-Pkw Behördenfahrten im ländlichen Raum absichern? Wie kommt ein Sportverein an 20 Paar zusätzliche Fußballschuhe, um Geflüchtete am Training beteiligen zu können?

Eine Antwort darauf wurde mit dem Engagementfonds der Netzwerkstelle gefunden. 2015 wurden 100 000 Euro bereitgestellt, um mittlerweile 75 Willkommensinitiativen finanziell zu unterstützen. Bis zu 2 500 Euro pro Vorhaben ermöglichen vielerorts Sprachkurse, Fahrradwerkstätten, Kulturnachmittage oder Sportevents. Im Vordergrund steht beim Fonds, den damit verbundenen Verwaltungsaufwand möglichst gering und unbürokratisch zu gestalten. Gemeinsam mit anderen Akteuren wird die Ausgestaltung des Fonds kontinuierlich weiterentwickelt, um 2016 und darüber hinaus diese wichtige Form der Unterstützung und Anerkennung weiter anbieten zu können.

Nicht zuletzt stellt die Netzwerkstelle erfolgreiche Vorhaben regelmäßig öffentlich vor, um positive Zeichen für gelebte Willkommenskultur zu setzen und stellvertretend öffentliche Anerkennung für diese oft aufopferungsreichen Aktivitäten zu ermöglichen.

Land: Sachsen-Anhalt

Träger: Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Sachsen-Anhalt e. V.

jan.greiner@lagfa-lsa.de

www.lagfa-lsa.de

Autor: Jan Greiner

Ziele

Ziel ist es, durch Beratung Engagement zu erleichtern, durch Vernetzung den Austausch untereinander zu fördern, durch Fondsmittel Unkosten zu decken und durch breite Öffentlichkeitsarbeit Vorurteilen und Ängsten ganz konkret etwas Positives entgegenzusetzen.

Ergebnisse

Die Netzwerkstelle und ihre Partner erreichten mit ihren Beratungsleistungen bisher mehr als 250 Vereine und Initiativen. Aktuell werden über den Engagementfonds 75 Vorhaben finanziell unterstützt und fachlich begleitet. Ein Schwerpunkt der Förderung liegt in der nachhaltigen Ausrichtung.

Gelingensfaktoren

Solche Förder- und Vernetzungsstrukturen landesweit zu etablieren, ist nur möglich, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

Lessons learned

Die Unterstützung mittels Förderfonds erfordert einen hohen konzeptionellen Aufwand für Vergabe- und Abrechnungsverfahren. Bürgerschaftliches Engagement bleibt stets freiwillig und zusätzlich und ist nur bedingt steuerbar. Für die Auseinandersetzung mit der Vielzahl verschiedener Initiativen sind oft individuelle Vorgehensweisen mit entsprechenden personellen und zeitlichen Ressourcen nötig.

VON PEER-GUIDES ZU „ANNE FRANK-BOTSCHAFTERINNEN UND -BOTSCHAFTERN“

**Bundesweit
in über 30 Kommunen
Träger: Anne Frank Zentrum
huehne@annefrank.de
www.annefrank.de
Autorin: Annemarie Hühne**

Ziele

Das Konzept soll Jugendlichen ihre Handlungsoptionen in Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Flüchtlingen bewusst machen und die dafür notwendigen Kompetenzen vermitteln. Das zivilgesellschaftliche Engagement der jungen Menschen wirkt unmittelbar im sozialen Nahraum. Gleichzeitig werden die Jugendlichen sensibilisiert für die Wahrnehmung von Diskriminierung und Rassismus sowie darin geschult, gegen menschenfeindliche Parolen zu argumentieren.

Ergebnisse

Von 2012 bis 2015 engagierten sich über 1 000 Jugendliche als Peer-Guides, 100 davon wurden zu „Anne Frank-Botschafterinnen und -Botschaftern“ ernannt. Diese haben deutschlandweit bereits mehr als 30 Projekte initiiert, mehrere davon zu den Themen Migration, Flucht und Asyl.

Gelingensbedingungen

Die Jugendlichen benötigen ideelle und materielle Unterstützung vor Ort. Ihr Engagement muss – auch von den Lehrkräften und anderen Erwachsenen – wertgeschätzt, gefördert und unterstützt werden. Je konkreter die Projekte an die Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen und je stärker die jungen Leute eine positive Veränderung in ihrem sozialen Umfeld wahrnehmen, desto erfolgreicher sind die Vorhaben.

„Alle reden über Flüchtlinge – doch was hat das mit mir zu tun?“ – Diese Frage stellten uns Jugendliche im Rahmen eines „Anne Frank-Botschafter“-Seminars. Die Jugendlichen, vor allem aus Kleinstädten des gesamten Bundesgebiets, sind in ihrem Alltag zunehmend mit Geflüchteten oder zumindest mit der Diskussion um Geflüchtete konfrontiert. Sie wollen nicht weghören, sind aber oft ratlos, wie sie mit den unterschiedlichen Meinungen, der neuen Situation und den Hilfesuchenden Menschen selbst umgehen sollen. Die Angebote des Anne Frank Zentrums geben den Jugendlichen Raum, ihre Ratlosigkeit zu thematisieren und eigene Projekte zu entwickeln, die lokal dazu beitragen können, Probleme anzusprechen, Flüchtlinge zu unterstützen und präventiv gegen Ausgrenzung zu wirken.

Mehr als 90 Prozent der in den Wanderausstellungen des Anne Frank Zentrums aktiven Peer-Guides wollten ihr Engagement fortsetzen. So entstand die Idee, interessierte Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren zu „Anne Frank-Botschafterinnen und -Botschaftern“ auszubilden. Die Jugendlichen nehmen an Seminaren des Anne Frank Zentrums teil und erhalten Unterstützung bei der Umsetzung eigener Ideen und Projekte zur Bekämpfung von Diskriminierung an ihren Wohnorten. In diesem Kontext haben die Jugendlichen auch Projekte für und mit Flüchtlingen umgesetzt.

So entstand zum Beispiel in Erfurt das Projekt „Flucht ist kein Verbrechen“ – ein interaktiver Workshop, entwickelt von einer 17-jährigen Schülerin, in dem sich Jugendliche mit Fluchtgründen auseinandersetzen und Möglichkeiten des aktiven Engagements zur Unterstützung von Flüchtlingen erarbeiten. Diese sind von den Teilnehmenden zum Teil bereits umgesetzt worden. Ausgangspunkt eines Projektes in Naumburg war eine von zwei Schülerinnen vorbereitete und geleitete Diskussionsrunde zur Auseinandersetzung mit aktuellen Diskriminierungsformen im Rahmen einer Schulprojektwoche. Im Anschluss trafen sich die Schüler/-innen mit Flüchtlingen aus Eritrea. Daraus entwickelte sich ein langfristiges Engagement bei der Initiative „Weltoffenes Naumburg“. Jugendliche helfen hier zum Beispiel bei der Organisation von Freizeitaktivitäten für Flüchtlinge.

Lessons learned

Die Beratung der vielfach eingebundenen Jugendlichen gestaltet sich aufwendig. Wünschenswert wäre eine persönliche Beratung vor Ort, die jedoch aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Projektzeiträume müssen mit dem Schulalltag vereinbar sein, gegebenenfalls sollten auch Freistellungen erfolgen.



**ENGAGEMENT
ZEIGEN**

VON DER KLEIDERSPENDE ZUR KLEIDERKAMMER

Land: Bayern
Kommune: Landkreis
Tirschenreuth
Träger: Caritasverband
Tirschenreuth
geschaeftsstelle@
caritas-tirschenreuth.de
Autorin: Julia Zeitler

Ziele

Die ankommenden Asylsuchenden sollten schnell angemessene und ordentliche Kleidung bekommen.

Ergebnisse

Innerhalb sehr kurzer Zeit gelang es, den Asylsuchenden Kleidung zu übergeben. Durch die Zeitungsaufrufe und die Spendenaktionen wurde die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert. Mit ihren Spenden wuchs bei vielen Personen das Interesse am Thema und die Bereitschaft, sich weiterhin zu engagieren. So konnten einige neue Helfer/-innen längerfristig gewonnen werden.

Gelingensbedingungen

Ohne die große Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mithilfe und zur Bereitstellung von Spenden wäre das Projekt nicht möglich gewesen. Obligatorisch ist eine Person, die die Gesamtkoordination übernimmt.

Am 24. Juli 2015 eröffnete im Stiftland-Gymnasium in Tirschenreuth eine Erstaufnahmeeinrichtung für geflüchtete Menschen, vor allem für syrische Familien mit Kindern sowie für Einzelpersonen aller Altersklassen. Der Zustand der eintreffenden Menschen war erschreckend. Ihre Erfahrungen der letzten Monate und vielleicht sogar Jahre waren deutlich spürbar und ihnen anzusehen: Sie besaßen zum Teil keine Schuhe und nur wenig Kleidung, waren müde und schwach und ihr Gesundheitszustand war aufgrund der Strapazen und des ungewohnten Klimas angegriffen. Viele Geflüchtete, vor allem die Kinder, hatten schmerzhaftes Blasen an den Füßen. Das kalte Wetter verursachte eine Erkältungs- und Grippewelle.

Angesichts dieser Lage organisierte ich über meinen damaligen Arbeitgeber, den Caritasverband für den Landkreis Tirschenreuth e.V., ehrenamtlich zuerst einen Kleiderbasar und langfristig eine Kleiderausgabestelle, die auch heute noch von der Caritas betreut wird. Einen Tag nach der Ankunft der Geflüchteten schalteten wir einen Aufruf zur Kleiderspende in der örtlichen Tageszeitung. Bereits am nächsten Morgen um acht Uhr türmten sich in meinem sehr geräumigen Büro die Spenden. Besonders berührt hat mich, dass kurz nach meinem Eintreffen auch zwei schon länger hier in Tirschenreuth wohnende Asylbewerber zu mir kamen und einen Teil ihrer Kleidung abgaben. Auch in den folgenden Tagen und Wochen wurden unzählige Kleidungsstücke, Schuhe, Koffer und auch Reisebabybetten gespendet. Ehrenamtliche sortierten die Kleidung nach Geschlecht und Größe. Hierfür wurde uns von der katholischen Kirche ein großer Raum zur Verfügung gestellt, den wir über die ganzen Sommerferien hinweg nutzen konnten. Eine Woche nach Ankunft der Flüchtlinge fand dann ein großer Basar statt, bei dem wir den Geflüchteten per Losnummernverfahren Kleidung übergaben. Jeder ehrenamtlichen Person war eine Kleidergröße zugeteilt. Im Anschluss wurde das Hallenbad gegenüber der Turnhalle zur Kleiderausgabestelle umfunktioniert. Als schließlich die Erstaufnahmeeinrichtung Anfang September 2015 nach Wiesau verlegt wurde, zog auch unsere Kleiderkammer dorthin.

Lessons learned

Die räumliche Planung der Kleiderausgabe muss von Anfang an gut durchdacht sein. Für die Ehrenamtlichen sollten verbindliche Zeitpläne erstellt werden. Ebenso bieten sich feste Ausgabezeiten an. Hilfreich ist es, wenn im Spendenauftrag genau gesagt wird, welche Kleidungsstücke konkret gebraucht werden. Protokolle sind sinnvoll, um zu dokumentieren, wer bereits Kleidung erhalten hat.

„ES GIBT NICHTS GUTES, AUSSER MAN TUT ES“ – DAS KNOW-HOW DES UNTERSTÜTZERKREISES GEZIELT KOORDINIEREN

Der Unterstützerkreis Rahnsdorf wächst seit Anfang des Jahres 2015 stetig – ohne jegliche Werbung. Das brachte uns vielfältiges Know-how aus einem breiten beruflichen Spektrum, das wir Ehrenamtliche aber zunächst nicht zielgerichtet koordinieren und nutzen konnten. Wir waren mitten in der Vorbereitungsphase für die Ankunft der Flüchtlinge und standen vor der Herausforderung, die vielen neuen ehrenamtlichen Helfer/-innen mit ihren speziellen Kompetenzen zu koordinieren. Um uns frühzeitig gezielt auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge und mögliche Hilfsansätze vorzubereiten, entschieden wir uns, die spezifischen Kompetenzen aufzuteilen und verschiedene Arbeitsgruppen (AGs) zu bilden.

In einer großen Plenumssitzung des Unterstützerkreises überlegten wir, für welche Bereiche wir Hilfsangebote entwickeln können und wollen. Wir gründeten zehn AGs mit insgesamt über 200 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Dazu entwickelten wir Arbeits- und Kommunikationsstrukturen für die AGs und benannten je AG eine verantwortliche Person.

- AG Sport und Freizeit: klärt unter anderem Beteiligungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in umliegenden Vereinen
- AG Kultur: koordiniert Beteiligungen an regionalen Veranstaltungen; organisiert eine „Erzählküche“, in der mit Jugendlichen gekocht und geredet wird
- AG Recht: ist erster Ansprechpartner für rechtliche Fragen (keine Rechtsberatung)
- AG Sprachen: ergänzt das Sprachkursangebot der Volkshochschule, übernimmt Übersetzungen
- AG Medizin: organisierte eine Informationsveranstaltung für 20 Ärztinnen und Ärzte der Umgebung, erstellte eine Gesundheitsmappe
- AG Sachspenden: organisiert die Spendenannahme und -ausgabe, baut eine Bestandsdatenbank auf
- AG Patenschaften: organisiert die Begleitung zu Behördengängen oder zum Einkauf, übernimmt persönliche Patenschaften
- AG Café: betreibt einen Tag in der Woche einen Kaffeenachmittag im Heim
- AG Kita und Schule: bildet die Schnittstelle zwischen Heim und Institutionen und arbeitet mit den umliegenden Kitas und Schulen zusammen
- AG Medien: erstellt Pressemitteilungen und Artikel zu aktuellen Themen, organisiert die Öffentlichkeitsarbeit im regionalen Umfeld

Land: Berlin

Kommune: Treptow-Köpenick

Träger: Unterstützerkreis

Rahnsdorf

ines.thoren@t-online.de

Autorin: Ines Thoren

Ziele

Unser Ziel war es, den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helfer/-innen durch eine klare Ausrichtung der Arbeit auf spezielle Aufgabenblöcke gezielt zu koordinieren. Menschen mit ähnlichen Fähigkeiten und Kompetenzen galt es zusammenzuführen und Expertenwissen zu nutzen.

Ergebnisse

Durch die gezielte Koordination der über 200 Ehrenamtlichen in den Arbeitsgruppen konnte eine Vielzahl konkreter Hilfsangebote für Flüchtlinge organisiert werden. Die Flüchtlinge nutzen unsere Angebote zum Teil vom Ankunftstag an.

Gelingensfaktoren

Großes persönliches Engagement und gezielte Kanalisierung des vorhandenen Know-hows sind die Basis für den Erfolg. Zudem werden Orte für die Treffen des Plenums und der Koordinierungsgruppe benötigt. Finanzielle Unterstützung ist zum Beispiel für die Bereitstellung von Informationsmaterial notwendig. Nicht zuletzt sind die Freude am Erreichen gemeinsamer Lösungen und die Wertschätzung füreinander wichtige Erfolgsfaktoren.

Lessons learned

Ohne eine Organisationsstruktur mit klaren Aufgaben und Kompetenzen sowie einer entsprechenden Kommunikationsstruktur geht das Expertenwissen vieler Helfer/-innen verloren.

MIT VERSTÄNDNIS UND HERZLICHKEIT AUFNEHMEN! BÜRGERINNEN UND BÜRGER ALS WEGBEGLEITER FÜR FLÜCHTLINGSFAMILIEN

Land: Niedersachsen

Kommune: Herzberg am Harz

Träger: Zukunftswerkstatt

Herzberg e. V.

lenaschaumann@freenet.de

Autorin: Lena Schaumann

Ziele

Unser Ziel war es, dass Flüchtlinge vom Ankunftstag an begleitet werden, damit sie sich in unserer Stadt zurechtfinden. Ziel war es auch, Sprachangebote zu entwickeln, die die unterschiedlichen Voraussetzungen berücksichtigen. Zudem galt es, die Herzberger Bevölkerung zu sensibilisieren und für Verständnis zu werben.

Ergebnisse

Unsere Flüchtlingsarbeit trug dazu bei, dass eine positive Stimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt vorherrscht. Die Flüchtlinge haben Gesicht und Namen bekommen, was ein gutes Miteinander stärkt.

Gelingensbedingungen

Wesentlich zum Erfolg beigetragen haben das große Engagement der Ehrenamtlichen, die guten Kooperationen in unserer Stadt sowie die Fördermittelzusage der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung. Mittlerweile gewährleistet eine langfristige Finanzierungsquelle die Fortsetzung unserer Arbeit.

Lessons learned

Wir haben immer wieder dazugelernt. Es reicht nicht aus, Flüchtlinge nur zu informieren, dass Deutschkurse eingerichtet wurden oder dass Kinder die Kita besuchen können. Anfangs war unsere Enttäuschung groß, wenn sie nicht erschienen oder nur unregelmäßig kamen. Jetzt verstehen wir, dass wir sie stärker begleiten und vor allem die Angebote auf die Bedürfnisse abstimmen müssen.

Unser Verein setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, unsere Kleinstadt durch bürgerschaftliches Engagement lebens- und liebenswert zu erhalten. Wir hatten bereits vielfältige Erfahrungen mit Integrationsprojekten, bevor wir im Frühjahr 2014 begannen, unser Engagement auch für die Herzberger Flüchtlingsfamilien zu erweitern. Da war noch gar nicht absehbar, welchen Stellenwert dieses Thema bekommen würde. Den Auslöser bildete ein Gespräch der Stadtverwaltung mit den Schulleitungen. Es sollte geklärt werden, wie den Herzberger Schulen die Integration der zunehmenden Zahl von Flüchtlingskindern ohne Deutschkenntnisse gelingen könnte. Es zeigte sich, dass der Kommune insgesamt Fachpersonal und die finanziellen Mittel fehlten, um die Flüchtlingsfamilien zu betreuen. Unser Verein nahm an diesem Gespräch teil. Wir suchten nach Lösungen, die sofort greifen konnten, unabhängig von den Maßnahmen der Schulverwaltung.

Durch unsere langjährige Arbeit in Herzberg war es für uns nicht schwer, Ehrenamtliche für diese Aufgabe zu gewinnen. Mehr als zehn pensionierte Lehrkräfte leisteten von Anfang an eine kompetente und engagierte Arbeit. So starteten wir schon im Sommer und entwickelten Unterstützungsangebote für Flüchtlingsfamilien. In über einem Jahr haben wir viel erreicht:

- Fünf Herzberger Bürger/-innen empfangen die Flüchtlingsfamilien am Ankunftstag und begleiten sie auf ihren ersten Wegen (Kontoeröffnung, Wohnungsübergabe, Anmeldung in Kita und Schule, Arztbesuche). Flüchtlinge mit Deutschkenntnissen unterstützen sie als Dolmetscher/-innen.
- Die Deutschkurse passen wir zeitnah an den aktuellen Bedarf an. Derzeit haben wir zwei Anfänger- und einen Fortgeschrittenenkurs für Erwachsene. Die Kinder erhalten von uns vier Stunden wöchentlich eine Sprachförderung.
- Durch Angebote wie Boulespiele, gemeinschaftliches Gärtnern, eine Fahrradwerkstatt und gemeinsame Feste finden Begegnungen zwischen den alteingesessenen und den neuen Bürgerinnen und Bürgern statt. Mit Filmvorführungen und Diskussionsveranstaltungen informieren wir über Fluchthintergründe und die Situation der Flüchtlinge in unserer Stadt.

FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG IN GEORGSSHEIL

In Georgsheil wurden Geflüchtete in Gruppen von jeweils zehn Personen in einer Sammelunterkunft untergebracht. In Abständen von zwei bis drei Wochen kam eine neue Gruppe. Die Bevölkerung wurde weder im Vorfeld noch während der laufenden Unterbringung über die Beherbergung von mittlerweile rund 75 geflüchteten Menschen informiert.

Unsere Kommune war zunächst völlig überfordert. Es gab keine Ansprechperson. Unsere zehn ersten Asylsuchenden waren sich selbst überlassen. Wir ehrenamtlichen Ersthelfer/-innen haben durch Berichte in den regionalen Tageszeitungen und kirchlichen Gemeindebriefen auf die Situation hingewiesen und um weitere Helfer/-innen geworben. Des Weiteren haben wir uns direkt an die christlichen Gemeinden, an den Sportverein, die freiwillige Feuerwehr und das Deutsche Rote Kreuz gewendet.

Ich bin mit jeder interessierten Person und Vereinsgruppe durch die Unterkunft gegangen, um zu zeigen, dass hier nicht im Luxus gelebt wird, und um die Angst vor „den Fremden“ zu nehmen. Die Geflüchteten empfangen die Besucher/-innen immer sehr herzlich und luden sie spontan in ihre Zimmer auf einen Tee ein. Spätestens ab diesem Moment waren stets alle Besucher/-innen – auch jene, die vorher sehr skeptisch gewesen waren – der Meinung, dass man den geflüchteten Menschen sofort helfen müsse.

Als Helfer/-innen beobachten wir, dass eine Gruppengröße von 75 Personen zu hoch ist. Optimal wäre eine Größe von 30 bis maximal 40 Personen, die auch möglichst zeitgleich ankommen sollten. Eine solche Gruppengröße fördert das Sozialverhalten: Die Geflüchteten helfen sich untereinander und übernehmen auch eine gewisse Verantwortung füreinander. Wird die Gruppe zu groß, steigt auch die Anonymität und es kommt vermehrt zu Konflikten innerhalb der Gruppe.

Eine überschaubare Gruppengröße ist auch für die ehrenamtlich durchgeführten Deutschkurse von Vorteil: Bei bis zu 40 Personen kann man zwei Deutschanfängerkurse anbieten: einen Kurs für Personen, die schon einmal eine Fremdsprache gelernt haben, noch jung sind oder für mehrere Jahre eine Schule besucht haben, und einen Kurs für die übrigen Personen. Diese Kurse werden durch einen gewissen Konformitätsdruck und durch den persönlichen Kontakt zur Lehrkraft auch regelmäßig besucht. Wird die Gruppe der Geflüchteten zu groß, gehen nur noch wenige zum Unterricht.

Land: Niedersachsen

**Kommune: Gemeinde Süd-
brookmerland, Georgsheil
schneiderei-seidenraupe@
gmx.de**

Autorin: Anna-Maria Müller

Lessons learned

**Kleinen Ortschaften im ländlichen Raum
können wir folgende Empfehlungen geben:**

- 1. Die Aufnahmeeinrichtungen dürfen nicht zu groß sein. Die Obergrenze ist bei 40 Asylsuchenden erreicht.**
- 2. Begleitende Angebote haben die größte Aussicht auf Erfolg, wenn sie in kleineren Gruppen durchgeführt werden. Nur dann nehmen die geflüchteten Menschen sie auch als ernsthafte, wichtige Integrationsmaßnahmen wahr.**
- 3. Die Veranstaltungen sollten in der Aufnahmeeinrichtung stattfinden. Damit steigt die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung.**
- 4. Die Versorgung der Geflüchteten muss koordiniert werden, ebenso das Ehrenamt.**

HELFEN, WO HILFE GEBRAUCHT WIRD – DAS GANZE DORF IST DABEI

Land: Niedersachsen
Kommune: Worpswede
Träger: Flüchtlingsinitiative
Worpswede
ute.jung@worpswede.de
Autorin: Ute Jung

Ziele

Wir möchten, dass die Flüchtlinge integriert werden, hier lernen und arbeiten können und vor allem gerne hierbleiben oder, falls sie irgendwann in ihre Heimatländer zurückkehren können, sagen: In Deutschland haben wir Freunde.

Ergebnisse

Wir haben Frieden im Dorf.

Gelingensbedingungen

Alle helfen gemeinsam – von der Anmietung privater Wohnräume bis zur Übernahme von Patenschaften für Flüchtlinge.

Lessons learned

Vieles würden wir nicht anders machen. Aber wir brauchen mehr politische Unterstützung: die Gesundheitskarte statt den Schein, mehrsprachige Führerscheine, mehr Deutschkurse, eine schnellere Anerkennung. Wir wünschen uns auch weniger Bürokratie, zum Beispiel bei der Beschaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, und mehr Kapazitäten in der Verwaltung.

Wir sind ein Dorf mit 9300 Einwohnern. Unser Dorf steht zusammen, gemeinsam mit zurzeit 80 Flüchtlingen. Unsere Initiative hat sich vor mehr als zwei Jahren gegründet. Im Herbst 2013 luden wir unser Dorf zur Veranstaltung „Lampedusa 3. Oktober 2013“ ein, einer szenischen Lesung mit ergreifenden Dokumentationsbildern von Antonio Umberto Ricco. Dies war der Anstoß zum Zusammenschluss der Worpsweder/-innen in einer Flüchtlingsinitiative und gleichzeitig wurde der Grundstock zu unserem Spendenkonto gelegt.

In der Flüchtlingsinitiative sind alle vertreten, denen das Flüchtlingsproblem ein Anliegen ist. Dazu gehören beide Kirchen, Ratsmitglieder, ortsansässige Künstler/-innen sowie viele interessierte Bürger/-innen und Vereine. Unsere Helferguppe besteht derzeit aus circa 80 Personen, die von 6 Personen koordiniert wird. Wir haben kurze Wege zu Verwaltung und Politik und intensiven E-Mail-Kontakt untereinander, was die gegenseitige Information erleichtert. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verläuft sehr gut und ist von großem Engagement gekennzeichnet.

Von Anfang an gelang es uns, Flüchtlingen eigene Wohnungen zu verschaffen und für jede Flüchtlingsfamilie oder jeden Flüchtling eine Patin oder einen Paten zu organisieren, um ihnen die Integration zu erleichtern. Wir bemühen uns, Gelegenheiten und Raum zu bieten, damit sich unsere Flüchtlinge und die alteingesessenen Worpsweder/-innen kennenlernen. Dazu gehören ehrenamtliche Deutschkurse von pensionierten Lehrkräften, gemeinsames Gärtnern und Kochen, Schwimmkurse, aber auch die Vermittlung von Arbeit, sobald das erlaubt ist. Einmal in der Woche lädt unser „Café International“ in einem Raum der Kirchengemeinde zum Kennenlernen, Spielen, Tee- und Kaffeetrinken ein.

Mit Rechtsextremismus hat unser Dorf keine Probleme, was nicht heißt, dass alle Bürger/-innen mit unserer Arbeit einverstanden sind.

CROSS BORDERS – GRENZEN ÜBERWINDEN: DEUTSCHUNTERRICHT UND FREIZEITAKTIVITÄTEN

Studierende des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft (FTSK) Germersheim gründeten im April 2014 nach einer „Refugees Welcome“-Auftaktveranstaltung die Initiative „Cross Borders“. Grenzen überwinden, auf Augenhöhe voneinander und miteinander lernen – dies sollte umgesetzt werden mithilfe von Deutschkursen und gemeinsamen Freizeitaktivitäten. Durch die vorherige Vernetzung mit den Erstanlaufstellen und vor allem auch durch Mundpropaganda füllten sich die Kurse sehr schnell. Besonders positiv ist die wachsende Anerkennung und Unterstützung des Projekts vonseiten der Stadt sowie von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Aktivitäten des Projekts verteilen sich auf folgende Handlungsbereiche:

- Deutschkurse: Lehrer/-innen sind die Studierenden selbst, die ehrenamtlich und meist in Teams von zwei Personen den Unterricht gestalten. Drei verschiedene Kurse werden viermal die Woche angeboten: ein Anfängerkurs, ein Fortgeschrittenenkurs sowie ein ABC-Kurs für Menschen, die noch nicht die lateinische Schrift beherrschen. Über soziale Medien tauschen sich die Lehrenden zu Teilnehmerzahlen, Unterrichtsinhalten und Organisation aus.
- Freizeitaktivitäten: Regelmäßig organisieren Studierende gemeinsam mit Geflüchteten Veranstaltungen, Ausflüge und Aktivitäten – von Kultur bis Sport. Darüber hinaus war es durch die gute Vernetzung des Projekts mit zahlreichen Institutionen und Organen innerhalb der Kommune möglich, Flüchtlinge aktiv in Angebote einzubeziehen. Sportvereine, die Universität und die Stadt kooperieren an vielen Stellen.
- Café: Im „Café One World“ treffen sich Studierende, Bürger/-innen und geflüchtete Menschen. Das Café ist jeden Sonntag geöffnet und wird in Kooperation mit dem Verein Interkultur Germersheim und dem Fußballverein FV Türkücü betrieben.
- Kurse und Veranstaltungen von Flüchtlingen für Studierende: Nicht zu unterschätzen sind das Wissen und die Kompetenzen der Flüchtlinge. Diese werden im Projekt anerkannt und gefördert. Bisher organisierten die Geflüchteten für die Studierenden Arabischkurse, einen Fotokurs, einen Nähkurs und eine Vortragsveranstaltung.
- Weitere Aktivitäten: Didaktik-Workshops, Ausstellungen von Flüchtlingen und gemeinsame Feste ergänzen das Angebot.

Lessons learned

Kontinuität zu gewährleisten, ist eine Herausforderung: Aufgrund von Berufstätigkeit oder Auslandssemestern befindet sich die Gruppe der Ehrenamtlichen im ständigen Wechsel. Umso wichtiger ist es, Bürger/-innen als Ehrenamtliche zu gewinnen und mit einzubinden.

Land: Rheinland-Pfalz

Kommune: Germersheim

Träger: Initiative Cross Borders; Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft
crossborders.ger@gmail.com

Autorin: Natalie Eimerten-brink

Ziele

Das Projekt fördert die Einbindung der geflüchteten Menschen in die Gesellschaft und bietet eine Plattform für den Austausch. Deutschkurse ohne Wartezeit geben den Menschen von Anfang an die Möglichkeit, selbstständiger zu handeln.

Ergebnisse

Geflüchtete Menschen erlernen die deutsche Sprache, können an Veranstaltungen der Universität teilnehmen, eigene Projekte verwirklichen und sich mit den Bürgerinnen und Bürgern von Germersheim austauschen. In der Zukunft soll aus der Initiative ein Verein werden, um die Nachhaltigkeit zu sichern und die Zugänglichkeit zu finanziellen Ressourcen zu vereinfachen.

Gelingensfaktoren

Die wichtigste Voraussetzung sind ehrenamtliche Helfer/-innen für den Deutschunterricht und die Koordination. Zentral sind auch ein Kommunikationsnetzwerk, Öffentlichkeitsarbeit und Orte, wo die geflüchteten Menschen mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt kommen können. Ein wichtiger Faktor für das Gelingen war die Umgebung, in der das Projekt gestartet wurde: die Universität. Sie bot die Räumlichkeiten und eine zusätzliche Plattform.

KONTAKTE UND FÄHIGKEITEN BÜNDELN: DAS NETZWERK „MEHLINGEN HILFT E.V.“

Land: Rheinland-Pfalz
Kommune: Mehlingen
Träger: Mehlingen hilft e. V.
kai.ellenberger@gmx.de
www.mehlingen-hilft.blogspot.de
Autor: Kai Ellenberger

Ziele

Ziel ist es, die Grundlagen für ein würdiges Leben der Asylsuchenden und Bedürftigen in unserer Gemeinde zu legen.

Ergebnisse

Alle zugewiesenen geflüchteten Menschen wurden in gut ausgestatteten Wohnungen untergebracht, sind mobil und in das Gemeindeleben integriert. Es wurde alles ohne Zusatzkosten für die Gemeinde realisiert. Der Zusammenhalt in der Gemeinde ist gestiegen. Ältere Mitmenschen sind mit ihren Fähigkeiten eingebunden. Leer stehende Räume und Gebäude werden wieder genutzt.

Im November 2014 organisierten Mehlinger Bürger/-innen eine Kleiderspendenaktion, um ein Zeichen der Solidarität mit Geflüchteten zu setzen. Die erste Spende wurde nach Kaiserslautern in die Kleiderkammer der Stadtverwaltung gebracht. Doch dann der Schock: feuchte Keller Räume als Lager, überlastete Mitarbeiter/-innen, unorganisierte Herausgabe der Spenden und durchweg schlechte Stimmung bei Bedürftigen und Helfenden. „Das muss besser gehen!“, war sich die Mehlinger Initiatorengruppe einig und organisierte ein Treffen mit der Mehlinger Bürgermeisterin. Dabei wurde nicht nur die Kleiderspendenaktion besprochen, sondern ein lokales Programm für Hilfs- und Integrationsaktionen beschlossen, das zügig aufgebaut und realisiert wurde:

- Willkommen heißen: Die Bürgermeisterin und eine Patin/ein Pate heißen die neu eintreffenden Geflüchteten persönlich willkommen und besuchen sie in ihrer neuen Unterkunft. Die Kontaktdaten der Patin/des Paten gehören ebenso zu den Willkommensgesten wie ein gefüllter Kühlschrank und ein kleines Willkommensgeschenk.
- Wohnraum schaffen: Leer stehende Gebäude der Gemeinde und der Kirche wurden renoviert und für die Asyl suchenden Menschen ausgestattet. Ermöglicht wurde dies durch Spenden (darunter Möbel, Bettwäsche, Elektrogeräte) und die tatkräftige ehrenamtliche Arbeit von Geschäftsleuten, Gemeindearbeitern sowie Handwerkern und Fachleuten im Ruhestand.
- Mobilität erreichen: Mit konkreten Spendenaufträgen im kleinen Netzwerk organisierten wir Fahrräder und Mitfahrgelegenheiten, damit die Hilfesuchenden Behörden, Geschäfte und medizinische Versorgung schnell und einfach erreichen können.
- Kleidung und Ausstattung: Die Gemeinde stellte einen hellen und geheizten Raum als Kleiderkammer zur Verfügung. Er wurde kostenneutral renoviert und ausgestattet. Ehrenamtliche sind hier zwei bis dreimal pro Woche tätig.
- Sprache und Integration: Pensionierte Lehrer/-innen geben dreimal pro Woche Alphabetisierungs- und Deutschkurse. Die Grundschule Mehlingen und der Förderverein GS stellen Räume und Material zur Verfügung. Mitbürger/-innen der Gemeinde, die aus den Ursprungsländern stammen, konnten als Übersetzer/-innen gewonnen werden.

- Patenschaften: Es gibt fünf Ehrenamtliche, die Asylsuchende bei Behördengängen begleiten. Auch Ausflüge, Sportveranstaltungen, Gemeindeaktionen, kirchliche Feiern und Veranstaltungen werden zusammen besucht.
- Gesundheit: Die Apotheke Mehlingen, eine niedergelassene Ärztin, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten sowie Heilpraktiker/-innen gewährleisten – größtenteils ehrenamtlich – die gesundheitliche Grundversorgung der hilfsbedürftigen Menschen.
- Sport/Gesellschaft: Alle Vereine des Ortes haben sich bereiterklärt, die Hilfesuchenden kostenneutral zu integrieren.
- Mitarbeit: Die Mehlinger Asylsuchenden helfen mit bei Möbeltransporten, Renovierungsarbeiten für neu ankommende Geflüchtete, Gemeindetätigkeiten und Vereinsaktionen.
- Ängste abbauen: Um einer möglichen Ablehnung der eigenen Gemeindemitglieder entgegenzuwirken, haben wir die Angebote auf alle Bedürftigen Mehlingens ausgeweitet. Aus unserer ersten Idee „Syrien-Hilfe Mehlingen“ entstand die Initiative „Mehlingen hilft e. V.“.

Die fünfköpfige Startgruppe hat sich zu einem Kreis von mehr als 40 Personen erweitert. Er trifft sich einmal im Monat zur Abstimmung und Koordination von weiteren Aktionen. Unter der Leitung unserer Bürgermeisterin können hier Informationen ausgetauscht, Bedarfe dargestellt, offene Punkte besprochen und Maßnahmen vereinbart werden. Über E-Mail-Verteiler, Gemeindeblatt, Zeitung und Internetseite sind alle ehrenamtlichen Helfer/-innen und Institutionen informiert. Dennoch geht nichts über das kleine, informelle Netzwerk. Mittlerweile gibt es für fast alle Teilbereiche der Hilfsaktion arbeitsfähige Strukturen: Die Kleiderkammer wird eigenverantwortlich betrieben, sortiert und eingeräumt von engagierten älteren Menschen und motivierten Ehrenamtlichen. Den Möbeltransport und die Renovierung von Wohnraum koordinieren die Helfenden selbst: „Hast du am Wochenende zwei Stunden Zeit? Komm, dann machen wir das eben schnell.“ Die Verantwortlichen für die Deutschkurse organisieren selbstständig Vertretungen und Termine mit den Teilnehmenden.

Gelingensbedingungen

Privatpersonen brachten sich mit Engagement und Spenden ein. Die Ortsgemeinde Mehlingen – allen voran die Bürgermeisterin – nahm das Anliegen der Bürger/-innen ernst, setzte sich persönlich für die Initiative ein und baute bürokratische Hürden ab.

Lessons learned

Durch die direkte Ansprache hilft jede Person gerne ihren Fähigkeiten gemäß mit. Dadurch werden viele Aktionen auf viele Schultern verteilt. Unser „kleines Netzwerk“ funktioniert unbürokratisch und spontan. Es sind keine unnötigen Abstimmungsschleifen nötig. Was sofort gebraucht wird, wird kurzfristig in der Gemeinde erledigt.

WILLKOMMENSKULTUR – EIN PUZZLE AUS VIELEN KLEINEN TEILEN

Land: Thüringen
Kommune: Greiz
Träger: Stadt- und Kreisbibliothek Greiz
gutmann@greiz.de
www.greiz.de/bibliothek
Autorin: Corina Gutmann

Ziele

- Ein stabiles, handlungsfähiges Netzwerk entwickeln
- Mit Kultur- und Bildungsangeboten die Mitte der Gesellschaft sensibilisieren
- Menschen anderer Länder integrieren
- Möglichkeiten des Deutschlernens ausloten

Ergebnisse

Veranstaltungen wie die mit Mo Asumang waren sehr gut besucht. Das Kochbuch „X 210: Die Greizer Region kocht international“ wurde mit einer Auflage von 1 000 Exemplaren ein voller Erfolg. Viele Asylsuchende nutzen die Deutschlernkurse unserer Bibliothek und machen große Sprachfortschritte. Einige konnten wir in Praktika und Ausbildungen vermitteln.

Gelingensfaktoren

Wichtig ist eine transparente und regelmäßige Berichterstattung. Über unseren Facebook-Auftritt „Greiz – Gemeinsam bunt“ kommunizieren wir unsere Aktionen. Auch die Tageszeitungen und Radiosender berichten über unsere Angebote. Neben den vielen Ehrenamtlichen unterstützen uns das Thüringer Landesprogramm „Denk bunt“ und der Greizer Verein Vielfalt Leben.

Lessons learned

Die interkulturellen Projekte, das internationale Greizer Kochbuch – das alles kostet viel Kraft und ehrenamtliches Engagement. Schön wäre es, wenn bei Förderanträgen und Sachfragen die zuständigen Einrichtungen ähnlich pragmatisch und unkompliziert agieren würden.

Eine öffentliche Bibliothek ist dazu prädestiniert, Hotspot und Netzwerker einer Kommune zu sein. Sie ist ein sogenannter dritter Ort, ein öffentlicher Raum, der durch Attribute wie Weltoffenheit, Toleranz und Empathie gekennzeichnet ist.

Als auch in Greiz mehr Asylsuchende und Flüchtlinge ankamen, engagierte sich die Greizer Bibliothek verstärkt für interkulturelle Projekte und Feste. Von vornherein fest mit im Boot waren unsere langjährigen und engen Kooperationspartner wie Kindergärten, Schulen, Jugendclubs und die JVA Hohenleuben. Neue Partner unseres Netzwerks wurden die Flüchtlingsheime, die Diakonie sowie engagierte Personen aus dem Umfeld des Asylbewerberheims. Gemeinsam organisierten wir vielfältige Veranstaltungen: bilinguale Lesungen für Kindergartenkinder, eine Lesung zum NSU-Prozess, Punk- und Funkkonzerte, einen Auftritt der Knastband, einen Graffiti-Contest sowie Filmvorführungen, unter anderem mit Mo Asumang und ihrem Film „Die Arier“.

Von diesem großen Miteinander sollte etwas bleiben. Darum initiierten wir als Bibliothek das Buchprojekt „X 210: Die Greizer Region kocht international“. Über 100 Menschen – Einheimische, Zugewanderte, Flüchtlinge – waren beteiligt. Gemeinsam wurde gekocht, fotografiert und geschrieben, bis schließlich das Kochbuch herausgegeben wurde – und das ohne finanzielle Förderung.

Weitere Aktionen und Anpassungen unseres Angebots folgten in enger Absprache mit der Leitung des Asylbewerberheims. Wir bauten eine Abteilung mit Sprachkursen und Begleitmaterialien zum Deutschlernen für alle Altersgruppen auf. Zweisprachige Kinderbücher gehören nun genauso zu unserem Programm wie die ehrenamtlich organisierte „Deutsch-Sprechstunde“, in der Fragen unter anderem zur deutschen Sprache, zu Land und Leuten und zum Staatsaufbau beantwortet werden.

Die Greizer Bibliothek wurde so zu einem Ort der Begegnung. Sehr viele Flüchtlinge halten sich gern hier auf und nutzen das Internet und die Sprachangebote zum Deutschlernen. Es verabschiedeten sich einige Personen von der Bibliothek, die mit unseren neuen Gästen nichts zu tun haben wollen. Das nehmen wir hin. Wichtiger ist uns, dass jeder ein Puzzleteilchen zur Willkommenskultur beitragen kann.



GESELLSCHAFT- LICHE TEILHABE FÖRDERN

FLÜCHTLINGSFRAUEN WILLKOMMEN! EINE ÖKUMENISCHE INITIATIVE

Land: Bayern
Kommune: Neuötting
**Träger: Katholischer
Pfarrverband und evangeli-
sche Kirchengemeinde
Neuötting**
inge.goldmann@gmx.de
www.pfarrei-neuoetting.de
**Autor/-in: Inge Goldmann,
Michael Glaß**

Ziel

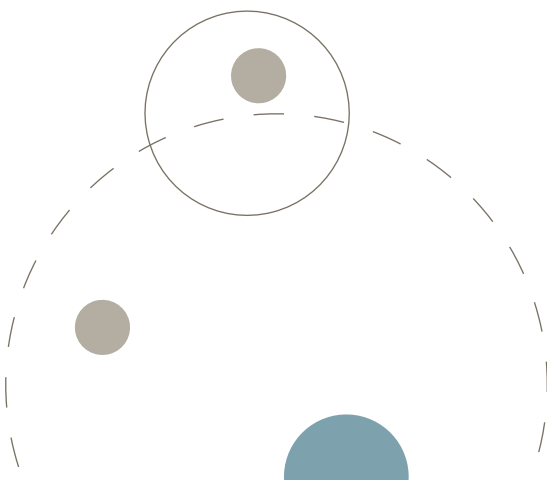
Wir wollten einen geschützten Ort der offenen Begegnung und Integration schaffen, an dem Frauen aus anderen Ländern einheimische Frauen kennenlernen und mehr über ihre Lebensweise und ihr Rollenverständnis erfahren können. Die geflüchteten Frauen sollen zudem in ihrer Alltags- und Erziehungskompetenz gestärkt werden.

Ergebnisse

Im „Café Mama“ entwickelten sich gute Kontakte unter den Frauen und den Kindern. Dies führt zu einer besseren Integration der Flüchtlingsfamilien und zu mehr Toleranz und Anerkennung bei den einheimischen Familien.

„Ich bin sehr gerne hier“, sagt Abiodun O., „die Leute sind sehr freundlich und sehr großzügig.“ Mit den „Leuten“ meint die junge nigerianische Mutter die Deutschen im Allgemeinen, aber auch ganz konkret die Organisatorinnen und Organisatoren des „Café Mama“, das jeden Monat seine Türen für Flüchtlingsfrauen und -kinder sowie einheimische Frauen geöffnet hat. Jedes Mal kommen rund 45 Mütter mit ihren Kindern in den Neuöttinger Pfarrsaal. Sie stammen aus Nigeria, Eritrea, Pakistan, Afghanistan, Syrien, Somalia – und aus Neuötting und Umgebung. Eine von ihnen ist Abiodun O., Mutter von vier Kindern. Über Lampedusa ist die Christin vor der Terrormiliz Boko Haram nach Deutschland geflohen. „Wir sind offen für alle“, betont Ulrike Garschhammer, dritte Bürgermeisterin der Stadt. Denn Ziel ist nicht nur, den Flüchtlingsfrauen und ihren Kindern einmal im Monat eine freundliche Atmosphäre zu bieten, sondern vor allem die Integration und den gegenseitigen Austausch zu fördern. Mit dem „Café International“ gibt es zwar bereits einen Treffpunkt für Asylsuchende und Einheimische in der Stadt, er wird allerdings nur von wenigen Flüchtlingsfrauen genutzt. Ganz bewusst werden daher mit dem „Café Mama“ die Mütter und ihre Kinder angesprochen. Aufgrund der oft schlimmen Erfahrungen in ihren Heimatländern und auf der Flucht und auch wegen des repressiven Rollenverständnisses in manchen Herkunftsländern ist es wichtig, durch einen reinen Frauentreff eine geschützte, angstfreie Atmosphäre zu schaffen und so Kontakt und Integration zu fördern.

Im „Café Mama“ wird nicht nur gemeinsam gesungen, gespielt und gebastelt. Diese Treffen dienen auch der praktischen Lebenshilfe im Alltag von Müttern. Es gibt Beratung zu Themen wie Kinder fördern, Erste Hilfe, gesunde Ernährung. „Es geht darum, sich über Lebensgewohnheiten und Traditionen auszutauschen“, erklärt Waltraud Himpsl-Philibert, die Koordinatorin der Kinderschutzstelle.



Neben den lebenspraktischen Dingen des Alltags ist den Veranstalterinnen auch die religiöse Perspektive wichtig. So gibt es beim Treffen in der Fastenzeit nur einfache Speisen und auch auf den Ramadan wollen sie Rücksicht nehmen.

Gezielt bindet die Initiative auch viele städtische Gruppen und Institutionen mit ganz unterschiedlichen Angeboten ein, und mit der Zeit entwickelten sich weitere Angebote für Kinder und Frauen, darunter die Kreativwerkstatt für Kinder, ein Koch- und Handarbeitstreff, ein Frauensprachkurs und ein Frauengesprächskreis. Das „Café Mama“ beteiligt sich zudem an verschiedenen Festen in Neuötting, zum Beispiel am Fest der Kulturen und am ökumenischen Pfarrfest.

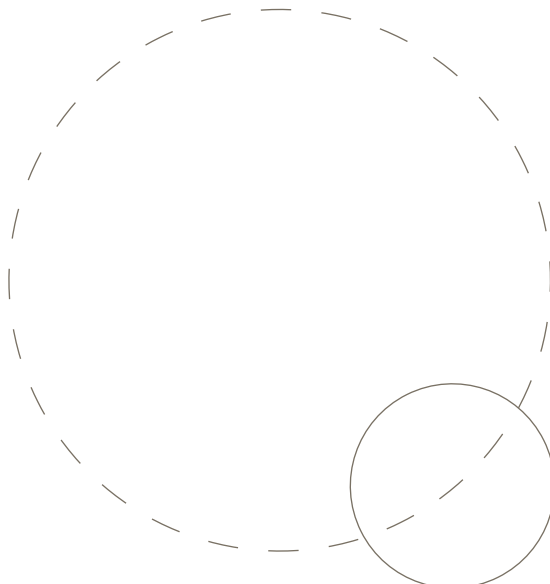
Dass Integration ein längerer Prozess ist, den man mit einem monatlichen Treffen lediglich unterstützen kann, wissen natürlich auch die Veranstalterinnen. Vorrangig geht es darum, Kontakte zu knüpfen und ins Gespräch zu kommen.

Lessons learned

Auf manches mussten wir flexibel reagieren. Das betraf die Einbindung neuer Frauen ohne Deutschkenntnisse, ehrenamtliche Fahrdienste für Frauen, die das „Café Mama“ nicht selbstständig erreichen können, und den Umgang mit Pünktlichkeit.

Gelingensfaktoren

Wichtig ist es, Einrichtungen einzubinden, die vor Ort in der Kinderbetreuung tätig sind oder Kontakt zu Familien haben. Verpflegung, Bastelmaterial und Spielsachen wurden über Spenden, die Referentenhonorare über die katholische Erwachsenenbildung und das Bayerische Rote Kreuz finanziert. Wir bemühen uns, nicht nur ein „Programm“ zu erstellen, sondern die Frauen miteinzubeziehen.



GELEBTE GASTFREUNDSCHAFT GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN UND ASYLSUCHENDEN

Land: Bayern

Kommune: Straubing

Träger: Barmherzige Brüder

Straubing gemeinnützige

Behindertenhilfe GmbH

katharina.werner@

barmherzige-straubing.de

www.barmherzige-straubing.de

Autorin: Katharina Werner

Ziele

Unser Ziel war es, Gastfreundschaft in einer Einrichtung für behinderte Menschen zu praktizieren. Außerdem wollten wir Bildungsangebote und Veranstaltungen für Asylsuchende nach dem Motto „Miteinander und voneinander lernen“ öffnen.

Ergebnisse

Deutlich wurde, dass viele Asylsuchende kaum Berührungspunkte mit behinderten Menschen hatten. Umgekehrt waren auch die Bewohner/-innen der Einrichtung wenig mit dem Phänomen der Migration vertraut. Unser Projekt ermöglichte daher eine „doppelte Inklusion“. Die Praxis hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit zweier völlig verschiedener Zielgruppen sehr gut funktionieren kann.

Gelingensfaktoren

Als katholischer Träger unterstützen wir die Aktivitäten finanziell und strukturell (Räume, Personal). Wichtig ist, alle Beteiligten in die Pläne einzubeziehen und die verschiedenen Kulturen und Religionen zu respektieren. Notwendig sind Flexibilität und die Bereitschaft, pragmatische Lösungen zu finden – und vor allem Menschen, die sich darauf einlassen und Gesellschaft aktiv gestalten wollen.

Wir, die Barmherzigen Brüder, sind ein katholischer Träger und setzen uns für behinderte Menschen ein. Gastfreundschaft ist unser Leitmotiv, und dies wollten wir auch gegenüber den neu in Straubing ankommenden Flüchtlingen und Asylsuchenden praktizieren.

Wir nahmen Kontakt zu ehrenamtlichen Lehrkräften von Sprachkursen in Straubing auf und wurden in ihre Kurse eingeladen. Dort trafen wir Menschen aus Eritrea, Somalia, Sierra Leone, Nigeria, Afghanistan und Syrien und luden sie zu unserem Ordensfest ein. Während des Festes mit einem gemeinsamen Gottesdienst und einem festlichen Essen lernten wir uns kennen und schmiedeten weitere Pläne. Unterstützt wurden wir von Personen, die dolmetschten und moderierten.

Der erste Besuch war ein Erfolg – doch schnell stellte sich die Frage, wie es weitergehen sollte. Natürlich wollten wir den Kontakt aufrechterhalten. So knüpften wir weitere Kontakte zum Freiwilligenzentrum und zum Kreis der Helfer/-innen im Asylbereich. Wir besuchten die Asylsuchenden in ihrem Wohnheim, informierten sie über Kurse unseres Bildungsprogramms und luden sie zur Teilnahme ein. Unser Angebotsspektrum umfasst zum Beispiel Kurse wie „Schwimmen für Frauen“, „Lesen und Rechnen für Anfänger“, „Abenteuer Kunst“, „Offenes Singen“ und vieles andere mehr. Wir organisierten für interessierte Asylsuchende und Sprachlehrer/-innen eine Führung in der Werkstatt und in der Förderstätte für behinderte Menschen. Viele der Gäste waren erstaunt, wie gut Menschen mit Behinderung arbeiten und ihren Alltag gestalten. Daraus erwuchs ein großes Interesse, hier zu arbeiten. So schufen wir Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende in verschiedenen Bereichen der Förderstätte und der Werkstatt für behinderte Menschen. Asylsuchende vertiefen hier ihre Deutschkenntnisse und unterstützen die Gruppenleitungen.

Es ergaben sich weitere ehrenamtliche Kontakte und persönliche Beziehungen. Unsere Mitarbeiter/-innen unterstützen Asylsuchende etwa bei der Kommunikation mit Ämtern. Durch das gemeinsame Arbeiten und die zahlreichen Aktionen sind Freundschaften entstanden, die auch in der Freizeit gepflegt werden.

Lessons learned

Zeit, Geld und persönliche Ressourcen sind endlich. Dies muss an entsprechender Stelle diskutiert werden, um Lösungen zu finden.

DER BAYERISCHE JUGENDRING ALS SPRACHROHR FÜR DIE INTERESSEN UND RECHTE JUNGER MENSCHEN MIT FLUCHTERFAHRUNG

Der Bayerische Jugendring (BJR) versteht sich als Interessenvertretung aller Jugendlichen und hat angesichts der Zunahme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung das Potenzial der außerschulischen Jugendarbeit für junge Flüchtlinge erkannt. Allein in Bayern geht es hier um mehr als 31 000 Jugendliche.

Bislang besteht Unklarheit darüber, inwiefern Jugendverbände und ihre Einrichtungen mit jungen Flüchtlingen arbeiten sollten. Auch der Umgang mit dieser Zielgruppe ist nicht frei von Unsicherheiten. Sie sind in der Jugendverbandsarbeit kaum präsent, es fehlen zielgruppenspezifische Bildungsangebote.

Das Aktionsprogramm 2014–2018 des BJR versteht sich als ein Beitrag zum Nationalen Integrationsplan. Unser zentrales Anliegen ist es, die Rolle der Jugendarbeit insgesamt neu zu definieren. Dazu schaffen wir Strukturen, die der Implementierung der Thematik dienen:

Die *Arbeitsgruppe des Landesvorstands* hat die Aufgabe, Expertise bereitzustellen, jugendpolitische Positionen abzustimmen und den Landesvorstand bei der Umsetzung der Ziele des Aktionsprogramms zu beraten. Sie formulierte die Kernbotschaften zum Selbstverständnis des BJR und beriet über Regelungen zur Unterbringung und Versorgung junger Flüchtlinge in Bayern sowie über das Thema junge Flüchtlinge in der Schule.

Die Ziele des *Strukturprojekts „Jugendarbeit mit jungen Flüchtlingen“* liegen in der Bestandserhebung und in der Beratung aktiver und interessierter Akteure der Jugendarbeit. Es werden Informationen und Hilfestellungen für die Praxis der Jugendarbeit und die Integration junger Flüchtlinge bereitgestellt. Initiiert wurde ein beratendes Expertennetzwerk, und in den Projektregionen werden Bildungsveranstaltungen und Netzwerktreffen organisiert.

Die *Kommunikationsplattform* www.fluechtlinge-werden-freunde.de enthält Best-Practice-Beispiele für die Jugendverbandsarbeit. Sie ist Anlaufstelle für alle, die ein Projekt mit Flüchtlingen starten wollen. Das Portal ist Sprachrohr für junge Flüchtlinge und ihre Unterstützer/-innen, die jugendpolitisch aktiv sind. Regelmäßig werden Informationen für die Jugendarbeit und Jugendpolitik zur Verfügung gestellt.

Land: Bayern

Träger: Bayerischer

Jugendring K. d. Ö. R.

info@bjr.de

www.bjr.de

Autor: Ibrahim Dourra Maiga

Ziele

Die Jugendringe und Jugendverbände sollten dazu angeregt werden, ihre Angebote gegenüber jugendlichen Flüchtlingen zu öffnen, mit lokalen Akteuren aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit zu kooperieren und das ehrenamtliche Engagement vor Ort zu unterstützen. Sieben Projektregionen wurden in den sieben bayerischen Regierungsbezirken dafür initiiert.

Ergebnisse

Erreicht wurde eine Sensibilisierung für die Arbeit mit jungen Flüchtlingen. Die Gründung von lokalen Netzwerken und der Gewinn von Fachkenntnissen sind die tragenden Säulen einer nachhaltigen Arbeit. Kooperiert wird mit eigenen Gliederungen bayernweit, lokalen Flüchtlingsorganisationen und Ehrenamtlichen.

Gelingensbedingungen

Der Handlungsansatz erfordert sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen. Der BJR hat dazu Stellen für die Projektkoordination und die Öffentlichkeitsarbeit mit eigenen Mitteln geschaffen. Notwendig sind ein multidimensionales Herangehen und die intensive Kommunikation mit den Akteuren.

Lessons learned

Ein jugendpolitischer Diskurs über die Chancen und Grenzen der Jugendsozialarbeit im Bereich der Integration von jungen Flüchtlingen ist notwendig. Dabei sollte die Jugendverbandsarbeit eigene Profile entwickeln.

„KOMM, WIR GEHEN EIN STÜCK DES WEGES GEMEINSAM“ – IM QUARTIERS-CHOR

Land: Nordrhein-Westfalen
Kommune: Witten
Träger: PROJEKTFABRIK gGmbH
remmert@projektfabrik.org
www.projektfabrik.org
Autorin: Dorit Remmert

Ziel

Wir möchten Begegnungen zwischen Personen schaffen, die im Alltag so kaum aufeinandertreffen. Menschen, die sich aufgrund von psychosozialen oder ökonomischen Krisen aus dem gesellschaftlichen Leben zurückziehen, sollen die Chance erhalten, ihre Persönlichkeit zu stärken und sich gemeinwohlorientiert einzubringen.

Ergebnisse

Es hat sich ein fester Kern von deutschen Sängerinnen und Sängern gefunden. Die Flüchtlinge wechseln, da sie Bewohner/-innen einer Erstaufnahmeeinrichtung sind. Viele Wittener/-innen hatten durch den Chor erstmals Kontakt zu Flüchtlingen, einige haben sich entschlossen, auch ehrenamtlich tätig zu werden. Bekanntschaften werden geknüpft, Lachen erklingt, und die Lieder bleiben als Ohrwürmer.

Gelingensfaktoren

Die inhaltliche und organisatorische Unterstützung seitens der Kommune und der Netzwerkpartner ist wichtig, um eine Wertschätzung unserer Chorarbeit zu erreichen. Die Kosten trug in der Pilotphase das Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

„Mama, der Mann hat aber doch was anzuziehen!“, bemerkte mein vier Jahre alter Sohn Paul empört, als wir uns nach der Chorprobe an der Erstaufnahmeeinrichtung von Kalifa aus Mali verabschiedet hatten. Paul war überzeugt gewesen, dass Flüchtlinge nichts anzuziehen hätten, weil überall für sie Kleidung gesammelt werde. Diese kindliche Beobachtung erscheint harmlos im Vergleich zu den Vorurteilen und besorgniserregenden Szenarien, die in diesen Tagen die Runde machen. Für Paul jedenfalls gibt es jetzt nicht mehr „die“ Flüchtlinge als undefinierbare Gruppe von Menschen. Es ist wohl tatsächlich nichts dringender nötig, als sich ganz persönlich kennenzulernen.

Einen Ort der Begegnung zwischen Flüchtlingen und der Wittener Bevölkerung haben wir geschaffen: Wir gründeten einen Quartiers-Chor. Musik ist eine universelle Sprache und braucht keinen Übersetzer. Melodien, Rhythmen und die dadurch transportierten Emotionen kommen bei allen an. Und so musizieren im Quartiers-Chor ältere Menschen, Studierende, Arbeitslose, Bedürftige, gut Situierte und Flüchtlinge gemeinsam. Wo man herkommt und wer man ist, spielt keine Rolle. Wenn beispielsweise ein indisches Volkslied eingeübt wird, ist der Text zunächst für alle fremd. Jeder wird ermuntert, Liedgut einzubringen. Wir haben neben den Flüchtlingen explizit Wittener/-innen zum Mitsingen eingeladen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und kulturelle Bildungsangebote von sich aus selten wahrnehmen. Es sind Menschen, die selbst am Rande der Gesellschaft stehen, dort, wo es vermehrt Ressentiments gegenüber Flüchtlingen gibt. Im Chor erfahren diese Menschen Wertschätzung und können sich sinnstiftend einbringen – einige haben aufgrund ihrer positiven Erfahrungen im Chor ehrenamtliche Tätigkeiten in der Flüchtlingsunterkunft begonnen. Durch den geplanten öffentlichen Auftritt des Chores wird die positive Wirkung und der Wert der künstlerischen Arbeit wiederum nach außen getragen.

Heute haben mein Sohn und ich Kalifa in der Stadt wiedergetroffen. Er strich Paul übers Haar und erkundigte sich, wie es uns geht. Wie ein Nachbar.

Lessons learned

Flüchtlinge können wir am besten gewinnen, wenn wir sie direkt ansprechen, den Chor zum Beispiel in der Unterkunft vorstellen und die Flüchtlinge zur Chorprobe abholen. Meist kommen nur männliche Flüchtlinge zu den Chorproben. Auf der Seite der deutschen Teilnehmenden sind wiederum Frauen in der Mehrzahl.

BUNTES GEWUSEL UND GLÜCKLICHE GESICHTER BEIM FEST DER KULTUREN IN UNSERER SCHULE

Ein Fest der Kulturen wurde bei schönstem Sommerwetter in der Rudolf Steiner Schule Witten gefeiert. In der unmittelbaren Nachbarschaft unserer Schule befindet sich ein Flüchtlingsheim. Seit sieben Jahren besuchen Kinder der dort untergebrachten Familien die Schule, auch nachdem die Familien andere Wohnungen bezogen haben. Das benachbarte Waldorf-Familienzentrum nimmt ebenfalls Kinder auf. Seit drei Jahren besteht in der Schule ein Arbeitskreis für Integration, er wurde von der Schulärztin und anderen interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schule sowie Eltern gegründet. In diesem Arbeitskreis arbeiten regelmäßig sechs Frauen mit Migrationshintergrund mit, deren Kinder ins Waldorf-Familienzentrum oder in unsere Schule gehen. Der Arbeitskreis trifft sich alle vier bis sechs Wochen in der Schule, vor dem Fest öfter.

Im Mittelpunkt des Festes standen internationale Speisen, die von den Mitgliedern des Arbeitskreises und der Elternschaft zubereitet wurden, gemeinsames Singen, Tanzen und Trommeln. Die Kinder konnten zudem unter Anleitung basteln, spielen und die arabische Schrift kennenlernen und ausprobieren. Es gab auch einen kleinen Trödelmarkt. Das Fest brachte die Menschen zusammen, und das bunte Gewusel und die glücklichen Gesichter, vor allem der trommelnden Kinder, machten die Eltern froh. Das Gemeinschaftsgefühl war sehr groß, weil jeder seine Aufgaben verantwortungsvoll erledigte und wir uns aufeinander verlassen konnten. Viele kochten und backten Stunde um Stunde, und am Ende des Festes sagten sie: „Und nächstes Jahr mache ich noch mehr ...“.

Die Organisation des Festes der Kulturen ist nur eine von vielen Aktionen. Seit einigen Jahren erteilen pensionierte Lehrkräfte Deutschunterricht für Flüchtlinge in den Räumen der Schule, die Klasse hat sich mittlerweile auf rund 30 Männer und Frauen vergrößert. Parallel dazu bietet das benachbarte Waldorf-Familienzentrum eine Kinderbetreuung an. Eng vernetzt ist der Arbeitskreis mit dem Hilfe direkt e.V. und dem Verein zur individuellen Förderung von Kindern in der Rudolf Steiner Schule Witten e.V.

Lessons learned

Man muss frühzeitig erkennen, wenn einzelne Menschen überfordert sind. Die Teilnahme an Vorbereitungstreffen sollte verpflichtend sein für alle, die Aufgaben übernehmen. Auch Schüler/-innen gilt es verstärkt einzubinden.

Land: Nordrhein-Westfalen

Kommune: Witten

Träger: Rudolf Steiner Schule Witten

rodewig@rss-witten.de

www.rss-witten.de

Autorin: Dr. Roswitha

Rodewig

Ziele

Durch ein gemeinsames Fest sollen sich Nachbarn besser kennenlernen, miteinander ins Gespräch kommen, gemeinsam musizieren und tanzen. Ziel ist es damit auch, Ängste und Vorurteile abzubauen.

Ergebnisse

Auf dem Fest wurden viele Kontakte geknüpft. Auch vergrößerte sich der Unterstützerkreis: Einige Menschen boten spontan ihre Hilfe an, wollten Aktivitäten wie Hennamalerei organisieren oder brachten Ideen für das nächste Fest der Kulturen ein.

Gelingensbedingungen

Regelmäßige Treffen des Arbeitskreises, Offenheit für Neues, die Beteiligung der Elternschaft, gute Kontakte zu Personen aus der Kunst- und Kulturszene sowie das große Vertrauen unter den Beteiligten ließen das Fest erfolgreich werden. Jeder weiß, was der andere am besten kann.

FRAUENGRUPPE „LADYKRACHER“ – EIN TREIBENDER MOTOR FÜR EINE KULTURELLE VERSTÄNDIGUNG IM LANDKREIS LEIPZIG

Land: Sachsen
Kommune: Borna
Träger: Bon Courage e. V.
info@boncourage.de
www.boncourage.de
Autorin: Sandra Münch

Ziele

Der Abbau von Vorurteilen und Berührungängsten sowie die Stärkung eines toleranten Miteinanders zwischen Asylsuchenden und einheimischen Frauen ist oberstes Ziel. Weitere Ziele sind vor allem die Förderung von Eigeninitiative, Austausch und deutscher Sprachkompetenz, die Stärkung von Selbstvertrauen und die Vermittlung von Wertschätzung Asylsuchender Frauen.

Ergebnisse

Die gemeinsamen Treffen und Unternehmungen haben sich unter einheimischen und Asylsuchenden Frauen zu einem beliebten Angebot etabliert. Immer neue Frauen schließen sich an. Sie sind einander nicht mehr fremd, sondern begegnen sich offen, unvoreingenommen und ohne Angst. Die Teilnehmerinnen legen im Projekt ihre Hemmungen ab, sprechen deutsch und lernen voneinander, zum Beispiel landestypische Besonderheiten.

Gelingensfaktoren

Wichtig ist eine gute Atmosphäre, die nicht zuletzt durch schöne Räume hergestellt wird. Für die Ausflüge, Sachmittel und Sprachmittlerangebote werden finanzielle Mittel benötigt. Die Verantwortlichkeiten für die Organisation der Angebote muss klar geregelt sein. Förderlich sind eine gute Vertrauensbasis zu Asylsuchenden Frauen sowie Fürsprecherinnen aus dem Kreis der Asylsuchenden Frauen.

Ödes Land und keiner, der sich für geflüchtete Menschen interessiert – das war die Ausgangssituation im Landkreis Leipzig.

Restriktive Gesetzgebungen und ländliche Strukturen hemmen die Integrationsbemühungen Asylsuchender. In Zeiten von Pegida nehmen zudem die rassistischen Anfeindungen zu. Ein trauriger Höhepunkt war der Brandanschlag auf eine Notunterkunft für Asylsuchende in Borna. Aufgrund kulturbedingter patriarchalischer Strukturen sind besonders geflüchtete Frauen von der gesellschaftlichen Ausgrenzung betroffen. Es fehlte ein geschützter Raum, in dem sich einheimische und Asylsuchende Frauen begegnen, kennenlernen und gemeinsame Interessen finden können.

Bei einem Netzwerktreffen am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen im November 2013 setzten wir uns mit geflüchteten Frauen zusammen und sprachen über ihre Situation und Bedarfe. Daraufhin gründeten wir den Frauentreff „Ladykracher“, der sich seitdem alle 14 Tage trifft. Die Themen der Gruppentreffen orientieren sich an den Alltagsproblemen und Fragen der Teilnehmerinnen. Asylsuchende Frauen kommen aus unterschiedlichen Kulturen und sprechen verschiedene Sprachen. Sie interessieren sich vor allem für handwerkliche Tätigkeiten wie Stricken und Töpfern. Mit den Einheimischen wird deutsch gesprochen. Bei den zweistündigen Gruppentreffen am Vormittag sollen interkulturelle und soziale Kompetenzen erweitert werden, es geht um kulturelles Lernen, aber auch darum, die Teilnehmerinnen auf die Möglichkeiten im Landkreis aufmerksam zu machen.

Einmal im Monat treffen sich die „Ladykracher“ und eine einheimische Strickgruppe im „Café Offenkundig“ zum gemeinsamen Stricken in gemütlicher Atmosphäre. Gemeinsam planen wir Unternehmungen, Workshops und Bildungsfahrten, so fanden bereits ein Zoobesuch, ein Volleyball-Workshop, eine Kremserfahrt und eine Weihnachtsfeier statt.

Lessons learned

Die Bedürfnisse der Frauen stehen im Mittelpunkt; die Asylsuchenden Frauen dürfen aber nicht auf ihre Probleme reduziert werden. Es muss für die Kinderbetreuung gesorgt sein und die Frauen sollten persönlich eingeladen werden.

EIGEN- ENGAGEMENT BEFÖRDERN



MIT APFELERNTEN DEUTSCHKURSE FINANZIEREN

Land: Baden-Württemberg

Kommune: Benningen am Neckar

Träger: AK Asyl Benningen e. V.

info@ak-asyl-benningen.de

www.ak-asyl-benningen.de

Autorin: Heike Schmitt

Ziele

Die Aktion soll den in Benningen lebenden Geflüchteten eine sinnvolle Beschäftigung bieten und über das gemeinsame Arbeiten mit Einheimischen zu einer besseren Integration und zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Auch eine größere Wertschätzung der Streuobstwiesen als ein wichtiges Kulturgut ist Ziel der Aktion.

Ergebnisse

Geflüchteten Menschen werden Beschäftigung und Teilhabemöglichkeiten geboten. Über die Teilnahme an der Aktion konnten bisher drei Asylsuchende das Sprachniveau A2 erwerben und damit eine Ausbildung als Altenpflegehelfer beginnen. Viele Bürger/-innen, aber auch Firmen und Politiker/-innen unterstützen die Aktion. Die Empathie und Akzeptanz gegenüber geflüchteten Menschen in unserer Gemeinde sind deutlich gestiegen.

Gelingensbedingungen

Voraussetzung ist die Information der Flüchtlinge und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung und zur Kommunikation auf Deutsch. Sehr dankbar sind wir, dass Streuobstwiesenbesitzer/-innen und ehrenamtliche Helfer/-innen Säcke, Kübel, Eimer, Apfelpflücker und Brotzeit bereitstellen sowie die Fahrdienste organisieren.

Wir Schwaben sind dafür bekannt, dass wir nichts verkommen lassen. Als ich im Spätsommer 2014 beim Spaziergang an vielen nicht abgeernteten Streuobstwiesen vorbeikam, hatte ich die folgende Idee.

Im Amtsblatt „Benninger Blättle“ rief unser Arbeitskreis die Eigentümer/-innen der Streuobstwiesen auf, uns die Äpfel für einen guten Zweck zu überlassen. Mit einigen der insgesamt 48 in der Kommune lebenden Geflüchteten, die gerne etwas Sinnvolles tun wollten, machten wir uns an die Ernte. Damit sorgten wir nicht nur für Beschäftigung der Asylsuchenden, sondern auch für Begegnungen zwischen Einheimischen und geflüchteten Menschen. Wir haben Asylsuchende ins gesellschaftliche Leben einbezogen und gezeigt, dass sich Leistung lohnt: Die Äpfel ließen wir zu Saft pressen, den wir in Fünf-Liter-Packungen verkauften. Mit dem Erlös, 1 600 Euro, konnten wir Deutschkurse an der Volkshochschule bezuschussen sowie S-Bahn-Tickets und Bücher finanzieren.

Auch im Herbst 2015 gingen wir wieder gemeinsam auf Apfelernte. Dieses Mal ernteten wir sechs Tonnen Äpfel. Daraus wurden 3 500 Liter Apfelsaft gepresst, 2 500 Liter haben wir bereits verkauft.

Aus unserem Arbeitskreis haben wir mittlerweile einen Verein gegründet. Unser Verein möchte helfen, geflüchtete Menschen erfolgreich zu integrieren, und so auch etwas gegen den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel tun. Wir denken lösungsorientiert und halten es mit den Worten von Franz König: „Es ist nicht so, dass der Einzelne nichts tun kann. Das ist eine Parole der Angst. Immer wird es auf den einzelnen Menschen ankommen, seinen Mut, seine Verstandnisbereitschaft, seine Liebe und Güte.“

Lessons learned

Unsere Aktion setzt auf Interesse und Freiwilligkeit bei den Flüchtlingen und Einheimischen – in beiden Gruppen gab es auch Ablehnung und Desinteresse. Nichtsdestotrotz: Die Aktion wird sehr gut angenommen, sie ist sinnvoll, lösungsorientiert sowie leicht umsetzbar und sie bringt Freude.

DIE NEUEN LOTSINNEN UND LOTSSEN ALS TEIL DER WILLKOMMENSKULTUR – FLÜCHTLINGE HELFEN FLÜCHTLINGEN

Bei der Begleitung einer neu eingerichteten Gemeinschaftsunterkunft für 300 Flüchtlinge in Kiel zeigten sich sehr schnell Kommunikationsprobleme und Schwierigkeiten bei den ersten Integrationsschritten. Daher hat die Landeshauptstadt Kiel in Zusammenarbeit mit der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen (ZBBS) eine Gruppe von inzwischen etwa 30 Geflüchteten zu Flüchtlingslotsinnen und -lotsen ausgebildet. Die Kommune kooperiert dazu aktiv mit den Akteuren der Willkommenskultur und den Geflüchteten und stellt ihre organisatorische und administrative Kompetenz zur Verfügung.

Die Lotsinnen und Lotsen sind schon einige Zeit in Kiel und haben bereits gute Deutschkenntnisse. Im Rahmen des Projekts wurden sie in dem besonderen Vokabular deutscher Behörden geschult. Die notwendigen Sprachkenntnisse für Arztbesuche gehörten genauso zur Ausbildung wie Stadtkunde und die Vermittlung spezifischer Ortskenntnisse in den Stadtteilen.

Nun begleiten die Lotsinnen und Lotsen neu angekommene Flüchtlinge auf ihren Behördengängen, Arztbesuchen und bei den so wichtigen ersten Integrationsschritten in unserer Stadt. Sie unterstützen die Behörden in der Kommunikation mit den Flüchtlingen und tragen in erheblichem Maße zu einem positiven Klima bei. Den geflüchteten Menschen wird so in großer Zahl individuell geholfen. Nicht zuletzt entlastet die Unterstützung durch die Lotsinnen und Lotsen die Leitungen der Gemeinschaftsunterkünfte, die vielfältige Probleme zu bewältigen haben.

Besonders erfolgreich sind die regelmäßigen Auftritte der Lotsinnen und Lotsen bei Informationsveranstaltungen. Es gelingt ihnen immer wieder, die Situation der Flüchtlinge in unserer Stadt sehr eindrücklich und verständlich darzustellen. Sie tragen in erheblichem Maße zur Information, zur Vertrauens- und Sympathiebildung bei. Wir freuen uns sehr, dass inzwischen auch geflüchtete Frauen als Lotsinnen aktiv sind. Im Rahmen eines Pilotprojekts geben einige Lotsinnen und Lotsen sogar Deutschunterricht für Flüchtlinge.

Lessons learned

Insbesondere die persönliche Ansprache und die ersten Schulungen sind sehr wichtig für die Motivation der Flüchtlinge, als Lotsinnen und Lotsen zu arbeiten. Es ist allerdings besonders schwierig, unter den Geflüchteten Frauen zu finden, die willens und in der Lage sind, als Lotsinnen zu arbeiten.

Land: Schleswig-Holstein

**Kommune: Landeshauptstadt
Kiel**

**Träger: Landeshauptstadt
Kiel / ZBBS / Partnerschaft
für Demokratie**

rainer.pasternak@kiel.de

www.kiel.de/aktionsplan

Autor: Rainer Pasternak

Ziele

Ziel war es, die Kommunikationsprobleme zu verringern, Vertrauen bei den Flüchtlingen aufzubauen und die ersten Integrationsschritte zu erleichtern. Zudem sollte die Gesamtstimmung positiv beeinflusst werden.

Ergebnisse

Es bildete sich eine gut organisierte Gruppe aus Geflüchteten (Lotsinnen und Lotsen), lokalen Akteuren und Verwaltung. Die Gruppe arbeitet bereits seit einem Jahr erfolgreich und ist Ansprechpartner und Informationsknotenpunkt für alle.

Gelingensfaktoren

Für die Ausbildung der Lotsinnen und Lotsen beauftragte die Kommune qualifizierte Deutschlehrer/-innen und stellte einen Unterrichtsraum zur Verfügung. Das Projekt wurde durch regelmäßiges Feedback und eine den Menschen zugewandte Evaluation stetig verbessert. Es sollte schließlich nicht nur erfolgreich sein, sondern – bei aller Anstrengung – auch Spaß machen.



**WIDERSTÄNDEN
ENTGEGENWIRKEN**

WEINHEIM: WILLKOMMENSKULTUR DURCH STADTGESELLSCHAFTLICHE AKZEPTANZ

Das deutschlandweite Projekt „Aktion Schutzschild“ der Amadeu Antonio Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, geflüchtete Menschen so gut wie möglich vor Übergriffen und Anfeindungen zu schützen. Das Projekt vernetzt, berät und mobilisiert Verantwortliche und Freiwillige in Gemeinden und Kommunen, um Geflüchtete willkommen zu heißen und gleichberechtigte Teilhabe am regionalen Geschehen zu ermöglichen. Eine aktive Zivilgesellschaft und frühzeitiges verantwortungsvolles politisches Handeln der Entscheider/-innen sind wichtige Faktoren, um rechter Hetze und rassistischer Gewalt entgegenzuwirken.

Auch in grundsätzlich strukturstarken Gegenden Baden-Württembergs fällt auf, dass Massenunterbringungen Asyl suchender Menschen bei der Bevölkerung häufig auf Ablehnung stoßen. Vielfach wird befürchtet, die Flüchtlinge würden Stadtbilder nachhaltig negativ verändern. Auch Sorgen um Wertverluste von Immobilien im Umfeld von Sammelunterkünften werden immer wieder ausgesprochen. Zugleich lehnen sowohl Anwohner/-innen als auch Geflüchtete Sammelunterkünfte immer wieder ab – mit der berechtigten Begründung, dass diese Form der Unterbringung ein Integrationshindernis sei, das einer positiven sozialräumlichen Entwicklung entgegenstehe. Die unterschiedlichen Interessen sind häufig nicht klar voneinander zu unterscheiden.

In Weinheim hatte der Rhein-Neckar-Kreis zunächst eine große Unterkunftseinheit für Asylbewerber/-innen geplant. Es gelang jedoch, im Laufe der Diskussion die stadtgesellschaftlichen Aspekte in den Mittelpunkt zu stellen und deutlich zu machen, dass nur kleinere Einheiten Akzeptanz finden würden.

Gemeinsam mit der Bevölkerung wurde daher ein Bebauungsplan mit einer neuen Bauweise einer Flüchtlingsunterkunft auf den Weg gebracht („Weinheimer Modell“). 2016 werden am Rande eines Wohngebiets drei zweistöckige Gebäude in einem Ensemble entstehen, dazu Freiflächen für Aktivitäten und Kinderspielflächen sowie Räume, in denen die Geflüchteten haupt- und ehrenamtlich betreut werden können. Der Tenor im Weinheimer Gemeinderat war deutlich: Die gemeinsam konzipierte Unterkunft ist ein Meilenstein der Willkommenskultur.

Lessons learned

Grundlegend ist es, die Wünsche und Anliegen der Bürger/-innen ernst zu nehmen und sie in die weiteren Planungen einzubinden.

Land: Baden-Württemberg

Kommune: Weinheim

**Träger: Amadeu Antonio
Stiftung**

**info@amadeu-antonio-
stiftung.de**

**www.amadeu-antonio-
stiftung.de**

Autorin: Natalie Ofori

Ziele

Das Projekt „Aktion Schutzschild“ möchte in Baden-Württemberg einen tragfähigen Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der kommunalen Verwaltung und gegebenenfalls dem Landkreis herstellen und von Beginn an die zivilgesellschaftliche Beteiligung sicherstellen.

Ergebnisse

Mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Weinheim wurde der Bebauungsplan zu einer neuartigen Flüchtlingsunterkunft („Weinheimer Modell“) entwickelt. Bis zu 80 Personen können dort ab 2016 in Familiengruppen untergebracht werden.

Gelingensbedingungen

Alle Fraktionen und Gruppen lobten die konstruktive Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen wie dem „Netzwerk Asyl Weinheim für Integration“ und der Bürgerinitiative „Fremde als Gäste willkommen heißen“ sowie die Kompromissbereitschaft der planenden Behörden.

EINE WILLKOMMENSKULTUR ZU ETABLIEREN, HEISST AUCH, DEN KAMPF UM DIE STRASSE AUFZUNEHMEN

Land: Berlin

Kommune: Marzahn-Hellersdorf

Träger: Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf
polis@stiftung-spi.de

www.demokratie-mh.de

Autor: Dr. Thomas Bryant

Ziele

Unser Bündnis verteidigt den öffentlichen Raum Marzahn-Hellersdorfs als „Ort der Vielfalt“ gegen rechtsextreme Agitation und gegen politische Instrumentalisierung der Geflüchteten.

Ergebnisse

Den rechtsextremistischen Aktionen stellen sich alle demokratischen Akteure entgegen – unabhängig von parteipolitischen Differenzen oder Einzelinteressen. Das gemeinsame Engagement für eine Willkommenskultur schweißt zusammen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen führten zu langfristig tragfähigen Strukturen, die bereits Aktive zusammenhalten und bislang Inaktive einbinden und zum Mitmachen motivieren.

Gelingensfaktoren

Eine professionelle Gemeinwesenarbeit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Umso wichtiger ist eine finanzielle Unterstützung, wie sie auch die beiden „Partnerschaften für Demokratie“ in Marzahn und Hellersdorf aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erhalten.

Seit dem 9. Juli 2013, jenem „braunen Dienstag“, an dem eine vom Bezirksamt organisierte Informationsveranstaltung zur Eröffnung einer Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende von rechtsextremen Kräften für deren menschenfeindliche Agitation missbraucht wurde, sind zahlreiche Akteure in Marzahn-Hellersdorf unermüdlich damit beschäftigt, dem eine Willkommenskultur entgegenzusetzen.

Der im Ostteil Berlins gelegene Bezirk bekam 2009 von der Bundesregierung die Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ verliehen, um insbesondere das integrationspolitische Engagement zu würdigen. Die Auszeichnung wird von den Akteuren vor Ort zugleich als Selbstverpflichtung verstanden, diese Formel immer wieder aufs Neue mit Leben zu füllen – auch und gerade eingedenk der Tatsache, dass die rechtsextreme „Nein zum Heim!“-Bewegung hingegen einen deutschnationalen „Ort der Einfalt“ anstrebt.

Als konkrete Aktion kann beispielsweise eine vom Verein „Hellersdorf hilft“ organisierte Spendenkette genannt werden, bei der Menschen in einer langen Schlange allerlei Sachspenden vom nächstgelegenen U-Bahnhof direkt in jene Gemeinschaftsunterkunft transportierten, die erklärtes Angriffsziel rechtsextremer Umtriebe war. Für die Menschen in der Unterkunft war dies nicht nur ein offensichtliches Zeichen dafür, dass es viele Menschen gibt, die sich für sie einsetzen und sie willkommen heißen; es war zugleich eine ganz praktische Hilfsmaßnahme. Auch ein im Marzahner Teil des Bezirks veranstaltetes „Fest der Nachbarn“ war explizit darauf ausgerichtet, die alteingesessenen Bewohner/-innen mit den Neuankömmlingen vertraut zu machen. Letztere waren zum Zeitpunkt des Festes zwar noch gar nicht angekommen, da sich die unweit vom Veranstaltungsort befindliche Gemeinschaftsunterkunft noch im Bau befand; nichtsdestotrotz war es dem bunten Reigen zahlreicher Akteure gelungen, auch skeptische Personen zum Fest zu locken. Bei dieser Gelegenheit konnte hier und da auch wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet werden. Grundlage dafür war eine Handreichung mit Antworten auf häufig gestellte Fragen zu Flucht und Asyl im Allgemeinen sowie zur Situation in Marzahn-Hellersdorf im Speziellen.

Lessons learned

Manchmal ist Spiel und Spaß für Jung und Alt ein gutes Mittel, um auch die nur schwer einzubeziehenden Personen und Milieus zu erreichen. Insofern haben wir uns von der erlebnisorientierten Variante des Rechtsextremismus (etwa Feste, Konzerte) durchaus inspirieren lassen, um solche Formen nicht gegen, sondern für möglichst viele Menschen nutzbar zu machen und mit eigenen Inhalten zu füllen.

„AKTION SCHUTZSCHILD“ IN BRANDENBURG

„Abendspaziergang“. Schon wieder. Erinnerungen an die letzten „Abendspaziergänge“ werden wach: Demonstrierende, die verhindern wollen, dass im Oranienburger Ortsteil Lehnitz 220 Asylsuchende in einer ehemaligen Kaserne untergebracht werden. Auf der anderen Straßenseite die Gegendemonstration, die für ein weltoffenes Oranienburg steht. Und dazwischen viel Polizei; Trenngitter teilen die Stadt in Bereiche für Asylgegner/-innen und Asylbefürworter/-innen. Ein Symbol für die Zerrissenheit der Einwohnerschaft. Und doch hat auch genau das etwas Verbindendes.

Alle „Abendspaziergänge“ enden auf dem Bahnhofsvorplatz. Mit Abfahrt der S-Bahn nach Berlin ist der Platz plötzlich leer. Das zeigt, dass viele der Gegner/-innen der Flüchtlingsunterbringung nicht aus Oranienburg kommen. Doch es gibt sie trotzdem, die Menschen, die Angst haben vor „denen“. Und es gibt die, die diese Ängste schüren und auf Seiten wie „Nein zum Heim in Oranienburg“ ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt sehen.

Trotz allem hat sich vieles verändert: Da gibt es ein breites Bündnis aus allen etablierten Parteien und Institutionen, die sich öffentlich für die Aufnahme von Geflüchteten aussprechen. Da arbeiten der Bund der Vertriebenen und die lokale Willkommensinitiative zusammen, um ein zweiwöchiges Begleitprogramm zu einer Ausstellung über die Situation Geflüchteter zu gestalten. Da nehmen Muslime aktiv am Gemeindeleben christlicher Kirchen teil. Menschen, die erst Vorbehalte hatten, helfen Geflüchteten nun beim Deutschlernen, begleiten sie auf Arztbesuchen und Behördengängen und organisieren Feste. Und immer wieder unterstützt die Stadt Oranienburg Aktivitäten für und mit Geflüchteten. Vielfach hat sich die Debatte versachlicht und der Kreis derer, die laut gegen Geflüchtete aufschreien und den Panikmachern Beifall klatschen, ist deutlich kleiner geworden. Ohne ein breites gesellschaftliches Bündnis wäre das nicht möglich gewesen.

Lessons learned

Es ist darauf zu achten, dass nicht wenige Politiker/-innen im Vordergrund stehen, um die Breite des Bündnisses in der öffentlichen Wahrnehmung nicht zu gefährden.

Land: Brandenburg
Kommune: Oranienburg
Träger: Amadeu Antonio Stiftung
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
Autorin: Natalie Ofori

Ziele

Das Projekt „Aktion Schutzschild“ organisiert breite Bündnisse, die zum einen rechter und rassistischer Hetze und Gewalt entgegentreten und zum anderen Geflüchtete in unterschiedlichen Lebensbereichen unterstützen wollen.

Ergebnisse

In Oranienburg ist es rechtzeitig gelungen, breite Bündnisse aus Ehrenamtlichen, Kirche, Vereinen, Stadtverwaltung und Geflüchteten zu organisieren. Dadurch hat die rassistische Mobilisierung abgenommen und die Geflüchteten sind stärker in das kommunale Leben einbezogen. Auch das örtliche Willkommensbündnis konnte in seiner Aufbauphase durch einen Wissenstransfer von der Amadeu Antonio Stiftung begleitet werden.

Gelingensbedingungen

Ganz wichtig sind engagierte Menschen, Offenheit der Stadtverwaltung sowie kontinuierliche Treffen und verbindliche Absprachen. Wichtig ist ebenfalls, frühzeitig partei- und institutionenübergreifend Akteure an einem Tisch zu versammeln. Ganz ohne Geld geht nichts: Hilfreich waren Fördermittel, Spenden und Gelder der Stadt Oranienburg, aber auch das bestehende Bündnis, das „nur“ wieder mit mehr Leben gefüllt werden musste.

MIT PLANSPIELEN KONFLIKTSITUATIONEN VORAUSDENKEN

Land: Rheinland-Pfalz
Träger: Beratungsnetzwerk
gegen Rechtsextremismus
in Rheinland-Pfalz
beratungsnetzwerk@lsjv.rlp.de
www.beratungsnetzwerk-rlp.de
Autor: Felix Eitel

Ziele

Durch ein spielerisch-erlebendes Kennenlernen von zum Beispiel vorurteilsbehafteten Argumenten und deren Wirkweisen, von eigenen Emotionen oder von gruppendynamischen Prozessen sollen sich kreative Handlungsstrategien und somit Handlungssicherheit für reale Situationen entwickeln.

Gelingensfaktoren

Um Planspiele als Vorbereitung auf reale Konfliktsituationen zu nutzen, werden professionelle Partner mit ausgebildeten Planspielleiterinnen und -leitern benötigt, die die Szenen begleiten und sie im Anschluss ausführlich reflektieren können.

Bei unserer Beratungsarbeit fiel uns immer wieder auf, dass sowohl kommunal Verantwortliche als auch zivilgesellschaftlich Engagierte vor großen Herausforderungen stehen, wenn Rechtsextreme zum Beispiel bei Informationsveranstaltungen auftauchen, Demonstrationen ankündigen oder anmelden. Wie schafft man es, gegen rechtsextreme Agitation und Stammtischparolen zu argumentieren? Wie können zivilgesellschaftlich Engagierte in ihrer Unterschiedlichkeit ein breites Bündnis gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit und für Vielfalt und Toleranz schmieden? Und schließlich: Wie erfüllt man als Beratungsnetzwerk den häufig geäußerten Wunsch vieler Menschen und Institutionen nach mehr Hintergrundwissen und Handlungssicherheit im Umgang mit den Argumenten, Strategien und Veranstaltungen von Rechtsextremen?

Schnell kam uns die Idee, mittels der handlungsorientierten Methode „Planspiel“ diesen Herausforderungen zu begegnen. Unterstützt von Prof. Dr. Stefan Rappenglück von der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, begannen wir im Jahr 2011, erste Planspiele zu entwickeln. Das jüngste und aktuell am häufigsten nachgefragte ist „Flüchtlinge in unserer Stadt“. Es geht um die Vorgänge rund um die Einrichtung einer Unterkunft für Asylsuchende und Flüchtlinge: Unter den Bürgerinnen und Bürgern regt sich einerseits heftiger Widerstand gegen die Aufnahme, andererseits sehr viel Hilfsbereitschaft. Um die Wogen zu glätten, lädt die Stadtspitze zu einem Bürgerinformationsabend ein, bei dem die unterschiedlichen Einstellungen aufeinanderprallen. Erweitert wurde das Planspiel noch um eine neue Spielszene, die ein Treffen von Stadtspitze, Verwaltungsvertretung, ehrenamtlichen und professionellen Helferinnen und Helfern, Polizei sowie Nachbarschaft simuliert. Im Mittelpunkt steht die Erörterung, was problematisch ist und was gut läuft. Auch hier sind etliche Meinungsverschiedenheiten mit Konfliktpotenzial zu erwarten.

Unser Planspielangebot zielt aktuell auf rheinland-pfälzische Interessengruppen ab. Es wurden jedoch auch schon Planspiele in anderen Bundesländern durchgeführt.

Lessons learned

Gut vorbereitet, lässt sich gegen Stammtischparolen und rechtsextreme Agitation auch im Umfeld von Flüchtlingsheimen argumentieren. Erfahrungen zum Auftreten von Rechtsextremen und Rechtspopulisten und deren Agitationsstrategien sind vorhanden. Organisatorische und inhaltliche Gegenstrategien können vorbereitet werden. Destruktiven Dynamiken kann vorgebeugt oder situativ besser begegnet werden.

VIelfÄLTIG STATT EINFÄLTIG – ETABLIERUNG EINES BÜNDNISSES GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FÜR EINE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Das Bündnis „Homburg – vielfältig statt einfältig“ wurde im Jahr 2012 gegründet als Reaktion auf die wiederkehrenden Aufmärsche der regional agierenden rechtsextremen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Zweibrücken“ sowie anderer rechtsextremer Aktivitäten in unserer Stadt. In der Vergangenheit kam es dabei auch zu einem gewaltsamen Zwischenfall, von dem der damalige Landrat persönlich betroffen war. Das zivilgesellschaftliche Bündnis aus Trägern, Schulen, Vereinen, der Stadtpolitik und -verwaltung stellt sich diesen Aktivitäten entgegen und repräsentiert das bunte, demokratische und offene Homburg. Unterstützt und beraten werden wir von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus – für Demokratie im Saarland, das im Adolf-Bender-Zentrum angesiedelt ist.

Das Bündnis gründete Arbeitsgruppen, die Aktionen organisieren, Öffentlichkeitsarbeit betreiben oder Asylsuchende in Homburg unterstützen. Die Konzeption von Projekten, die Aufgabenverteilung und die Planung erfordern verbindliche und regelmäßige Absprachen. Das Bündnis wählte daher einen Sprecherrat, der sich regelmäßig mit der Mobilen Beratungsstelle und dem Kinder- und Jugendbüro der Stadt Homburg trifft. In dieser Runde werden Sitzungen vorbereitet und das Bündnis sowie viele Aktivitäten koordiniert.

Das Bündnis versteht sich jedoch nicht als eine Aktionsform, die nur dann auftritt, wenn wieder die Neonazis marschieren. Wir wollen im Alltag Präsenz zeigen, Netzwerke und Anerkennung fördern. Mit unseren Aktivitäten wollen wir die öffentliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Vielfalt Homburgs steigern und uns öffentlich gegen Rechtsextremismus positionieren. Dazu organisieren wir Gegendemonstrationen, Veranstaltungen, Infostände und Workshops. Bei der letzten Gegendemonstration im März 2015 nahmen 300 Menschen teil und signalisierten, dass in Homburg kein Platz für Rechtsextremismus ist. In den vergangenen Monaten rückte das Thema Flüchtlingshilfe stärker in den Fokus. Hierzu starteten wir einzelne Projekte, veröffentlichten zum Beispiel eine Willkommensbroschüre für Asylsuchende und organisierten eine Informationsveranstaltung zum Thema Flucht und Asyl.

Lessons learned

Eine Herausforderung liegt darin, die Mitglieder des Bündnisses und die Arbeitsgruppen kontinuierlich zu mobilisieren. Zudem hat das Bündnis bislang keine Rechtsform. Daher kann es in der Regel keine Fördermittel für eigene Projekte beantragen.

Land: Saarland

Kommune: Stadt Homburg

**Träger: Bündnis „Homburg – vielfältig statt einfältig“ / Adolf-Bender-Zentrum e. V.
michael.gross@adolf-bender.de
www.facebook.com/homburg.vielfaeltigstatteinfaeltig?fref=ts**

Autor: Michael Groß

Ziele

- Eine vielfältige und demokratische Gesellschaft fördern
- Vorurteile abbauen
- Kinder und Jugendliche präventiv aufklären
- Netzwerke bilden und Zivilcourage stärken
- Asylsuchende unterstützen

Ergebnisse

Das Bündnis hat ein breites Netzwerk initiiert und mobilisiert bei Gegenveranstaltungen viele Menschen. Wir informieren in Veranstaltungen über die Themen Rechtsextremismus sowie Flucht und Asyl. Durch Workshops fördern wir die Kompetenzen unserer Mitglieder. Auch eine Willkommensbroschüre für Flüchtlinge und ehrenamtliche Helfer/-innen haben wir veröffentlicht.

Gelingensbedingungen

Das Bündnis wird vom Oberbürgermeister und von der Stadtverwaltung unterstützt. Neben ehrenamtlichen Ressourcen benötigen wir Räume, die von der Stadt Homburg zur Verfügung gestellt werden. Für Projekte wie eine Willkommensbroschüre und für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit braucht man finanzielle Mittel.

STRATEGIEN FÜR DEN ERHALT OFFENER UND DEMOKRATISCHER RÄUME IN DER OFFENEN UND AUFSUCHENDEN JUGENDARBEIT

Land: Sachsen
Kommune: Chemnitz
Träger: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V. (AGJF)
Modellprojekt „Mut vor Ort. Geschlechterreflektierende Präventionsarbeit gegen Neonazismus“
dietrich@agjf-sachsen.de
www.agjf-sachsen.de
Autor: Kai Dietrich

Ziele

Fachkräfte sollen wirksame Strategien entwickeln und Situationen der direkten Intervention einüben. Zudem gilt es, Zugangshindernisse zu analysieren, um Räume gezielt für Menschen zu öffnen, die von Diskriminierung und Neonazismus betroffen sind.

Ergebnisse

Jugendarbeit wird darin gestärkt, gruppenbezogene Ablehnungen präventiv aus einer geschlechterreflektierenden Perspektive zu bearbeiten. Fachkräfte entwickeln einen sicheren Umgang mit Situationen neonazistischer Ausgrenzung und erstellen passende Angebote.

Gelingensfaktoren

Der Prozess variiert je nach individuellen Bedarfen. Wichtig sind Kontakte zu bestehenden Netzwerken sowie der teamübergreifende, überregionale Austausch. Fachkräfte benötigen Ressourcen für den Beratungsprozess und Verbündete in Verwaltung und Politik.

Fachkräfte der Jugendarbeit stehen vor großen Herausforderungen. In den Gemeinden gehören sie zu den ersten Anlaufstellen für Solidaritäts- und Integrationsaktivitäten für geflüchtete Jugendliche. Gleichzeitig sind die Räume der Jugendarbeit vielerorts geprägt von Jugendlichen mit rechtsextremen Affinitäten und neonazistischen Orientierungen. Ablehnungen gegenüber Geflüchteten sind alltäglich. Insbesondere in ländlich geprägten Räumen, in mitunter ehrenamtlich geführten Jugendclubs erschweren eine geringe Kontaktintensität und undurchsichtige Ausgangslagen bezüglich der Affinität und Einbindung in neonazistische Szenestrukturen adäquate Präventionsstrategien sowie den Erhalt offener und demokratischer Räume für stigmatisierte und ausgegrenzte Jugendliche. Wie kann angesichts der vorhandenen Ressourcen mit Geflüchteten oder solidarischen Jugendlichen gearbeitet und gleichzeitig ein Umgang mit Reinszenierungen eines Klimas der Ablehnung in den eigenen Räumen gefunden werden?

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V. (AGJF) bietet begleitende und langfristige Beratung für Träger und Teams der Jugendarbeit, um sie in ihrer Rolle als integrative Akteure im Gemeinwesen zu stärken. Geschlechterreflektierende Perspektiven und die Team-Zielgruppen-Interaktion stehen im Mittelpunkt. Nach einer Kick-off-Veranstaltung beginnt der Beratungsprozess. Ziele werden teamspezifisch erarbeitet, ein pädagogischer Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen wird eingeübt. Monatlich finden Beratungen statt, um Zielgruppen und gelingende wie problematische Praxissituationen zu analysieren sowie Angebote und Grenzen der pädagogischen Arbeit zu reflektieren. Themen sind unter anderem Intervention bei rassistischen Äußerungen oder Neonazismus und Gender. Die Teams planen Maßnahmen zur präventiven Arbeit, die gemeinsam ausgewertet werden. Nach einer angemessenen Prozessetappe werden bei einer gemeinsamen Prozessreflexion die Beratungen spezifischer auf weitere Bedarfe zugeschnitten. Halbjährliche überregionale Netzwerktreffen, Seminare und Fachtagungen flankieren die fachliche Begleitung. Mit der Auswertung und dem Transfer endet der Prozess.

Lessons learned

Allein agierenden Fachkräften gelingt es kaum, Aufgaben der Neonazismusprävention adäquat umzusetzen. Prekär ausgestattete Projekte neigen zur Überschätzung eigener Möglichkeiten. Wechsel im Team sind herausfordernd für den Prozess. Arbeit „mit allen“ ist kaum möglich. Abzuwägen ist, inwiefern Ausschlüsse zum Erreichen pädagogischer Ziele und zum Erhalt demokratischer Schutzräume notwendig sind.

GEMEINSAM WIDERSTÄNDEN ENTGEGENWIRKEN

Schwarze Gestalten mit brennenden Fackeln marschieren durch die Straßen von Schneeberg. Flankiert werden sie von Polizisten, die das Visier geschlossen haben und mit Stöcken und Reizgas bewaffnet sind. „Wir sind das Volk“ und „Ausländer raus“, so schallt es durch die Bergstadt. Ich stehe am Straßenrand und Heinrich Heine fällt mir ein: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, Dann bin ich um den Schlaf gebracht“.

So geschehen und gedacht in Schneeberg, einer Bergstadt im Erzgebirge mit traditionsreicher Geschichte und eigener Kultur. Nach 1945 kamen viele Zugewanderte in unsere Region – zum Teil Vertriebene, zum Teil auch Glücksuchende, die sich im Wismut-Bergbau eine goldene Nase verdienen wollten. Diese Bergstadt hat jetzt wieder Zugewanderte.

Im Jahr 2013 wurde eine ehemalige Kaserne am Stadtrand als Außenstelle der Chemnitzer Erstaufnahmeunterkunft für Asylsuchende eingerichtet. Auf dem Gelände wurden anfangs 300 und bis heute weitere 800 Flüchtlinge und Asylsuchende untergebracht. Es kam wiederholt zu offenen Protesten, an denen sich bis zu 2 500 Menschen beteiligten. Diese „Lichtläufe“ oder Fackelzüge wurden von der NPD initiiert; einen Großteil der Teilnehmenden hatte die rechtsextreme Partei aus ihrer Anhängerschaft in ganz Sachsen mobilisiert. Die kommunale Verwaltung hatte keinen Spielraum für ein Verbot, sie plädierte für „Stillhalten und Aushalten“. So gab es beim ersten „Lichtlauf“ keine Gegenveranstaltung.

Das Image der Stadt war beschädigt, auch wenn es eine andere Seite von Schneeberg gab: ein Willkommensfest auf dem Marktplatz; Menschen, die sich zum ersten Mal begegneten und seither füreinander eintreten; hilfsbereite Spender/-innen von Spielsachen und Kleidung; Freundlichkeit. Zahlreiche Menschen engagieren sich ehrenamtlich für die Asylsuchenden, erteilen Sprachunterricht, begleiten Flüchtlinge auf Behördengängen, helfen bei der Einrichtung der ersten Wohnung in der neuen Heimat und tun vieles mehr.

Nach dem ersten „Lichtlauf“ war klar, dass „Aushalten“ keine Strategie ist. Im Zuge der folgenden „Lichtläufe“ wurden erste Gegendemonstrationen organisiert. Schneeberg befand sich im Ausnahmezustand, das Polizeiaufgebot war enorm. Diese Situation war weder für die Stadt noch für die sächsische Ordnungspolitik auf längere Zeit weiter

Land: Sachsen

Kommune: Schneeberg

**Träger: Kompetenzzentrum
für Gemeinwesenarbeit im
Erzgebirge**

protoleranz@

puschkinhaus-aue.de

www.kge-erzgebirge.de

Autorin: Angela Klier

Ziele

Der „Lichtlauf“ als offensiver Protest gegen die Aufnahme von Flüchtlingen sollte gestoppt werden. Einem Imageverlust der Stadt Schneeberg und den daraus resultierenden sinkenden Besucherzahlen galt es entgegenzuwirken. Die Bürger/-innen sollten am Aufbau einer Willkommenskultur beteiligt werden.

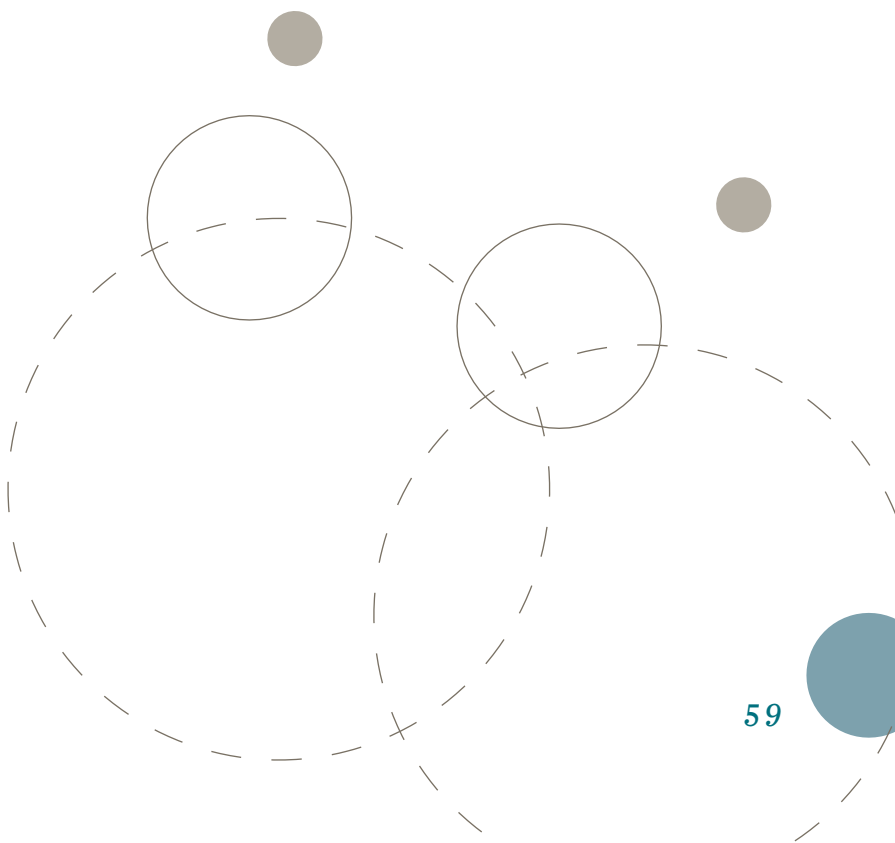
Ergebnisse

Durch Beteiligung, Information und Kommunikation erreichten wir ein Ende der offenen Proteste, es gab keinen „Lichtlauf“ mehr. Heute sind in Schneeberg mehr als 1 000 Asylbewerber/-innen untergebracht und unzählige Schneeberger/-innen engagieren sich für sie. Jedoch sind die seit Oktober 2015 neu entfachten Protestbewegungen – von Pegida über AfD bis hin zur NPD – auch in Schneeberg stark spürbar. Der Ton ist rauer und die Wortwahl direkter geworden; Gewalt ist nicht mehr ausgeschlossen. Haben wir versagt? Angesichts der aktuellen Situation muss vieles noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

Lessons learned

Das gemeinsame Engagement von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik war stärker und zielführender als kurzfristige Gegenaktionen. Die kommunale Verwaltung, insbesondere der Bürgermeister, hat in all der Zeit die Verantwortung nicht abgegeben. Wichtig waren und sind sowohl vernetzte Strukturen auf allen drei Ebenen als auch Strukturen, die diese drei Ebenen miteinander vernetzen, wie sie eine integrierte lokale Strategie vorweisen sollte. Die Beteiligung der Bürgerschaft und die politische Jugendbildung sind strategisch weiterzuführen. Vor allem Jugendliche müssen die Chance haben, andere, neue Erfahrungen zu sammeln, als sie diese aus ihrer Lebenswelt kennen. Mehr denn je gilt es, Einstellungen zu überprüfen und sie mit geeigneten Methoden aus Pädagogik und Sozialer Arbeit positiv zu verändern. Gleichzeitig müssen alle Akteure und Verantwortungstragenden ihre bisherigen Handlungsansätze überprüfen und gegebenenfalls neu ausrichten. Die Protestbewegung in nie geahnter Stärke und die gleichzeitige Aufnahme und Integration von sehr vielen Flüchtlingen und Asylsuchenden ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle fordert und die wir nur gemeinsam mit am Bedarf ausgerichteten Strategien und Handlungsansätzen bewältigen können.

mit tragbar. Als sich die Organisationsgruppe der „Lichtläufe“ in der Vorweihnachtszeit in den sogenannten Weihnachtsfrieden begab, startete die Stadt mit Unterstützung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung eine Offensive für mehr Bürgerbeteiligung: In Bürgerforen wurde über Ängste und Befürchtungen gesprochen, es wurden Vorurteile durch Wissen abgebaut und unter Beteiligung der Landesregierung Transparenz über die Unterbringungssituation geschaffen. Im Januar 2014 rief die NPD erneut zum „Lichtlauf“ auf. Es beteiligten sich nur noch rund 200 Bürger/-innen, eine weitere Anmeldung im Februar 2014 brachte kaum Teilnehmer/-innen. Zwar wurden keine Gegenveranstaltungen mehr organisiert, aber es fanden zeitgleiche Veranstaltungen statt. Der Bürgerdialog wurde fortgesetzt, es gab wöchentliche Friedensgebete. In den Bildungseinrichtungen wurde verstärkt interkulturelle Kompetenz gelehrt und Wissen über Weltreligionen, fremde Kulturen und antirassistisches Verhalten vermittelt. In der pädagogischen Arbeit wurden diejenigen gestärkt, die frei von rassistischem und neonazistischem Gedankengut sind. Viele Freizeiteinrichtungen überarbeiteten ihr pädagogisches Konzept. Die Bürger/-innen können regelmäßige Angebote der politischen Bildung nutzen. Im Kulturzentrum „Goldne Sonne“ Schneeberg finden Ausstellungen, Lesungen und Vorträge zu tagespolitischen und geschichtlichen Themen statt. Im öffentlichen Umgang mit Zugewanderten wurden andere gesellschaftliche Bilder aufgebaut und vermittelt als jene, die von Populisten verbreitet werden.





**MOBILE
BERATUNG IM
THEMENFELD
RASSISTISCHE
MOBILISIERUNG**

DER BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG IM THEMENFELD RASSISTISCHE MOBILISIERUNG

Autor: Michael Barthel

Der Bundesverband Mobile Beratung e.V. wurde im Herbst 2014 gegründet als Dachverband für die verschiedenen Angebote Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in den einzelnen Bundesländern. Unser Kernanliegen ist, die bestehende bundesweite Vernetzung zu intensivieren und Qualitätsstandards der Beratungsarbeit zu sichern. Wir organisieren Fachtagungen und Fortbildungen, nehmen an gesellschaftlichen Debatten teil und beraten Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die Verbandsarbeit wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und ist nur möglich in Kooperation mit anderen bundesweiten Vernetzungsstrukturen wie der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD), der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) und dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um steigende Flüchtlingszahlen und die Unterbringung der ankommenden Menschen ist seit etwa zwei Jahren eine verstärkte rassistische Mobilisierung zu erkennen, die sich mit menschenverachtender Propaganda und zunehmend auch unter Anwendung von Gewalt gegen Geflüchtete, deren Unterkünfte sowie deren Unterstützer/-innen richtet. Nicht nur Zivilgesellschaft und Behörden müssen sich der neuen Situation stellen, auch die Teams der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBT) unterstützen die Akteure vor Ort in ihrem Einsatz für geflüchtete Menschen. Der neu gegründete Bundesverband Mobile Beratung e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Transfer dieser Erfahrung auf eine neue, professionellere Ebene zu heben.

Mobile Beratung gibt es seit mehr als 20 Jahren. Ihr Konzept entwickelt sich seitdem ständig weiter und wird in einer heterogenen Struktur von Trägern in den 16 Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet. In der plural organisierten Zusammenarbeit sind bereits Standards zur Professionalisierung des Arbeitsfeldes entwickelt und formuliert worden, die den Mitgliedern des Bundesverbands Mobile Beratung nun als verbindliche Arbeitsgrundlage dienen. Mobile Beratung ist demnach aufsuchend, nachhaltig, prozess- und ressourcenorientiert, vergleichend und dem/der Beratungsnehmer/-in gegenüber transparent und vertraulich. Sie verfolgt einen systemischen Ansatz, verwendet Methoden politischer Bildungsarbeit und sollte in geschlechterparitätisch zusammengesetzten Teams erfolgen.

Der Bundesverband Mobile Beratung richtet sich in seiner Arbeit zudem nach den Bedarfen der MBT. Er stellt zum Beispiel eine Infrastruktur zum Austausch von Know-how, Arbeitsansätzen und Problembeschreibungen bereit, ermittelt den Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen und organisiert deren Durchführung. Seit Herbst 2013 existiert ein Wissenstransfer zu Beratungsansätzen im Themenfeld „Dimensionen rassistischer Mobilisierung“. Die MBT unterstützen in diesem Kontext etwa Betreiber/-innen von Flüchtlingsunterkünften und deren Mitarbeiter/-innen, Sicherheitsunternehmen, die mit dem Schutz der Geflüchteten betraut sind, Politik und Verwaltung auf Kommunal- und Landesebene, Willkommensinitiativen und antirassistische Netzwerke sowie Träger sozialer Einrichtungen im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften. Alle Beratungsansätze werden auf Basis sozialräumlicher Analysen entwickelt, die die Aktivitäten extrem rechter und rassistischer Akteure in den Blick nehmen. Die Schwerpunkte sind in den Bundesländern unterschiedlich gesetzt. Einige der in den Regionen entwickelten Ansätze werden in dieser Broschüre als Best-Practice-Beispiel vorgestellt:

- Das Kulturbüro Sachsen e.V. bietet Schulungen für Unterstützer/-innen geflüchteter Menschen an. Das Ziel, den Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit Orientierung zu bieten, wird auf drei Ebenen verfolgt: In den Schulungen werden Informationen zum Thema Asyl und zu Fluchtgründen vermittelt. Berater/-innen moderieren Prozesse der Konsensfindung in Gruppen, beraten zu Handlungsansätzen und führen Ressourcenanalysen mit den Engagierten durch. Die Schulung ermöglicht ebenfalls die Kontaktaufnahme und den Austausch mit anderen Engagierten.
- An anderer Stelle setzt ein Beispiel aus Greven im Kreis Steinfurt (NRW) an. Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster hat lokale Akteure beraten, die die ambivalente Stimmung gegenüber Flüchtlingen im Ort aufgreifen und für eine sachliche Diskussion nutzbar machen wollten. Als Einstieg organisierten sie einen Filmabend mit anschließender Diskussion. So gelang es, ein Thema, das durch eine intransparente Politik der Stadtverwaltung mit großen Unsicherheiten behaftet war, inhaltlich zu besetzen und Ressentiments gegenüber Asylsuchenden entgegenzuwirken.
- Neben Schulungen für Willkommensinitiativen bietet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin auch Beratung und Fortbildung für Betreiber/-innen von Flüchtlingsunterkünften und deren Mitarbeiter/-innen. Der thematische Fokus liegt auf dem Umgang mit Rassismus im beruflichen Alltag. Mitarbeiter/-innen sollen nicht nur auf verbale und physische Übergriffe reagieren können, sondern auch für eigene Vorurteile sensibilisiert sein.
- Ein Schwerpunkt in Sachsen-Anhalt ist die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen und Einheimische. Das Regionale Beratungsteam Süd-West hat ein Bündnis zur Einrichtung eines Cafés beraten. Das Café im Herzen der Stadt sollte zum einen Treffpunkt für Geflüchtete und Einheimische werden, zum anderen Anlaufstelle sein für Menschen, die sich für die Belange der Asylsuchenden engagieren wollen.
- Das beratungsNetzwerk hessen hat sich spezialisiert auf die proaktive Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Das Angebot umfasst unter anderem die gemeinsame Planung und Durchführung von Informationsveranstaltungen, die sich an Bürger/-innen richten, in deren Umfeld Unterkünfte für Geflüchtete entstehen sollen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Einbindung der Kommunen in lokale Netzwerke, um zum Beispiel eine reibungslose Kommunikation zwischen Unterkünften, Vereinen, Verwaltung und Lokalpolitik zu ermöglichen.

Kontakt

Bundesverband Mobile Beratung e.V.
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
Tel.: 0351 5005416
E-Mail: kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Im Sprecherkreis sind vier hauptamtliche Mitarbeiter/-innen regional zuständig:

Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland:
Heiko Klare
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
Tel.: 0251 4927109
E-Mail: klare@bundesverband-mobile-beratung.de

Hessen, Sachsen, Brandenburg, Schleswig-Holstein
Grit Hanneforth
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
Tel.: 0351 5005416
E-Mail: hanneforth@bundesverband-mobile-beratung.de

Bayern, Thüringen, Berlin, Hamburg:
Anne Benzing
Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030 24045430
E-Mail: klose@bundesverband-mobile-beratung.de

Sachsen-Anhalt, Bremen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern
Michael Barthel
Platanenstraße 9
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345 5237214
E-Mail: barthel@bundesverband-mobile-beratung.de

ZWEI KOMMUNEN BEWERBEN SICH UM FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG

Land: Brandenburg
Träger: Mobiles Beratungs-
team Brandenburg demos –
Brandenburgisches Institut
für Gemeinwesenberatung
Demokratie und Integration
Brandenburg e. V.
geschaeftsstelle@
BIG-demos.de
www.gemeinwesen
beratung-demos.de
Autor: Dirk Wilking

Ziele

Die Städte sollten sich mit der Flüchtlingsaufnahme noch vor deren Ankunft auseinandersetzen, um zu verhindern, dass „krisenhaft“ wahrgenommene Situationen entstehen, die durch die rechtsextremistische Szene ausgenutzt werden könnten.

Ergebnisse

Obwohl bislang beiden Städten keine Flüchtlinge zugewiesen wurden, zeigen die Kommunen deutlich ihren Wunsch zur Aufnahme von Asylsuchenden. Ein nicht intendiertes Ergebnis der Initiative war, dass sich die zuständigen Behörden unter Druck gesetzt sahen.

Gelingsbedingungen

In beiden Städten konnten bereits funktionierende Netzwerke erweitert werden. Die Kommunen werden seit Jahren vom MBT beraten. Die „Partnerschaft für Demokratie“ ist zentral für die weitere Stabilisierung der Prozesse im Ort. Auch der relative Wohlstand der beiden Städte und der höhere Bildungsgrad der Bevölkerung sind ausschlaggebend. Die jahrelange Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus ist möglicherweise der entscheidende Faktor.

Üblicherweise versuchen Kommunen in Brandenburg mit unterschiedlicher Intensität, die Unterbringung von Flüchtlingen zu vermeiden oder zumindest die Zuweisungszahlen so gering wie möglich zu halten. Es gibt jedoch Ausnahmen. Zwei Städtchen im „Speckgürtel“ von Berlin haben entschieden, sich aktiv um Flüchtlinge zu bewerben. Die Motive unterscheiden sich: Stadt A entschied sich zur Bewerbung, um dem Vorwurf des „Elitenschutzes“ zu begegnen. Häufig verweigern an Berlin angrenzende Kommunen den Zuzug von Flüchtlingen, weil dort Mitarbeiter/-innen aus Landesbehörden sowie Abgeordnete wohnen. In der Stadt B bedurfte es dieses Druckes nicht. Hier war der Auslöser eher die langjährige aktive Arbeit gegen den lokalen Rechtsextremismus. Beide Städte wollen die Aufnahme selbstständig gestalten, um nicht durch Ad-hoc-Beschlüsse des Kreises in hektische Reaktionsmuster zu fallen. Die Ausgangsbedingungen allerdings unterscheiden sich: Stadt A hat deutlich größere Finanzressourcen als Stadt B; in Stadt B wiederum gibt es ein breiteres zivilgesellschaftliches Engagement. Beide Städte führten einen Beschluss der Stadtverordneten herbei. Stadt A bewarb sich zusätzlich um eine „Partnerschaft für Demokratie“, die vor Kurzem die Arbeit aufgenommen hat. Die Problemlagen ähneln sich: Beide Kommunen hatten bisher keine Flüchtlingsunterkunft im Ort und einen sehr geringen Anteil an Migrantinnen und Migranten. Trotz des positiven Votums in den Stadtverordnetenversammlungen gibt es eine Polarisierung zwischen alteingesessenen und neuen Bürgerinnen und Bürgern. Die Aufgabe für die nächsten Jahre besteht in der Moderation dieses Konflikts.

Aus Sicht der Beratung war die Situation in den beiden Städten besonders günstig: Das Thema ist bereits seit Jahren auf der Agenda. Es gab langfristige Kontakte zu zentralen Akteuren im Ort, die auf der Landesebene bestens vernetzt sind und über gute Pressekontakte verfügen. In beiden Fällen ergriffen profilierte Politiker/-innen der Stadt die Initiative. Dank ihrer guten Vernetzung sowohl in den politischen als auch in den zivilgesellschaftlichen Bereichen ließ sich die öffentliche Meinungsbildung stimulieren. Schwierigkeiten gab es mit übergeordneten Behörden, die aus verwaltungsinternen Gründen die Initiative der Städte nicht als hilfreich empfanden. Neben diesen Argumenten lässt sich unschwer erkennen, dass die Eigeninitiative als Hinderungsgrund gesehen wird, ein einheitliches Verfahren zu etablieren.

Lessons learned

Problematisch ist, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung bisher nicht am Prozess teilnehmen. Finanzschwache und/oder bildungsferne Personen sollten auf angemessene Weise eingebunden werden.

RÜCKGEWINNUNG EINES SICHERHEITSGEFÜHLS – ERFAHRUNGEN AUS EINER EINZELBERATUNG

Seit Wochen machen rechtspopulistische Personen in einem ruhigen Bremer Stadtteil mobil gegen eine Unterkunft für auffällig gewordene unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Viele Bürger/-innen schlagen sich auf die Seite der rechtspopulistischen Personen, viele andere sprechen sich dagegen explizit für die Geflüchteten aus. Die Lokalpresse spricht später vom „gespaltenen Stadtteil“.

Unsere Beratungsnehmerin leitet eine Bildungseinrichtung in diesem Stadtteil. Sie bemüht sich um Neutralität, verbietet etwa das Auslegen von Unterschriftenlisten gegen die geplante Unterkunft in ihrer Einrichtung. Als die Flüchtlinge die Unterkunft beziehen, ist die erste Reaktion positiv: Eine Nachbarin schlägt vor, gemeinsam mit den geflüchteten Jugendlichen das Herbstlaub vor der Bildungseinrichtung aufzukehren. Unsere Beratungsnehmerin ist angetan von der Initiative und willigt ein. Etwa eine halbe Stunde dauert die Reinigungsaktion. Als die Beratungsnehmerin in ihr Büro zurückkehrt, erlebt sie eine böse Überraschung: Der Anrufbeantworter ist vollgesprochen mit Hassbotschaften. Ständig klingelt das Telefon; wenn sie den Hörer abnimmt, hört sie nur wilde Beschimpfungen. Draußen vor der Tür formiert sich ein wütender Mob aus Eltern, Anwohnerinnen und Anwohnern. Ein Mann verschafft sich sogar Zutritt zur Einrichtung, notiert sich die Namen der Angestellten und sagt, dass er diese wegen Kindeswohlgefährdung anzeigen werde.

Was war passiert? Die Hetzer/-innen im Stadtteil organisieren sich hauptsächlich über die sozialen Netzwerke. In der Facebook-Gruppe eines späteren rechtspopulistischen Beiratsmitglieds findet eine Art „Live-Berichterstattung“ über die Geflüchteten statt; jede Bewegung eines geflüchteten Jugendlichen wird dokumentiert. Entsprechend wurde auch der Kehreinsatz vor der Bildungseinrichtung beobachtet und ins Netz gestellt. Schnell machte man die Einrichtungsleiterin als „Schuldige“ für den vermeintlichen „Riesenskandal“ aus.

Im Beratungsgespräch mit der Betroffenen wurde aufgrund der Bedrohungslage zunächst ein Sicherheitsgespräch mit der Polizei vermittelt. Die Beratungsnehmerin wurde hinsichtlich der Organisation von Unterstützung aus ihrem beruflichen Kontext und zur Erstellung eines Elternbriefs beraten.

Land: Bremen

Kommune: Bremen

Träger: pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven / Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA) e. V.

fabian.jellonnek@soziales.

bremen.de

www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de

Autor: Fabian Jellonnek

Ziele

Das Bedrohungsgefühl der Betroffenen sollte abgemildert und die Situation rund um die betroffene Einrichtung beruhigt werden.

Ergebnisse

Durch die Intervention beruhigten sich die Proteste. Die Einrichtung konnte zu einem normalen Arbeitsalltag zurückkehren.

Gelingensfaktoren

Zentral ist der Rückhalt der Betroffenen in ihrem beruflichen Netzwerk (Arbeitgeber, Kooperationspartner/-innen). Insbesondere beim Formulieren, beispielsweise des Elternbriefs, ist Fingerspitzengefühl gefordert. Die Wut der Eltern muss genommen werden, ohne dass ihre Haltung gegenüber Geflüchteten bestätigt wird.

Lessons learned

Der Ansatz entfaltet kaum Außenwirkung. Vorbehalte im Umfeld der Einrichtung konnten nicht abgebaut werden. Bestenfalls würde man dafür Folgeprojekte mit mehreren Partnerinnen und Partnern organisieren. Die Beratungsnehmerin hat in ihrer Funktion weiterhin mit denjenigen zu tun, die sie attackiert haben. Deshalb wäre eine konfrontative Strategie eventuell nachteilig gewesen.

DEMOKRATISCHE ORGANISATIONSENTWICKLUNG UND ANTIRASSISTISCHE BILDUNGSARBEIT

Land: Hamburg
Kommune: Hamburg
**Träger: Arbeit und Leben
Hamburg / DGB Jugend
Nord – Mobiles Beratungs-
team gegen Rechtsextremis-
mus Hamburg**
**mbt@hamburg.
arbeitundleben.de
www.hamburg.
arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-
rechts-hamburg.de**
**Autor/-in: Katharina Höfel,
Jens Schmidt**

Ziele

Mit der Kombination aus klassischer
Beratung und Elementen der politischen
Bildungsarbeit wollen wir Folgendes
erreichen:

- Präventiv tätig werden, bevor ein akuter Konflikt vorliegt
- Selbstreflexionsprozesse zum Thema Abwertung von Flüchtlingen anstoßen
- Die gesamtgesellschaftlichen Dimensionen des Themas beleuchten und politische Positionierungen gegen Rassismus und für Asyl- und Menschenrechte unterstützen
- Alle Mitglieder und (Hierarchie-)Ebenen der relevanten Akteure erreichen
- Erkenntnisse aus Seminaren in die Beratungsarbeit einbeziehen

Ergebnisse

Den unterschiedlichen Akteuren eine Stimme zu geben und sie anzuregen, sich über ihre Perspektiven auszutauschen, ist die Chance dieses rassistismuskritischen Ansatzes.

Hunderte Helfer/-innen unterstützen seit Wochen die Geflüchteten, die auf dem Gelände der Hamburger Messe eintreffen. Andere Initiativen organisieren Feste, Elterncafés, Sprachunterricht oder Patenschaften, Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe, Spiel-, Sport- und Kreativangebote, Theater- und Musikprojekte, Stadtteilsparziergänge und Ausflüge, Begleitung zu Ämtern, Kleiderkammern, Verpflegungsangebote und Verteilung von Lebensmittelspenden – teilweise schon seit Jahren.

Bei aller Freude über das große soziale Engagement bleibt jedoch häufig unberücksichtigt,

- dass Hilfe erst aufgrund eines elementaren Mangels notwendig wird;
- dass gut gemeint nicht immer gut gemacht bedeutet;
- dass auch humanitäre Hilfe nicht immer frei von Rassismus sein muss;
- dass von einer Willkommenskultur erst gesprochen werden kann, wenn alle – auch die institutionellen Akteure – einen Beitrag leisten.

Gleichzeitig kommt es auch in Hamburg immer wieder zu rassistischen Kundgebungen, Übergriffen und Gewalttaten. Betroffen von der eskalierenden Gewalt sind vor allem Geflüchtete und deren Unterkünfte, aber auch die Unterstützer/-innen. Die lokale rechte Szene macht gemeinsam mit rassistisch motivierten Bürgerinnen und Bürgern vor allem gegen die in Planung befindlichen Unterkünfte mobil. Nicht immer treten diese Personen als Mitglieder der NPD oder der Freien Kameradschaften auf, sie tarnen sich zuweilen auch als Bürgerinitiative oder Verein.

Wenig überraschend sind auch die Beratungsanfragen an das MBT Hamburg aus dem Bereich „Unterbringung von Geflüchteten“ stark gestiegen: Anwohner/-innen von geplanten Unterkünften berichten von Flyern, die die extreme Rechte flächendeckend im Stadtteil verteilt. Mitarbeiter/-innen aus den Unterkünften sehen sich mit rassistischen Bürgerinitiativen konfrontiert und fühlen sich teils auch bedroht. Sie suchen nach einer Antwort auf die Anfeindungen und sorgen sich sowohl um die eigene Sicherheit als auch um die der Bewohner/-innen. In Unterkünften tätige Sicherheitsunternehmen entdecken unter ihren Angestellten rassistische Personen und Neonazis. Sie müssen nun prüfen, welche arbeitsrechtlichen Schritte möglich sind, und suchen gleichzeitig nach Möglichkeiten, ihre Einstellungsverfahren entsprechend

anzupassen. Mitarbeiter/-innen aus Politik und Verwaltung sind bei Informationsveranstaltungen den bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichenden Ressentiments gegenüber Geflüchteten ausgesetzt und fühlen sich hilflos oder nicht zuständig. Anwohner/-innen stoßen auf Facebook-Gruppen, in denen vermeintlich „besorgte Bürger/-innen“ gegen Flüchtlingsunterkünfte mobilisieren. Ehrenamtlichen Initiativen brechen die Helfer/-innen weg, weil Anfeindungen sie zu sehr belasten oder weil die Geflüchteten ihr Angebot nicht ihren Vorstellungen gemäß annehmen.

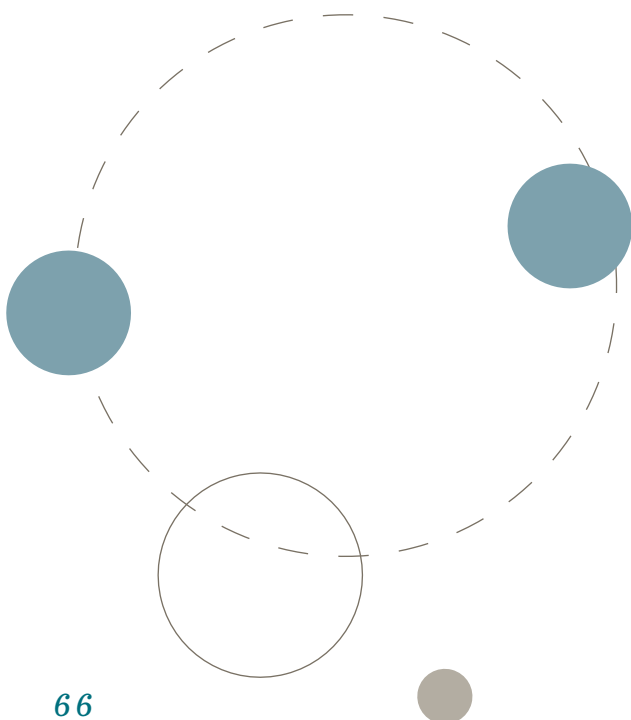
Das MBT Hamburg berät diese verschiedenen Akteure – Träger von Unterkünften für Geflüchtete sowie Sicherheitsunternehmen im Sinne einer antirassistischen Organisationsberatung, Politik/Verwaltung und Ehrenamtsinitiativen im Sinne der Gemeinwesenberatung. Ergänzt werden die Beratungen um verschiedene Seminare und Fortbildungen. Die Seminare sind teilnehmerorientiert ausgerichtet: Die Sichtweisen und Bedürfnisse der Teilnehmenden, ihre spezifischen Artikulationsformen sowie ihre Zugänge zum Thema werden anerkannt und einbezogen. Die Seminarkonzepte sind offen – Methoden der Bildungsarbeit setzen jedoch Impulse, um über die Herausforderungen ins Gespräch zu kommen. Zentral ist es dabei, das Thema Rassismus und die Situation von Flüchtlingen zu thematisieren, über die eigene Rolle zu reflektieren und sich über die Bedeutung rassismuskritischen Handelns zu verständigen.

Gelingensbedingungen

Beratungskompetenz, Erfahrung in der politischen Bildungsarbeit und in der (Konflikt-)Moderation von Gruppen sind wichtige Gelingensfaktoren. Regelmäßige Auswertungs- und Transfergespräche zu den Seminaren mit den Leitungsebenen der Organisationen müssen verbindlich und als Bestandteil des Gesamtkonzepts von allen Beteiligten ernst genommen werden. Als zentral erwiesen sich die vorangegangenen Einzelfallberatungen, durch die bei den Organisationen eine große Kooperationsbereitschaft entstanden war, und die Fürsprache der Führungsebenen für das Projekt. Für die Nachhaltigkeit der Arbeit ist der Einbezug antirassistischer Perspektiven in gesamtgesellschaftliche und politische Entwicklungen unverzichtbar, da ansonsten jedes Engagement droht, Flickwerk zu bleiben oder funktionalisiert zu werden.

Lessons learned

Die Dynamiken der aktuellen gesellschaftlichen Prozesse sowie die Komplexität der Akteursgruppen, beteiligten Institutionen und deren Perspektiven erfordern ein ressourcenreiches und flexibles, selbstreflexives und durchdachtes, politisches und parteiliches Handeln in der Bildungs- und Beratungsarbeit – einerseits durchaus eine Stärke in der Mobilen Beratungsarbeit, andererseits eine zusätzliche Herausforderung.



KEIN NEIN ZUM HEIM – INFORMATIONSVORANSTALTUNGEN VORBEREITEN UND ERFOLGREICH DURCHFÜHREN

Land: Hessen

Kommune: Gilserberg

Träger: beratungsNetzwerk hessen, Demokratiezentrum tina.duerr@uni-marburg.de www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Autorinnen: Tina Dürr, Anne Wilmers, Kirsten Neumann

Ziele

Im Sinne einer sozialraumbezogenen Intervention sollte die Kommune für eine Willkommenskultur gewonnen werden. Wortergreifungsstrategien und Einschüchterungsversuche von Rechtsextremen galt es zu verhindern, Betroffene und bedrohte Bürger/-innen zu unterstützen.

Ergebnisse

Es wurde ein Zeichen gesetzt, dass Flüchtlinge willkommen sind und Einschüchterungsversuche nicht greifen. Initiiert wurde ein Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern für die Flüchtlinge.

Ein Hotelier aus einer hessischen Kommune hat sein Hotel als Unterkunft für 90 Flüchtlinge angeboten. Seitdem erhält er anonyme Drohungen. Er geht damit an die Öffentlichkeit. Drei Tage vor der ersten öffentlichen Informationsveranstaltung berichtet die Süddeutsche Zeitung sehr prominent von der Bedrohung. Da sich nun das bundesweite mediale Interesse auf die kleine Kommune richtet und sowohl Funk und Fernsehen als auch die lokalen NPD-Mitglieder zu der Veranstaltung erwartet werden, wendet sich der Bürgermeister an das beratungsNetzwerk hessen und bittet um Unterstützung im Rahmen unseres Angebots der „Pro aktiven Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen“.

Die Beratung konzentriert sich auf die Vorbereitung der Veranstaltung. Mit den Beraterinnen wird eine Einschätzung der Situation erarbeitet, Szenarien für den Abend werden entwickelt. Mit Blick auf den Umgang mit Rechtsextremen, der Presse und besorgten Bürgerinnen und Bürgern werden folgende Schritte vereinbart und umgesetzt:

- Der Bürgermeister bereitet seine Eingangsrede sehr sorgfältig vor. Seine eigene persönliche Haltung soll klar geschildert werden. Der Bürgermeister stellt die Regeln für den Abend auf (respektvoller Ton, keine Diskriminierungen).
- Der Bürgermeister bittet im Vorfeld Unterstützer/-innen, darunter auch Schlüsselpersonen aus Kirche oder Vereinen, um deren Anwesenheit und um Wortmeldungen. Wenn Gegner der Unterkunft negative Stimmung machen, muss damit gerechnet werden, dass besorgte Bürger/-innen sich den lauten, aggressiven Stimmen anschließen. Die Befürworter/-innen der Unterkunft sollten darauf vorbereitet sein.
- Die Polizei ist informiert und wird am Abend der Veranstaltung anwesend sein.
- Auf die Einhaltung des Hausrechts wird hingewiesen. Der Bürgermeister hat Mitarbeiter/-innen abgestellt, die das Hausrecht durchsetzen, falls dies notwendig wird.
- Die Presse kann die Rede des Bürgermeisters filmen; weitere Film- oder Fotoaufnahmen sowie Mitschnitte während der Diskussion sind untersagt.

Bei der Bürgerversammlung sind etwa 300 Personen anwesend, darunter die Presse und einige Teilnehmer/-innen, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Rückblickend schildern Teilnehmer/-innen, dass für den Erfolg des Abends die ersten Sätze des Bürgermeisters ausschlaggebend gewesen seien, nämlich das Statement „Wir sind heute Abend hier, weil wir bei uns Flüchtlinge aufnehmen.“ Es ist nicht die Rede davon, dass Flüchtlinge aufgenommen werden müssen. Es sind manchmal Feinheiten, die den Unterschied machen, denn sie werden gehört und wahrgenommen.

- Worum es geht: Nicht das Recht auf Asyl steht zur Debatte, sondern wie man die Aufnahme und Integration gestalten will. Nicht das Ob, sondern das Wie wird verhandelt.
- Identifikation anbieten: Der Bürgermeister appelliert an das Selbstverständnis der Kommune und erinnert daran, dass im Ort sowohl nach dem Zweiten Weltkrieg als auch nach dem Mauerfall Menschen ein neues Zuhause gefunden haben. Er spricht die Kontinuität von Aufnahme und Integration an.

Die Bühne des Abends wird vollständig den lokalen Akteuren überlassen. Die Moderatorin, eine Mitarbeiterin des Bürgermeisters, lässt gezielt zuerst die Bedenken-träger/-innen und erst an zweiter Stelle die Unterstützer/-innen zu Wort kommen. So können Erstere „Dampf ablassen“ und die Wortmeldungen der Letztgenannten bleiben besser in Erinnerung – eine Strategie, die eine externe Gesprächsleitung nicht leisten könnte. Anders als erwartet schweigt die NPD an diesem Abend, was viele Teilnehmer/-innen auf das entschiedene Auftreten des Bürgermeisters und seine klare Positionierung zu Beginn zurückführen. Einziges Manko: Der Bürgermeister muss teilweise während der Veranstaltung Interviews führen. Es hätte sich eine Pressekonferenz im Vorfeld empfohlen, um die Konzentration nicht von der laufenden Veranstaltung und den Teilnehmenden abzuziehen.

Gelingensbedingungen

Die Informationsveranstaltung muss organisatorisch (von ausreichender Bestuhlung bis zu Moderationstechniken) und inhaltlich im Detail geplant werden. Entscheidend sind die klare Positionierung und authentische Worte der Veranstalter. Im Vorfeld sollten lokale Schlüsselpersonen und potenzielle Unterstützer/-innen angesprochen und zu Statements ermutigt werden.

Lessons learned

Die Bühne sollte den lokalen Akteuren überlassen werden. Die Gesprächsführung sollte auch unter strategischen Gesichtspunkten sorgfältig vorbereitet sein. Bei großem medialem Interesse kann eine Pressekonferenz im Vorfeld sinnvoll sein, um die Veranstaltung nicht zu stören.

BEGEGNUNGSRAUM SPORTVEREIN

Land: Hessen

Träger: beratungsNetzwerk hessen

tina.duerr@uni-marburg.de

www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Autorin: Tina Dürr

Ziele

- Die Kommune motivieren, sich schützend und unterstützend hinter das Vorhaben der Vereine zu stellen
- Integrationsangebote schaffen
- Netzwerke von Unterstützerinnen und Unterstützern aufbauen

Ergebnisse

Die Kommune und der Bürgermeister befürworteten öffentlich das Bauvorhaben, dadurch wurden die Unterstützer/-innen und die Verantwortlichen in ihrem Vorhaben gestärkt und entlastet. Ein Netzwerk wurde aufgebaut. Die Sportangebote erwiesen sich als Orte der Begegnung zwischen Einheimischen und Geflüchteten.

Gelingensfaktoren

Durch die Teilnahme am Projekt „Sport und Flüchtlinge“ der Sportjugend Hessen standen personelle Ressourcen bereit. Professionelle Unterstützer/-innen vermittelten zwischen Flüchtlingen, Ehrenamtlichen, Sportvereinen und Kommunen.

Lessons learned

Viele Flüchtlinge, speziell junge Männer, begeistern sich für Fußball. Für Frauen müssen andere Angebote geschaffen und Hemmnisse abgebaut werden, etwa durch eine parallele Kinderbetreuung oder Eltern-Kind-Kurse. Ferner kann Sport nur ein Integrationsbaustein neben anderen sein.

In einer Kleinstadt plant ein Sportverein, auf einem gepachteten städtischen Grundstück eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge zu bauen. Als das Vorhaben auf einer Bürgerversammlung öffentlich präsentiert wird, werden die Verantwortlichen verbal heftig und aggressiv angefeindet. Die geäußerten Ressentiments setzen sich in den Leserbriefen der lokalen Presse als rassistische Verunglimpfungen fort. Anwaltskanzleien werden mandatiert, um die Erteilung der Baugenehmigung zu verhindern. Schließlich folgen Offensiven gegen die Verantwortlichen auf der persönlichen Ebene. Der Sportverein bittet das beratungsNetzwerk hessen im Rahmen des Angebots der „Proaktiven Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen“ um Unterstützung.

Im Gespräch wird deutlich, wie vielfältig zwar die Widerstände gegen das Projekt sind, aber dass sie nur von wenigen und dafür lautstark geäußert werden. Viele verhalten sich neutral und einige scheinen als Befürworter/-innen gewonnen werden zu können. Ziel der Beratung ist es daher, mit diesen potenziellen Unterstützerinnen und Unterstützern ein Bündnis für eine Willkommenskultur zu gründen.

Folgende Ziele werden mit den Beratungsnehmern herausgearbeitet:

- Wir lassen uns nicht provozieren.
- Der Baufortschritt wird nicht durch Vandalismus oder Klagen gestört.
- Die Asylsuchenden werden in das kommunale Leben integriert.

Ausschlaggebend für das Erreichen dieser Ziele ist, dass sich der Bürgermeister öffentlich und eindeutig zu dem Vorhaben bekennt. Es etabliert sich ein Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern, das frühzeitig Integrationsmaßnahmen umsetzen will. Zu diesem Zweck nimmt die Kommune zusammen mit dem Sportverein an dem Projekt „Sport und Flüchtlinge“ teil, das die Sportjugend Hessen zu diesem Zeitpunkt als Modellvorhaben durchführt. „Sport-Coaches“ ermitteln mit Geflüchteten und lokalen Partnern Interessen und Möglichkeiten an interessanten Sportangeboten für Flüchtlinge. Durch das Sportprojekt wurden Geflüchtete und Einwohner/-innen miteinander in Kontakt gebracht. Die Beratung und das Sportprojekt konnten so einen Beitrag leisten, den Ressentiments eine gelingende Willkommenskultur entgegenzusetzen.

AUFGREIFEN AMBIVALENTER STIMMUNGEN IM SOZIALRAUM UND SCHAFFEN VON DISKUSSIONSRÄUMEN

„Türen zu und Feuer legen.“ Solche Äußerungen einer lokalen Facebook-Gruppe waren negativer Höhepunkt einer Debatte im Zuge der Unterbringung von Geflüchteten im November 2014 im Ortsteil Reckenfeld im Münsterland. NPD-Kader aus der Region beteiligten sich an der Hetze im sozialen Netzwerk, im „echten Leben“ wurden Flugblätter verteilt. Eine eigens gegründete Gruppe „Reckenfeld gegen das Flüchtlingsheim“ versuchte, sich im Namen der Bürger/-innen zu positionieren, und rief zu einer Demonstration auf. Über die eigenen Zusammenhänge hinaus entfaltete diese Agitation allerdings keine Wirkung – lediglich 20 einschlägig bekannte Personen wurden als Mitglieder geführt.

Viele der knapp über 8 000 Einwohner/-innen wollten im Nachgang die in der Region medial nahegelegte Sicht auf ihren Ort so nicht stehen lassen. Am Tag der durch Neonazis geplanten Demonstration trafen sich viele Bürger/-innen mit ihren Kindern vor der geplanten Unterkunft, um zu zeigen, dass Reckenfeld aus ihrer Sicht nicht für Ausgrenzung und Rassismus steht.

Die Diskussion um die Unterbringung der ankommenden Menschen in einer ehemaligen Hauptschule ging allerdings weiter. Viele Vereine nutzen den Ort für Treffen und Angebote, da andere Räumlichkeiten fehlen. Es kam zu Sachbeschädigungen an der ehemaligen Schule. Als drei Menschen übergangsweise in die Unterkunft eingezogen waren, wurde ein Fenster durch einen Flaschenwurf beschädigt, die Geflüchteten wurden anderweitig sicher untergebracht.

Einige lokale Gruppen kümmern sich jedoch um Unterstützung der Geflüchteten. Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster berät Engagierte. In einem ersten Schritt wurde im September 2015 zu einer Film- und Diskussionsveranstaltung eingeladen, zu der sehr viele interessierte Bürger/-innen kamen.

Lessons learned

Die Veranstaltungen sollten von einer geübten Person moderiert werden. Es werden zwingend Unzufriedenheiten produziert, da (Hinter-)Gründe von Flucht und Asyl in diesem Format nur angesprochen, aber nicht aufgearbeitet werden können. Es müssen sich deshalb weitere Formate anschließen, um eine nachhaltig positive Wirkung im Ort zu erreichen. Der Vorwurf, es gäbe „Tabus“, über die nicht geredet werden dürfte, ist beständig zu entkräften.

Land: Nordrhein-Westfalen
Kommune: Greven, Ortsteil Reckenfeld

Träger: Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster (mobim)

kontakt@mobim.info

www.mobim.info

Autor: Heiko Klare

Ziele

Angeht die ambivalente Stimmung im Ort sollen die Diskussionen der Bürger/-innen auf eine sachliche Ebene gebracht werden. Ziel ist es, aktive Einzelpersonen und bestehende Gruppen zusammenzuführen und sie bei der Zielfindung zu unterstützen. Auf diesem Weg wollen wir nachhaltiges Engagement fördern.

Ergebnisse

Eröffnet wurde ein Diskussionsraum, in dem die aktuellen Herausforderungen miteinander besprochen werden konnten. Die Stadt Greven hat im Nachgang eine eigene Informationsveranstaltung angekündigt und offenbar den Bedarf erkannt, mit der einheimischen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen.

Gelingensfaktoren

Notwendig sind der Kontakt mit den unterschiedlichen Gruppen des Sozialraums (einschließlich der städtischen Verwaltung), geeignete Räume für Zusammenkünfte (in Reckenfeld wurde der Saal eines örtlichen Gasthofs genutzt) und vor allem soziale Kompetenz und Empathie.

WISSEN, ORIENTIERUNG, KONTAKT: DAS MODELL DER UNTERSTÜTZERSCHULUNGEN

Land: Sachsen

Kommune: Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

**Träger: Kulturbüro Sachsen e.V.
mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de**

www.kulturbuero-sachsen.de

**Autorinnen: Petra Schickert,
Grit Hanneforth**

Ziele

Das Modell soll die Menschen gegenüber Flucht und Asyl sensibilisieren und dazu beitragen, Vorurteile gegenüber geflüchteten Menschen abzubauen. Die Kommunen sollen an der Umsetzung des Konzepts mitwirken, damit der Begriff Willkommenskultur in den Städten und Gemeinden mit Leben gefüllt werden kann.

Ergebnisse

Seit Beginn des Jahres 2015 fanden sechs Schulungen statt. Insgesamt 130 Unterstützer/-innen haben daran teilgenommen. Daraufhin sind zehn neue Willkommensbündnisse und -initiativen im Landkreis entstanden. Sie kooperieren eng mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die sich hauptamtlich um die Geflüchteten kümmern. Da die Nachfrage groß war, wurden zusätzliche Abendveranstaltungen angeboten. Das Modell soll auf andere Landkreise in Sachsen übertragen werden.

Gelingensfaktoren

Zentral sind das Einbeziehen lokaler Kooperationspartner/-innen, die Akzeptanz in der Landkreisverwaltung und in den Kommunen sowie die Evaluation und permanente Anpassung der Schulungen. Zudem ist die Begleitung der neu entstandenen Willkommensbündnisse in der Anfangsphase sehr wichtig.

Für circa 950 Geflüchtete wurde der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Jahr 2014 zum neuen Lebensmittelpunkt. Viele engagierte Einzelpersonen, Initiativen und Bündnisse wandten sich daher an das Kulturbüro Sachsen e.V. und baten um Unterstützung und Begleitung. Das Mobile Beratungsteam Mitte-Ost des Kulturbüros Sachsen e.V. entwickelte gemeinsam mit dem Sächsischen Flüchtlingsrat e.V., der Caritas sowie mit ehrenamtlich Engagierten der Arbeitsgruppe Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und aktiven Patinnen und Paten ein Modell zur Schulung von Personen, die geflüchtete Menschen unterstützen möchten. In diesen Schulungen geht es um Wissen, Orientierung und Kontakt: Die Teilnehmenden bekommen Informationen zu den Themen Flucht und Asyl, können sich über Möglichkeiten und Grenzen des ehrenamtlichen Engagements austauschen, Gleichgesinnte kennenlernen und Absprachen zum konkreten Handeln treffen. Konzeptionelle Grundlage für das Modell waren die Erfahrungen aus Schulungen von Patinnen und Paten im Landkreis Nordsachsen, die das Kulturbüro Sachsen e.V. kurz zuvor gesammelt und ausgewertet hatte.

Die erste Schulung fand in Freital statt. Die Veranstaltung wurde in einigen Amtsblättern, mit Flyern, im Internet und in den Lokalzeitungen publik gemacht. 25 Interessierte nahmen an der Schulung teil und beschlossen am Ende, ein Willkommensbündnis in der Stadt Freital auf den Weg zu bringen. Das Kulturbüro Sachsen e.V. übernahm in der Anfangszeit die Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses, weil die Bündnismitglieder sich dies angesichts der Stimmung in der Stadt noch nicht zutrauten. Darüber hinaus moderierte das Mobile Beratungsteam Mitte-Ost die Erarbeitung eines Selbstverständnisses, vermittelte Kontakte und unterstützte das Bündnis mit vielen praktischen Hinweisen.

Lessons learned

Geeignete Methoden und Austauschformate wurden erprobt, um den Ehrenamtlichen Informationen, Orientierung und ein Forum zum Austausch zu bieten. Der Ansatz verbindet bestehende Strukturen und Netzwerke mit neuen Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten und trägt zum Entstehen funktionierender und erfolgreicher Hilfsangebote bei.

IM HERZEN DER STADT – EIN ORT DER BEGEGNUNG

In dieser Stadt hat eine kleine Gruppe engagierter Bürger/-innen ein kleines Café als Ort der Begegnung für Einheimische und Zugewanderte eröffnet. Mit der Etablierung der Begegnungsstätte wird ein sichtbares Signal im Herzen der Stadt gesetzt, das für Hilfe, Begegnung und Offenheit gegenüber fremden Menschen steht. Anfangs zweimal, mittlerweile dreimal pro Woche öffnet die Begegnungsstätte ihre Türen. Die Begegnungsstätte wird ehrenamtlich von Mitgliedern des lokalen „Bündnisses gegen Rechts“ geleitet. Vor allem geflüchtete Menschen nehmen den Ort als willkommene Gelegenheit wahr, sich zu treffen, gemeinsame Zeit zu verbringen und mit der lokalen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Der Ort bietet auch Raum, über die eigene Flucht und ihre Heimat zu sprechen, sich in der neuen Stadt zu orientieren, aber auch um hilfreiche Informationen über Behörden zu erhalten und Tipps für den schwierigen neuen Alltag zu bekommen. Auch Begegnungen von Schülerinnen und Schülern mit geflüchteten Menschen finden hier statt.

Die Idee zur Weiterentwicklung des Cafés zu einem Ort der Begegnung entstand im Rahmen einer Ideenwerkstatt. 2014 wurde das Projekt in die Tat umgesetzt und Kontakte zu Flüchtlingsunterkünften und dort angeschlossenen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aufgebaut. Mit Unterstützung der Integrationskordinatorin fanden zweimal pro Woche niedrigschwellige Begegnungen bei Kaffee, Tee und Kuchen statt. Parallel dazu war das lokale „Bündnis gegen Rechts“ aktiv in die Vorbereitung von Informationsveranstaltungen zu den Themen Flucht und Asyl involviert. Diese Veranstaltungen richteten sich an die Bürger/-innen der Stadt und sollten dazu einladen, sich zu informieren und Fragen zu stellen; dabei wurde für den tatkräftigen Aufbau einer breiten Willkommenskultur in der Kommune geworben. Die Kommune wird bei der Vorbereitung und Durchführung von Informationsveranstaltungen zum Thema Asyl und Flucht beraten.

Gelingensfaktoren

Zu den personellen Voraussetzungen gehören zunächst engagierte und mutige Menschen mit einer Vision ihrer Stadt als Ort der Weltoffenheit. In der Aufbau-phase bedarf es konzeptioneller Fähigkeiten, später kommt es auf eine gute Koordination der Angebote an. Die Miete und Nebenkosten können beispielsweise durch den Lokalen Aktionsplan oder vom Landkreis finanziert werden.

Land: Sachsen-Anhalt

Träger: Freiwilligen-Agentur

Halle-Saalkreis e. V.

rbt.sw@freiwilligen-agentur.de

**Autor/-in: Nicole Marcus,
Christian Lehmann**

Ziele

Niedrigschwellige Angebote erleichtern den Kontakt der Bürger/-innen mit geflüchteten Menschen. Durch Begegnung werden Ressentiments abgebaut. Die Begegnungsstätte dient als Anlaufpunkt für Personen, die sich im Sinne einer Willkommenskultur für geflüchtete Menschen engagieren möchten.

Ergebnisse

Das „Bündnis gegen Rechts“ konnte die eigene Professionalität und die Zusammenarbeit unter den Mitgliedern verbessern. Die Stadt stellte Räume für Begegnungen bereit. Bei der Vorbereitung von Informationsveranstaltungen arbeiteten Bündnis und Kommune zusammen. Für das Bündnis hatte die Eröffnung der Begegnungsstätte einen Leuchtturmcharakter. Es wurde die Motivation aller Mitglieder gefördert sowie gleichzeitig ein sichtbares Zeichen für Offenheit, gegen Fremdenfeindlichkeit und für einen verständnisvolleren Umgang in Bezug auf die Unterbringung geflüchteter Menschen gesetzt.

WILLKOMMEN – UND WIE WEITER? FORTBILDUNGEN FÜR EHRENTLICHE

Land: Schleswig-Holstein
Träger: AWO Landesverband Schleswig-Holstein e. V.
Regionales Beratungsteam Schleswig-Holstein
info@beranet-sh.de
www.beranet-sh.de
Autor: Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus

Ziele

Ehrenamtliche sollen in ihrem Engagement gestärkt werden. Die Fortbildungen sollen relevante fachliche und methodische Kompetenzen vermitteln und die Ehrenamtlichen zu einem Umgang mit Geflüchteten auf Augenhöhe ermutigen.

Ergebnisse

Aus den Rückmeldungen zu den Fortbildungen konnten wir schließen, dass die allermeisten Teilnehmenden die Fortbildungen als hilfreich wahrgenommen haben. Gerade weil die meisten Fortbildungen bei Willkommensinitiativen, die sich vielfach noch in der Gründungs-/Findungsphase befanden, stattfanden, konnten wichtige Hinweise zu asylbezogenem Grundlagenwissen vermittelt werden. Außerdem konnten durch Diskussionen konkreter praktischer Handlungsmöglichkeiten Strukturen von Willkommensinitiativen gefestigt werden.

Gelingensfaktoren

Zum Gelingen der Fortbildungen hat ganz konkret beigetragen, dass sie dem Bedarf von Ehrenamtlichen entsprechend an Abenden und Wochenenden angeboten wurden. Um zu gewährleisten, dass flexibel auf Bedürfnisse der Teilnehmenden reagiert werden kann und die Fortbildung durch verschiedene Vortragsstile interessant gestaltet wird, wurden die Fortbildungen immer von zwei Referierenden gestaltet, jeweils einem Mann und einer Frau.

Auch in Schleswig-Holstein gründen sich derzeit viele Willkommensinitiativen, die sich für Geflüchtete einsetzen. Um die Ehrenamtlichen in ihrem Engagement zu stärken, bieten die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein Fortbildungen zum Thema „Willkommenskultur für Geflüchtete“ an. In diesen Fortbildungen wird zum einen ein Grundlagenwissen zum Thema Flucht und Asyl vermittelt, das Orientierung geben und Vorurteilen entgegenwirken soll. Die Teilnehmenden erhalten einen Überblick über die jeweiligen Fluchtgründe der Menschen aus den Hauptherkunftsländern, die Asylgesetzgebung und die Abläufe eines idealtypischen Asylverfahrens sowie über das Leben Asylsuchender in Deutschland beziehungsweise in Schleswig-Holstein. Wichtig ist uns hier die Vermittlung eines bedarfsorientierten Ansatzes, der die individuelle Situation des geflüchteten Menschen berücksichtigt und Geflüchtete nicht bevormundet. Ehrenamt muss auf Augenhöhe durchgeführt werden und darf Geflüchtete nicht ausschließlich als Opfer wahrnehmen.

Um Ehrenamtliche in ihrem Engagement gegen Rassismus zu stärken, informieren die Regionalen Beratungsteams auch über die Strategien der Hetze gegen Geflüchtete durch die extreme Rechte, über das rassistische Potenzial in der Mitte der Gesellschaft und über Möglichkeiten des dagegengerichteten Engagements. In Schleswig-Holstein sind rassistische Aufmärsche bislang ausgeblieben, allerdings hat es bereits mehrere Brandanschläge auf zu beziehende Unterkünfte gegeben. Auseinandersetzungen bei Informations- und Anwohnerversammlungen werden zunehmend emotional geführt und können als Anzeichen für ein Kippen der allgemeinen Stimmung gedeutet werden.

Die angebotenen Fortbildungen bieten den Ehrenamtlichen zusätzlich zu der Vermittlung von Inhalten einen Raum, um sich zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Die Regionalen Beratungsteams unterstützen diesen Prozess durch Moderation und Kontaktvermittlung zu relevanten Ansprechpersonen im jeweiligen Sozialraum.

Lessons learned

Das Thema Rassismus gegen Geflüchtete und eine antirassistische Positionierung waren nicht das Hauptinteresse der Teilnehmenden, da die meisten mit der praktischen Unterstützung der Geflüchteten zu tun hatten. Dennoch ist es wichtig, dies bei jedem Workshop zu thematisieren, weil es als inhärenter Teil von Willkommenskultur verstanden wird. Es wird angenommen, dass es auch für Willkommensinitiativen insbesondere aufgrund der zunehmenden Gewalt gegen Geflüchtete verstärkt ein Thema wird.



SERVICE

SERVICE

Informations- und Beratungsangebote sowie Hilfe- und Unterstützungsleistungen für die Arbeit mit geflüchteten Menschen (Auswahl)

Bundesweit tätige Akteure

Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektförderung und Akteursplattform im Themenfeld Demokratieförderung und Extremismusprävention
www.demokratie-leben.de

Programmbereich Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
Die Landes-Demokratiezentren koordinieren die Arbeit der Beratungs- und Präventionsangebote und fungieren als Ansprechpartner für Beratungsleistungen zur Arbeit gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.
www.demokratie-leben.de/programmpartner/demokratiezentren.html

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Unter anderem zuständig für Asyl und Flüchtlingsschutz
www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/asylfluechtlinge-node.html

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Unterstützt die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik und der Förderung des Zusammenlebens von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Deutschen
www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragteFuerIntegration/beauftragte-fuer-integration.html

Jugendmigrationsdienste
Beratung für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu Schule, Ausbildung und Beruf
www.jmd-portal.de/_template.php?1=1

Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden“
Beratung von Kommunen zur Integration junger Flüchtlinge in Kita und Schule und beim Übergang ins Berufsleben
www.willkommen-bei-freunden.de

Pro Asyl

Unabhängige Menschenrechtsorganisation, die sich für die Rechte verfolgter Menschen in Deutschland und Europa einsetzt; bietet unter anderem Informationen zu Rechtsfragen, aktuelle Zahlen und Fakten, Unterstützung von Initiativgruppen, Einzelfallhilfe und eine Hotline
www.proasyl.de/de/service/beratung

Amadeu Antonio Stiftung

Stiftung zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft durch Aufklärung, Sensibilisierung sowie Beratung und Förderung von lokalen Initiativen
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Bundesverband Mobile Beratung e. V.

Dachverband für die Angebote Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in den einzelnen Bundesländern
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Informationsverbund Asyl und Migration

Zusammenschluss von in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit aktiven Organisationen
www.asyl.net

Rechtsberaterkonferenz (RBK)

Zusammenschluss von Rechtsberaterinnen und -beratern, die im Rahmen von Beratungsverträgen mit den Wohlfahrtsverbänden und dem UNHCR zusammenarbeiten
www.asyl.net/index.php?id=349

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF)

Dachverband der Behandlungszentren für Opfer von Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung
www.baff-zentren.org

Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e. V. (BDÜ)

Interessenvertretung der Dolmetscher und Übersetzer; Datenbank zur Dolmetschersuche
www.bdue.de

Apps für Flüchtlinge

Refugermany

Dynamisches Handbuch für Flüchtlinge unter anderem zu Asylverfahren, Unterbringung, Gesundheitswesen, Bildung und Arbeitswelt
<https://play.google.com/store/apps/details?id=com.memorado.welcomeGuide&hl=de>

icoon

Bildwörterbuch als erste Kommunikationshilfe – eine Auswahl der 1 000 wichtigsten Symbole und Fotos
<https://itunes.apple.com/de/app/icoon-globales-bildworterbuch/id294236771?mt=8>

busuu

Sprachlern-App Deutsch, kostenfrei für arabische Nutzer/-innen
<https://play.google.com/store/apps/details?id=com.busuu.android.enc>

Refoodgee

Vermittelt persönliche Kontakte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen zum gemeinsamen Kochen und Essen
<https://play.google.com/store/apps/details?id=com.memorado.refoodgee>

Go Give

Koordiniert das Angebot und die Nachfrage von Sachspenden für Flüchtlingsunterkünfte
<https://itunes.apple.com/us/app/gogive/id1045124494?ls=1&mt=8>

phase6 hallo-App für Kinder

Die Vokabel-App für Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse
www.phase-6.de/hallo/kinder

DEG – where2 – Die WebApp (Bayern)

Digitaler Wegweiser in 16 Sprachen für Neulinge in Deggendorf und Umgebung
www.deg-where2.de

We – one World (Nordrhein-Westfalen)

Digitales Hilfsnetzwerk für die Region Greven und Rheda-Wiedenbrück
<http://weoneworld.de/#>

Cityguide Witten (Nordrhein-Westfalen)

Orientierung und Angebote für Flüchtlinge in Witten
<https://play.google.com/store/apps/details?id=cityguide.Witten>

Digitaler Willkommensatlas für Flüchtlinge für den Kreis Mayen-Koblenz (Rheinland-Pfalz)

Informationen für Flüchtlinge unter anderem aus den Themenfeldern Alltag, Geld, Gesundheit, Beratung, Familie und Arbeit; in vier Sprachen
www.kvmyk.de/kv_myk/Unsere%20Themen/Aus-1%C3%A4nder%20&%20Integration/Willkommensatlas/Verbandsgemeinde%20Rhein-Mosel

App „Welcome to Dresden“ (Sachsen)

Unterstützt Flüchtlinge bei der Orientierung in Dresden
https://play.google.com/store/apps/details?id=de.welcome_app_concept.welcome

Vernetzung und Professionalisierung

volunteer-planner.org

Gemeinnützige Plattform zur Ausschreibung und Vermittlung von Freiwilligendiensten in der Flüchtlingsarbeit
<https://volunteer-planner.org>

Mitmachbörse

Unabhängige Plattform zur Vermittlung von regionalem Engagement
www.oeffentliche-it.de/mitmachboerse

Wie kann ich helfen?

Informationsportal zu Hilfsprojekten für Flüchtlinge in ganz Deutschland
<http://wie-kann-ich-helfen.info>

Onlineforum für Flüchtlingshelfer

www.fluechtlingshelfer.net

Willkommen in Deutschland

Offenes Portal für den Deutschunterricht mit Flüchtlingen und Asylsuchenden

<http://wikis.zum.de/willkommen/Hauptseite>

GGUA Flüchtlingshilfe e. V. (Nordrhein-Westfalen)

Projekt Q – Qualifizierung der Flüchtlingsberatung
www.einwanderer.net

WelcomeNews Essen (Nordrhein-Westfalen)

Kostenlose Kleinanzeigen-Plattform für Bürger/-innen und Flüchtlinge

<https://essen.welcomenews.de/de/list/all/1>

Arbeit und Bildung**IQ Netzwerk – Integration durch Qualifizierung**

Anlaufstellen zur Erstberatung für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

www.netzwerk-iq.de/beratung.html

Faktor A – Das Arbeitgebermagazin der Bundesagentur für Arbeit

„Arbeitsmarkt und Flüchtlinge: Was Unternehmer wissen müssen“

<http://faktor-a.arbeitsagentur.de/themen/auslaendische-fachkraefte/aktuell>

Workeer

Online-Ausbildungs- und Arbeitsplatzbörse für Geflüchtete und potenzielle Arbeitgeber/-innen
www.workeer.de

Syrische Organisation Jusoor

Übersicht über Studien- und Stipendienmöglichkeiten für Syrer in einigen Ländern, unter anderem Deutschland

<http://jusoorsyria.com/scholarships-for-syrian-students-and-refugees>

BABADADA

Übersetzungshilfen für Grundbegriffe verschiedener Themenbereiche und etlicher Sprachen
<http://babadada.com>

Deutsch lernen – Portal der Deutschen Welle

www.dw.com/de/deutsch-lernen/s-2055

Ich will Deutsch lernen

Online-Angebot des Deutschen Volkshochschulverbands für verschiedene Sprachen

www.iwdd.de/cms/lernen/start.html

Stiftung Lesen

Projekte für Flüchtlingsfamilien zur Sprach- und Leseförderung

www.stiftunglesen.de/initiativen-und-aktionen/fluechtlinge

Die Nürnberger Asylothek (Bayern)

Einrichtung einer Bibliothek im Asylbewerberheim

www.asylothek.de

Studienprogramm OnTOP (Nordrhein-Westfalen)

Projekt der Hochschule Niederrhein zur Nachqualifizierung von geflüchteten Akademikerinnen und Akademikern

www.hs-niederrhein.de/forschung/socon/projekte/ontop/informationen-fuer-bewerberinnen

Weitere Unterstützungsangebote für Flüchtlinge**Refugee Guide Online**

Orientierungshilfe mit Tipps und Informationen für das Leben in Deutschland (in zehn Sprachen)

www.refugeeguide.de

Dolmetscherpool der Johannes Gutenberg Universität Mainz (Hessen)

Unterstützung von Menschen mit geringen Deutschkenntnissen in der Kommunikation mit sozialen Einrichtungen

www.fb06.uni-mainz.de/ikk/180.php

Flüchtlinge Willkommen

Portal zur Vermietung von WG-Zimmern an Flüchtlinge

www.fluechtlinge-willkommen.de

Wohnungen für Flüchtlinge in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)

Ehrenamtler von DRK und SKFM als Vermittler zwischen Flüchtlingen und Vermietern; Unterstützung bei Recherche, Wohnungsbesichtigungen, Behördengängen
www.wohnungen-fuer-fluechtlinge-duesseldorf.de

medibueros.org

Kostenlose medizinische Hilfe für Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere
<http://medibueros.m-bient.com/standorte.html>

Hilfe und Beratung für geflüchtete Frauen

Integrationskurse speziell für Frauen vom BAMF

[www.bamf.de/DE/Infothek/Traeger
Integrationskurse/Paedagogisches/Kursarten/kursarten.html?nn=1367390#doc1367400bodyText2](http://www.bamf.de/DE/Infothek/Traeger/Integrationskurse/Paedagogisches/Kursarten/kursarten.html?nn=1367390#doc1367400bodyText2)

Amnesty for Women e. V.

Frauenspezifisches Beratungs-, Begleitungs-, Betreuungs- und Weiterbildungsangebot
www.amnestyforwomen.de

Maisha e. V. – Selbsthilfegruppe Afrikanischer Frauen in Deutschland

www.maisha.org

DaMigra e. V.

Dachverband der Migrantinnenorganisationen
www.damigra.de/themen/frauen-und-flucht.html

agisra e. V.

Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen
www.agisra.de/index.php?de_home

Frauen helfen Frauen e. V. (Nordrhein-Westfalen)

<http://fhf-aachen.de/pages/de/links.php>

Migrantinnen und Migranten unterstützen Flüchtlinge

Jugendliche ohne Grenzen

Bundesweiter Zusammenschluss von jugendlichen Flüchtlingen
<http://jogspace.net>

Refugees Emancipation e. V. (Brandenburg)

Selbst organisiertes brandenburgweit agierendes Flüchtlingsprojekt
[www.refugeesemancipation.com/contenido/cms/
front_content.php](http://www.refugeesemancipation.com/contenido/cms/front_content.php)

amfn e. V. (Niedersachsen)

Arbeitsgemeinschaft von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen in Niedersachsen
www.amfn.de

Landesarbeitsgemeinschaft der Migranten- selbstorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA) e. V.

„Interkulturelle Brückenbauer“
[www.lamsa.de/lilac/cms/de/3728,news,
news_details,176,4961/LAMSA/Aktuelles/LAMSA-Projekt-Interkulturelle-Bruecke.html](http://www.lamsa.de/lilac/cms/de/3728,news,news_details,176,4961/LAMSA/Aktuelles/LAMSA-Projekt-Interkulturelle-Bruecke.html)

Gesetzgebung / Recht und Rat

Flüchtlingsrat Berlin

Aktuelle Gesetzgebung zu Zuwanderung und Asyl
www.fluechtlingsrat-berlin.de/gesetzgebung.php

LSVD-Verein für europäische Kooperation e. V.

Bietet einen Ratgeber und einen Leitfaden zum Asylrecht für Homosexuelle
www.lsvd.de/recht/ratgeber/asylrecht.html

Zum Weiterlesen

Willkommen! Ein Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg

Staatsministerium Baden-Württemberg, September 2015
[www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/
redaktion/dateien/PDF/150911_Handbuch_
Fluechtlingshilfe.pdf](http://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/150911_Handbuch_Fluechtlingshilfe.pdf)

Thema kompakt: Wie ich mich für Flüchtlinge engagieren kann

Diakonie Bundesverband, September 2015
www.diakonie.de/thema-kompakt-wie-ich-mich-fuer-fluechtlinge-engagieren-kann-16471.html

Herzlich Willkommen. Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann

Pro Asyl, Mai 2015
www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2015/Leitfaden_Willkommen_Web_END.pdf

Flüchtlingshilfe konkret – Hinweise und Wissenswertes für die ehren- und hauptamtliche Unterstützung von Flüchtlingen

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Mai 2015
www.frsh.de/fileadmin/pdf/Material-Publikationen/Handreichung-Initiativen-20150504.pdf

Willkommen im Verein! Fußball mit Flüchtlingen

Deutscher Fußball-Bund und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, März 2015
www.dfb.de/fileadmin/_dfbdam/55779-Fussball_mit_Fluechtlungen_barrierefrei.pdf

Refugees welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten

Förderverein PRO ASYL e. V., Amadeu Antonio Stiftung, 2014
www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_willkommen.pdf

Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte ... und was dagegen hilft

Landeshauptstadt München (Fachstelle gegen Rechtsextremismus) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 2014
www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Direktorium/Fachstelle-gegen-Rechtsextremismus/PDF/Broschuere_Veranstaltungsstoerungen_web.pdf

Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Evangelische Akademie zu Berlin, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 2014
www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2015/07/wastun_2015.pdf

